

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 35. BERLIN, DEN 1. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Von der A. E. G.-Schnellbahn zu Berlin.

(Hierzu die Abbildungen S. 151).

Nu den Schnellbahn-Unternehmungen der „Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen zu Berlin“ (Hochbahngesellschaft) mit den von ihr betriebenen Strecken der Stadtgemeinde Schöneberg und Wilmersdorf, sowie des Gutsbezirkes Dahlem und zu der im Bau befindlichen Nordsüdbahn der Stadtgemeinde Berlin ist bekanntlich s. Zt. als drittes Unternehmen dasjenige der „Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft“ auf Grund eines am 18. März 1912 mit der Stadt Berlin abgeschlossenen Vertrages hinzugetreten. Dieser Vertrag sieht den Bau einer Nordsübdlinie von Gesundbrunnen bis nach Neukölln am Hermann-Platz vor. Für den Bau und Betrieb dieser Schnellbahn ist dann später die „A. E. G.-Schnellbahn Aktiengesellschaft“ gegründet worden.

Ueber die Linienführung dieser Schnellbahn bestanden an zwei Hauptverkehrspunkten bis in die neueste Zeit hinein noch Meinungsverschiedenheiten. Der eine liegt im Norden an der Kreuzung der Schnellbahn mit der Staatsbahn am Bahnhof Gesundbrunnen, der andere im Süden an der Kreuzung mit der Verlängerung der Berliner Nordsüdbahn nach Neukölln, beides wichtige Verkehrspunkte mit Ubergangsmöglichkeit auf andere Verkehrsmittel, die daher für diesen Zweck in möglichst günstiger Weise auszugestalten waren. Diese Meinungsverschiedenheiten sind nach langen Verhandlungen unter Vermittlung des „Verbandes Groß-Berlin“ jetzt ausgeglichen, und in der Januar-Versammlung dieses Verbandes ist die endgültige Ausgestaltung dieser Strecken und damit die gesamte Linienführung festgelegt worden. Das gibt uns die Veranlassung, über die allgemeine Ausgestaltung dieser Schnellbahn und die beiden Punkte im besonderen jetzt einige Angaben zu machen. Die beigegebenen Skizzen sind der Vorlage an den Verbandsauschuß entnommen.

Die Schnellbahnlinie, deren Ausführung auf längere Strecken bekanntlich schon vor dem Krieg in Angriff genommen, an ihrer Unterfahung der Spree nach einigen Zwischenfällen auch schon seit längerer Zeit glücklich fertiggestellt ist, beginnt, wie der Lageplan, Abbildung 1, zeigt, nahe der Berlin-Reinickendorf-Grenze in der Christiania-Straße. Hier sind auch der Betriebsbahnhof und die Werkstätten vorgesehen. Die Bahn endigt nach den neusten Festsetzungen auf Neuköllner Gebiet in der Hermann-Straße an der Münchener-Straße nach einem Verlauf von rd. 10 km Länge, nach dem sie auf ihrem im wesentlichen nordsüdlich gerichteten Verlauf wichtige und verkehrsreiche Stadtgegenden durchschnitten hat. Sie ist in ihrem nördlichen Teil bis südlich der Kreuzung mit der Staatsbahn am Bahnhof Gesundbrunnen auf ungefähr 1,6 km Länge als Hochbahn, im übrigen als Untergrundbahn ausgebildet und besitzt wie die bisherigen Berliner Schnellbahnen normale Spurweite. Zwischen höchstem und tiefstem Punkt der Bahn liegt ein Höhenunter-



Abbildung 1. Linienführung der A. E. G.-Schnellbahn Gesundbrunnen-Neukölln.

schied von fast 31 m, der mit Steigungen bis 40‰ (1 : 25) überwunden wird.

Die Bahn unterfährt drei Wasserläufe, die Spree oberhalb der Waisenbrücke, den Luisenstädtischen und den Landwehr-Kanal. Sie kreuzt ferner zwei Staatsbahnstrecken und zwar im Norden, wie schon erwähnt, am Bahnhof Gesundbrunnen die hier tiefliegenden Ferngleise der Stettiner- und der Nordbahn, die Vorortgleise Berlin-Tegel und Berlin-Oranienburg, schließlich die Gleise der Ringbahn (Nordring). Unterfahren werden ferner die Gleise der Stadtbahn nordwestlich vom Bahnhof Alexander-Platz. An beiden Stellen ist ein Uebergang zwischen den beiderseitigen Bahnhöfen für den Personenverkehr möglich, der am Gesundbrunnen durch Verbindungsgang hergestellt ist.

Gekreuzt werden ferner folgende Schnellbahnen: die Strecke der Hochbahngesellschaft nach Schönhauser Allee und die Ostlinie derselben am Kottbuser-Tor. Am Alexander-Platz ist durch Verbindungsgang die unmittelbare Uebergangsmöglichkeit zwischen den Haltestellen der beiden Schnellbahnen erreicht, an der Kreuzung mit der Ostlinie erfolgt der Uebergang von der Untergrundbahn zur Hochbahn über die Straße. Gekreuzt wird ferner die in Aussicht genommene Schnellbahn der Stadt Berlin von Moabit zum Görlitzer Bahnhof am Oranien-Platz. Auch hier ist die Uebergangsmöglichkeit mittels Verbindungsganges vorgesehen. Und schließlich findet am Hermann-Platz eine Kreuzung mit der Berliner Nord-Süd-Bahn in ihrer Verlängerung auf Neuköllner Gebiet statt. Auch hier war ursprünglich nur ein Verbindungsgang zwischen den beiderseitigen getrennten Haltestellen vorgesehen, der beträchtliche Länge hätte erhalten müssen. Durch Aenderung der ursprünglichen Linienführung ist es aber gelungen, an dieser Stelle einen Gemeinschaftsbahnhof zu schaffen, der dem hier vorhandenen besonders starken Verkehrsbedürfnis in vollkommener Weise genügt und den Uebergang der Personen von dem einen auf den anderen Verkehrsweg jetzt in denkbar günstigster Weise ermöglicht.

Die Bahn hat in ihrer jetzigen Gestalt einschließlich der Endbahnhöfe 15 Haltestellen, die also in einem mittleren Abstand von rund 660 m liegen. Sie benutzt in ihrer Linienführung i. Allg. große fast geradlinige Straßenzüge, scharfe Krümmungen werden daher nur an wenigen Stellen erforderlich. Der kleinste Halbmesser auf der freien Strecke sinkt in den Hauptgleisen nicht unter 95 m.

Ueber die bauliche Ausgestaltung sei hier nur erwähnt, daß die Hochbahnstrecke als einpfostiger Eisenviadukt, die Untergrundbahnstrecke mit Mittelstütze ausgebildet wird. Der normale Untergrundbahn-Tunnelkörper hat bei 3,55 m Abstand der Gleismitten 5,55 m Höhe, 8,5 m Breite; die lichte Weite ist 6,9, die lichte Höhe 3,8 m. Die normalen Haltestellen werden mit Mittelbahnsteig von 7 bis 8 m nutzbare Breite ausgebildet und von außergewöhnlich großer Länge, um mit einer größten Zuglänge von neun Wagen bei dem zu erwartenden großen, stoßweise auftretenden Verkehr fahren zu können. Es sind Wagen mit großer Fassungskraft mit nur einer Klasse in Aussicht genommen.

Interessant sind die Wandlungen in der Ausgestaltung des Gemeinschaftsbahnhofes am Hermann-Platz, die in den Abbildungen 2—5 dargestellt sind. Nach dem ursprünglichen Vertrag endigte die A.E.G.-Schnellbahn nach Abbildung 2 in der Weser-Straße. Eine Verbindung dieses Endbahnhofes mit der Haltestelle Hermann-Platz der Berliner Nord-Süd-Bahn in der Hasenheide war nur durch einen 4 m i. L. breiten unterirdischen Verbindungsgang vorgesehen, sodaß der Umsteigeweg nicht weniger als 280 m (von Bahnsteigmitte zu Bahnsteigmitte sogar 385 m) lang war. Die Stadtgemeinde Neukölln machte gegen diese Anordnung die Einwendung, da sie ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt, da die auf Neuköllner Gebiet zu bauende Verlängerung der Nord-Süd-Bahn bis zum Südring als wichtiger Zubringer zu der A.E.G.-Bahn zu betrachten, sodaß der

Umsteigeverkehr auf diese möglichst zu erleichtern sei. Auch müsse die Möglichkeit der Fortsetzung der A.E.G.-Bahn offen gehalten werden.

Eine gewisse Verbesserung für den Umsteigeverkehr zeigt nun schon Abbildung 3 mit dichter an die Nord-Süd-Bahn herangeschobenem Endbahnhof der A.E.G., der nun in der Tiefenlage unter der Nord-Süd-Bahn angeordnet ist. Der Umsteigeweg wird dabei auf 110 m (215 m zwischen den Bahnsteigmitten) abgekürzt, die sonstigen Uebelstände des ersten Planes werden aber nicht behoben. Eine noch etwas günstigere Lösung zeigt der von der Stadt Berlin vorgeschlagene Plan, Abbildung 4. Hier ist der Bahnhof der Nord-Süd-Bahn soweit östlich verschoben, daß die A.E.G.-Bahn seine Mitte trifft. Der Umsteigeweg wird auf 45 m (115 m zwischen den Bahnsteigmitten) verkürzt. Aber auch diese Lösung genügt dem Verkehrsbedürfnis nicht. Denn wie in der Vorlage des Zweckverbandes festgestellt wird, bildet dieser Bahnhof, „an dem zwei bedeutende Linien nach Durchführung der wichtigsten Verkehrsgegenden Berlins, der Friedrichstadt und der Gegend am Alexander-Platz an einem Punkt zusammenlaufen, für Neukölln mit mehr als 275 000 zum großen Teil außerhalb ihres Wohnortes arbeitenden Einwohnern das alleinige Einfallstor für den Gesamtverkehr mit dem übrigen Groß-Berlin“.

Es wurde daher von der Leitung des Zweckverbandes der Vorschlag gemacht, beide Linien in einen mit Richtungsbetrieb auszustattenden Gemeinschaftsbahnhof zusammenzuführen. Abbildung 5 zeigt diesen, jetzt angenommenen Vorschlag. Um seine Durchführung zu ermöglichen, mußte die A.E.G.-Bahn an der Böck-Straße vom Kottbuser-Damm durch die Schönlein- und Jahn-Straße abgeschwenkt werden, sodaß sie die Hasenheide westlich vom Gemeinschaftsbahnhof erreicht. In diesem liegen zwischen zwei Bahnsteigen in der Mitte die Gleise der Nord-Südlinie, die in alter Höhenlage durchgeht. Die Gleise der A.E.G.-Bahn liegen außen und schwenken dann hinter dem Bahnhof in die Hermann-Straße ein. Es kreuzt dabei je 1 Gleis die Nord-Süd-Bahn-Gleise westlich und östlich, und zwar sind die A.E.G.-Gleise unter den N.S.-Gleisen hindurch geführt. Durch diese Anordnung ergeben sich für die letzteren allerdings scharfe Krümmungen in Verbindung mit starken Steigungen an den Kreuzungsstellen. Im übrigen ist die Anordnung für die bequeme Abwicklung des Verkehrs besonders günstig, da bei dem Umsteigen von der einen auf die andere Linie nur der kurze Weg quer über den Bahnsteig zurückzulegen ist.

Bedingung für die Möglichkeit einer solchen Anlage war allerdings eine Tarifgemeinschaft der hier zusammengeführten Bahngesellschaften (Stadt, Nord-Süd-Bahn, Schnellbahn Hermann-Platz — Südring der Stadtgemeinde Neukölln und die A.E.G.-Bahn), damit ein Uebergang von der einen auf die andere Linie ohne eine Zwischenprüfung oder gar Neulösung der Fahrkarten möglich wird. Betrieb und Fahrkartenverkauf auf dem Gemeinschaftsbahnhof ist der Nord-Süd-Bahn übertragen, die auch die gemeinschaftlichen Anlagen herstellt, deren Kosten nach getroffener Vereinbarung verteilt werden.

Die A.E.G.-Schnellbahn ist dann noch ein Stück über die Nord-Süd-Bahn hinaus nach Süden bis zur Münchener-Straße verlängert, wo sie in einem Endbahnhof endigt. Die etwaige spätere Weiterführung ist damit gesichert.

Wie schon erwähnt, ist auch am Gesundbrunnen eine Verbesserung der Linienführung erreicht, indem der Bahnhof der Schnellbahn einerseits dicht an den Kopf des Bahnhofes Gesundbrunnen der Staatseisenbahn herangeschwenkt ist, sodaß der Uebergangsweg erheblich verkürzt werden konnte, außerdem aber ist dadurch eine Durchschneidung der Parkanlagen des Humboldt-Haines fast ganz vermieden worden. Also auch hier ist gegenüber dem ersten Plan eine nicht unerhebliche Verbesserung erzielt worden. — Fr. E.

Kanalfragen im preußischen Abgeordnetenhaus.



um Staatshaushalt der Bauverwaltung von 1918 lagen eine Reihe von Anträgen und Petitionen betreffend den Ausbau des preußischen Wasserstraßennetzes vor, die zunächst in der verstärkten Haushaltskommission und dann bei der zweiten Beratung im Plenum am 19. März d. J. eine lebhafte Aussprache ausgelöst haben, in der Redner aller Parteien und auch der Minister der öffentl. Arbeiten sich eingehend geäußert haben.

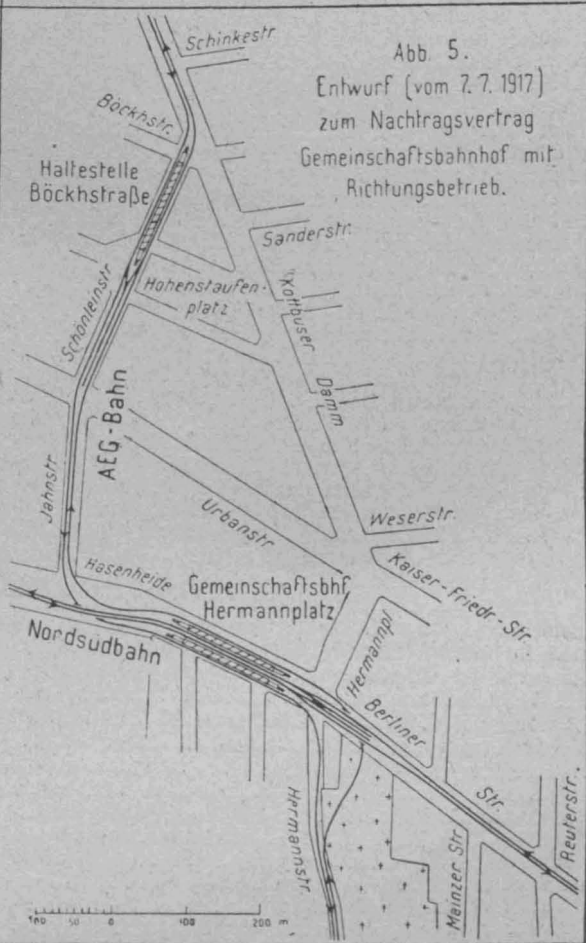
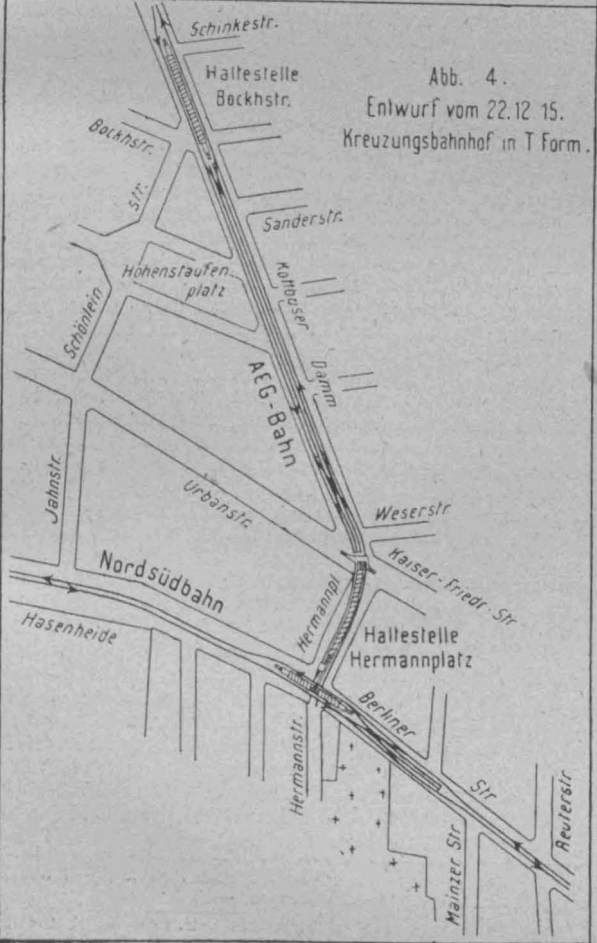
Nach dem ersten Antrag wird die Staatsregierung ersucht, dem Landtag alsbald einen Entwurf vorzulegen für die Herstellung einer durchgehenden, leistungsfähigen Wasserstraße von der westlichen Grenze Preußens bis zu seiner Ostgrenze, der zweite, weitergehende Antrag fordert zwecks Schaffung eines einheitlichen leistungs-

fähigen Wasserstraßennetzes in Preußen die recht baldige Vorlage eines Planes für den weiteren Ausbau vorhandener Wasserstraßen und Wasserkräfte, sowie für die Herstellung neuer Schiffsstraßen. Die Petitionen beziehen sich auf Teile dieser Pläne, d. h. die Kanalisierung der Mosel und Saar, auf Einstellung von Mitteln zu Vorarbeiten für eine Nachregulierung der Weichsel auf preußischem Gebiet, sowie für den Bau des Malapane-Kanales, des Prosna-Warthe-Weichsel-Kanales, eines Oder-Warthe-Netze-Kanales und den sogenannten Ostkanal.

Bezüglich des weitestgehenden Antrages, der die Vorlage eines Wasserstraßen-Programmes fordert, verhielt sich der Minister der öffentl. Arbeiten in den Kommissionsberatungen zunächst ablehnend, in den Verhandlungen im Plenum, die eine Zustimmung aus allen Parteien ergaben,

erklärte er jedoch seine Bereitwilligkeit, alsbald eine Denkschrift im Ministerium ausarbeiten zu lassen, die alle bedeutsamen Wasserstraßenprojekte begreift. Diese Zusammenstellung soll

selbstverständlich auch eine Würdigung der verschiedenen Pläne umfassen. Der Minister machte aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß die bedeutenden Kapitalien, die Preußen in seine Wasserstraßen gesteckt habe, sich nicht nur



nicht verzinst hätten, sondern daß nicht einmal die Betriebs- und Unterhaltungskosten aufgebracht worden seien. (1913 seien ohne die Häfen 35 Millionen Mark Zuschüsse nötig geworden.) Wenn der Staat auch anerkennen könne, daß die Vorteile, die eine Wasserstraße als Verkehrsstraße gewährt, sich in der verschiedensten Weise in wirtschaftliche Vorteile umsetzen und sich auch in der Hebung der Steuerkraft des Landes darstellen könne, so werde Preußen in der schwer belasteten Zukunft doch bei dem Ausbau der Wasserstraßen als Verkehrswege eine etwas vorsichtigere Geschäftsgebarung anwenden müssen, die vor Betriebszuschüssen bewahre und Amortisation ermögliche.

Zu dem Antrag betreffend die Schaffung einer durchgehenden westöstlichen Wasserstraße von der französischen bis zur kurländischen Grenze, die alle süd-nördlich gerichteten Flußgebiete mit einander verbindet, gab der Minister dann eingehende Erläuterungen.

Der erste westliche Abschnitt dieser Wasserstraßen kann nach den ganzen Verhältnissen nur in einer Kanalisierung der Mosel und Saar bestehen, die bekanntlich früher nicht nur von der Regierung wegen der befürchteten Rückwirkung auf die Eisenbahnen, sondern auch z. T. von der Industrie aus dem Grunde bekämpft worden ist, weil durch eine solche Kanalisierung eine Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse zwischen den einzelnen Industriegebieten zu Ungunsten Westfalens eintreten könnte. Wie der Abgeordnete Geh. Baurat Matthies ausführte, bestehe diese Befürchtung nach den Lehren, die uns der Weltkrieg gegeben hat, nicht mehr, während der Umfang des Transportes von Erzen und Kohle nach dem Kriege ein so gewaltiger werden müsse, daß die Eisenbahnen zu seiner Bewältigung nicht mehr ausreichen. Es wird, um den gesteigerten Ansprüchen zu genügen, ein Ausbau für 1000 t-Schiffe gefordert. Der Minister gab in seiner in der Kommission abgegebenen Erklärung zu, daß bei der Frage der Mosel- und Saar-Kanalisierung nach den Erfahrungen des Krieges die Rückwirkung auf die Eisenbahnfinanzen nicht mehr allein ausschlaggebend sein dürfe, daß man sie vielmehr unter politischen und militärischen Rücksichten neu prüfen müsse. Nach der technischen Seite sei diese Frage im übrigen völlig geklärt und eine Nachprüfung auf Vergrößerung der Abmessungen sei ohne erheblichen Arbeitsaufwand möglich. Nur würden die vor etwa einem Jahrzehnt aufgestellten Kostenanschläge wahrscheinlich in ihrem Endbetrag verdoppelt werden müssen.

Als das wichtigste Stück aller Pläne ist zunächst die Vollendung des Mittelland-Kanales zu betrachten, gegen die jetzt auch die Konservativen ihren früheren Widerspruch fallen lassen. Der Minister, der die frühere Politik der Regierung in dieser Frage im Haushalts-Anschluß verteidigte, hält dabei auch heute noch an der Ansicht fest, daß wir den Kanal im Frieden hätten entbehren können, gab aber zu, daß der Betrieb auf den Eisenbahnen in außerordentlicher Weise erleichtert worden wäre, wenn wir die Wasserstraße von Hannover zur Elbe schon während des Krieges gehabt hätten. Aus militärischen, kriegswirtschaftlichen und aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten müsse der Ausbau dieses Kanales an erste Stelle unter den dringlichen Aufgaben unserer Wasserstraßen-Politik gesetzt werden. Vorarbeiten seien im Gange, jedoch sei eine wirkliche Förderung des Planes zur Zeit mit Rücksicht auf den Mangel an Arbeitskräften schwer möglich. Außerdem sei die Frage der Linienführung noch zu lösen und es stünden sich erhebliche Interessen gegenüber; so wünsche Hamburg die mehr nördliche, Sachsen die mehr südliche Linie.

Zwischen Elbe und Oder und Oder und Weichsel bestehen die Kanal-Verbindungen bereits, der Warthe-Netze-Kanal ist aber nur für 400 t-Schiffe ausgebaut. Der Minister erklärt diese Abmessungen für dem Verkehrsbedürfnis entsprechend, vor allem, so lange die Weichsel bei Niedrig-Wasser selbst Kähne dieser Abmessungen nicht tragen könne. Das Schlußstück bis zur östlichen Grenze soll dann der sogenannte Ostkanal bilden, für dessen Bau sich die Interessenten des Ostens seit etwa 12 Jahren einsetzen und für dessen Durchführung im Auftrage des Ostkanal-Vereins Pläne von Prof. Ehlers in Danzig aufgestellt worden sind. Wie der Minister hierzu ausführt, sei von der Regierung mit den Interessenten verhandelt, die bisherigen Bedenken, die sich aus dem voraussichtlichen Einfluß des Kanales auf die Wasserführung der zahlreichen von ihm durchschnittenen Wasserläufe ergeben würden, in ihrer Weiterwirkung auf die Landesmelioration und die Pläne zur Elektrizitäts-Versorgung, seien aber bisher nicht behoben worden. Die Prüfung der einschlägigen rechtlichen, wasserwirtschaftlichen und allgemeinwirtschaftlichen Fragen sei noch nicht abgeschlossen. Im übrigen müsse bezüglich der Frage der Weiterführung des Kanales vom Pregel bis zur Grenze auch die Weiterentwicklung der po-

litischen Verhältnisse im Osten noch abgewartet werden.

Eine besondere Berücksichtigung des bisher in Bezug auf die Verkehrswege und namentlich die Wasserstraßen stiefmütterlich behandelten Ostens ist der Gegenstand der vorliegenden Petitionen. Hierher gehören die Forderung der Nachregulierung der Weichsel, der Bau eines Oder-Warthe-Netze-Kanales unter Benutzung der Malapane und der Prosna und der Ausbau des Masurischen Kanales für 400 t-Schiffe. Bezüglich des letzteren ist zu bemerken, daß der Kanal für 200 t-Schiffe geplant, sich bei Kriegsausbruch im Bau befand, die Arbeiten wurden dann stillgelegt. Der Minister führte aus, daß der Ausbau für 400 t-Schiffe sehr bedeutende Mehrkosten erfordern würde, sodaß die Wirtschaftlichkeit des Kanales in Frage gestellt werde.

Die Nachregulierung der Weichsel rechnet der Minister jedenfalls zu denjenigen Aufgaben der Wasserbau-Verwaltung, die im Interesse der Entwicklung des Verkehrs im Osten und des Seehafens von Danzig in erster Linie zu fördern wäre. Ein durchgreifender Erfolg ist aber nur zu erwarten, wenn der in das polnische Gebiet fallende Oberlauf ebenfalls reguliert wird. Verhandlungen darüber hätten zwischen der preußischen Regierung und der Zivilverwaltung in Polen bereits stattgefunden, die dafür auch Mittel einsetzen wolle.

Als eine weitere Vorbedingung für die Entwicklung des Ostens wird ferner eine bessere Verbindung des Stromgebietes der Weichsel und damit auch Danzigs, mit der oberen Oder und dem oberschlesischen Industriegebiet gefordert. Zu der west-östlichen Wasserstraße soll also eine nord-südliche hinzukommen. Eine solche Verbindung besteht zwar durch Netze und Warthe zur Oder über Küstrin bereits, aber der Weg ist, wie der Abgeordnete Dr. Herrmann-Danzig, ausführte, ein sehr ungünstiger, um 440 km weiter zwischen Danzig und Kosel als auf dem Bahnweg. Der Zentner Kohle koste auf dem Wasserweg von Oberschlesien nach Neufahrwasser annähernd 30 Pfg. mehr als auf dem Bahnweg, der Wasserweg scheide also z. T. völlig aus. Es liegen 2 Pläne vor, der Oder-Warthe-Netze-Kanal und das Malapane-Prosna-Warthe-Weichsel-Projekt. Die erstere Linienführung, die von der Oder über Obornik zur Warthe verläuft und über Netze und Brahe den Anschluß an die Weichsel erreicht, ist bereits vor 40 Jahren angeregt worden und erscheint namentlich der Stadt Posen erstrebenswert. Der Weg, der nahezu rechtwinklig zur Oder steht, ist aber noch ein ziemlich langer. In letzterer Hinsicht günstiger ist die nördlich gerichtete, bei Oppeln in die Oder einmündende zweite Linie, gegen die allerdings der Einwand geltend gemacht werden kann, daß sie auf längere Strecke dicht an der polnischen Grenze verläuft, ja diese zum Teil überschreitet. Auf diesen bedenklichen Umstand weist auch der Minister der öffentl. Arbeiten noch besonders hin. Bei seinen Ausführungen in der Kommission erkannte er zwar die Nützlichkeit des Oder-Warthe-Netze-Kanales an, besonders zur Entlastung der Eisenbahn im Krieg, er hält aber die Frage der Wirtschaftlichkeit des Kanales bei den hohen Kapitalsaufwendungen, die seine Ausführung erfordern würde, für zweifelhaft. Die in Aussicht gestellte Denkschrift soll beide Linienführungen kritisch würdigen.

Gestreift wurde in den Verhandlungen auch die Frage der Verbindung der Werra mit dem Main (also damit der Weser mit der Donau), wobei vom Minister betont wurde, daß die Bereitschaft, die Vorarbeiten für diese Verbindung von Staats wegen auszuführen, nicht abgelehnt werde, und ferner die Verbindung der Oder mit der Donau. Der Minister hob bezüglich der letzteren hervor, daß die Bearbeitung dieses Planes auf der preußischen Teilstrecke Kosel-Oderberg gut fortgeschritten sei.

Die Verhandlungen ergaben ein erfreuliches Bild von der fortschreitenden Erkenntnis des Wertes leistungsfähiger Wasserstraßen bei allen Parteien. Und wenn auch der Minister der öffentlichen Arbeiten seine vorsichtig abwartende Stellung zu keinem der Pläne bisher ganz aufgegeben hat, so ist doch auch der ausgesprochene ablehnende Standpunkt, wie er zu einzelnen derselben, vor allem dem Plane der Mosel-Saar-Kanalisierung früher bestand, anscheinend verlassen. Es ist nur zu wünschen, daß die in Aussicht gestellte Denkschrift, die diese Frage weiter klären soll, baldigst aufgestellt wird und das für das Schlußstück der großen West-Ost-Linie darüber hinaus auch bald endgültige Pläne vorgelegt werden möchten.

Inhalt: Von der A. E. G. - Schnellbahn zu Berlin. — Kanalfragen im preußischen Abgeordnetenhaus. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg., P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 36. BERLIN, DEN 4. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Das St. Antonius-Krankenhaus in Cöln-Bayenthal.

Architekt: Peter Gaertner, Mitarbeiter: Jacob Berns, Architekt D.F.A.

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Grundrisse S. 155.

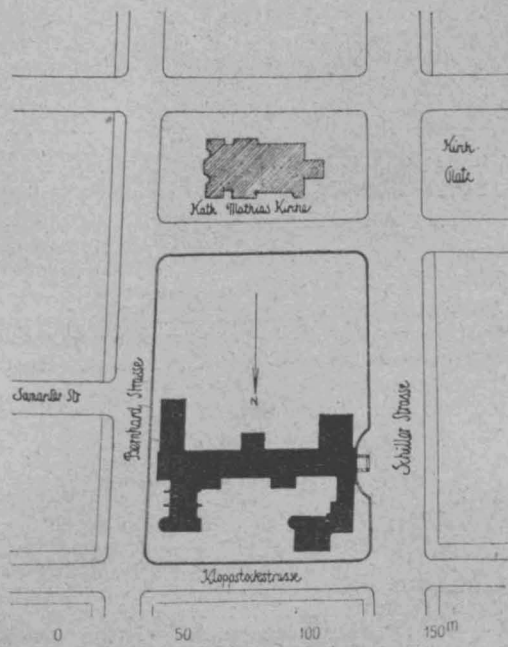


Das St. Antonius-Krankenhaus in Cöln-Bayenthal ist eine Gründung der kathol. Schwestern von der Ordensgenossenschaft nach der Regel des heil. Augustinus. Diese Schwestern sind seit vielen Jahren in Cöln ansässig und befassen sich vorzugsweise mit der Krankenpflege, die sie in der Hauptsache in den großen städtischen Kranken- und Pflegeanstalten ausüben. Daneben besitzt die Genossenschaft mehrere eigene Krankenhäuser, die hervorragenden Aerzten unterstehen und eine wesentliche Entlastung der öffentlichen Anstalten bedeuten. 1907 wurde den Architekten der Auftrag zuteil, für die Genossenschaft ein neues Krankenhaus in dem Vorort Bayenthal in einer noch wenig aufgeschlossenen Gegend zu entwerfen. Als Bauplatz stand ein Gelände von etwa 11 400 qm Größe zur Verfügung, welches allseits von Straßen umzogen war und dessen Nachbarschaft auf der Südseite die katholische Pfarrkirche bildet.

Das Bauprogramm verlangte 140 Krankenbetten, die sich auf eine chirurgische, eine orthopädische und eine innere Abteilung verteilen. Daneben mußten die besonderen Forderungen der Ordensgenossenschaft erfüllt werden, die darin bestanden, die nötigen Räume für die Zwecke der Schwestern zu schaffen, wie Schlaf- und Aufenthaltsräume, einen Versammlungssaal, eine Kapelle, die auch den übrigen Insassen des Hauses zugänglich sein sollte und einen besonderen Schwesternchor. Da von den Schwestern neben der Krankenpflege auch die Arbeiten in der Kochküche mit Bäckerei und die Arbeiten in der Wäscherei und Bügelanstalt ausgeübt werden, so war zur Bedingung gemacht, diese Betriebe so weit als tunlich und mit den ministeriellen Vorschriften über Anlage, Bau und Einrichtung von Krankenanstalten vereinbart, mit dem Krankenhaus zu verbinden und von der Errichtung eines besonderen Wirtschaftsgebäudes abzusehen. Die Erfüllung dieser Forderung, die für mittlere Anstalten unstreitig ihre großen Vorzüge durch übersichtliche Gestaltung des Betriebes und Einschränkung des Wirtschaftspersonales hat, beeinflusste die Grundrißanlage nicht unwesentlich. Die Grundrißlösung wurde so getroffen, daß ein von Ost nach West erstreckender Langbau sowohl nach Süden wie nach Norden von stark vortretenden Flügelbauten eingerahmt wird. Der Langbau und die nach Süden vorgeschobenen Flügelbauten enthalten die Krankensäle und Einzelzimmer mit Lichteinfall nur von

Süden und von Osten und Ausblick in den Garten. Von den nach Norden vorgezogenen Flügeln nimmt der an der Nordostecke gelegene die Kochküche mit Nebenanlagen und in den oberen Stockwerken Versammlungssaal und Kapelle auf. Der Bauteil an der Nordwestecke enthält die Räume für die ärztliche Behandlung und in einem niedrig gehaltenen aus Keller-, Unter- und Erdgeschoß bestehenden Teil die Heizungsanlage, die Waschküche und Räume für die Orthopädie.

Das Haus hat ein Untergeschoß, Erdgeschoß, 2 Obergeschosse und einen ausgebauten Dachstock. Der größte Teil des Untergeschosses ist nochmals unterkellert. Das Erdgeschoß ist 2,50 m über die Gartenhöhe gelegt worden, hierdurch konnte das Untergeschoß voll ausgenutzt werden. Der Haupteingang des Hauses liegt an der Westseite, an der Schiller-Straße. Er ist durch eine Ueberbauung der Auffahrtsrampe besonders betont. Ein Eingang zur Einlieferung Schwerkranker liegt an der Klopstock-Straße, wo er unmittelbar in das Untergeschoß zu dem Betten-Aufzug führt. Der Haupteingang leitet in die geräumige Treppenhalle. Von hier aus zweigen die Flure nach Norden, Süden und Osten ab. Der nördliche führt zu den Aufnahme- und Unter-



suchungszimmern. Hier liegt auch der elektrische Bettenaufzug, der durch alle Stockwerke reicht. Anschließend an diesen Flügel, etwas nach Osten verschoben, sind die Räume für die orthopädische Behandlung, Turnsaal, Bäder und Arztzimmer angeordnet. Diese Räume haben einen besonderen Eingang von der Kloststock-Straße aus, damit auch Kranke, die nicht im Hause wohnen, eingehen können, ohne daß sie das Haus selbst betreten. Die Verbindung der orthopädischen

seite des Flures liegen nur Nebenräume wie Anrichten, Klosette, Ausgußräume und Leinenzimmer, ferner eine in der ganzen Flucht verlaufende offene Halle. Am Ende des Flures in seiner Verlängerung ist eine Treppe eingebaut, die lediglich für die Schwestern bestimmt ist, im Gegensatz zu der gleichfalls hier am Zusammenschnitt der Flure liegenden Verkehrstreppe. Die erst erwähnte Treppe verbindet die Klausurräume des Untergeschosses mit denjenigen des Dachstockes, außerdem vermittelt sie den Zugang zu dem Schwesternchor und der Empore.

Der Kapellenbau ist parallel der Bernhard-Straße nach Norden vorgeschoben; ihm entgegen gesetzt verläuft südlich ein Flügel, der wieder Einzelkrankenzimmer aufnimmt. Die Kapelle selbst liegt im 1. Obergeschoß, sie reicht durch zwei Stockwerke in das Dachgeschoß hinein. Der Schwesternchor liegt seitlich des Altares und kann durch einen östlich vorgekranten Gang betreten werden.

Die Anlage und Verteilung der Kranken-, der ärztlichen und der Nebenräume ist in allen Stockwerken die gleiche. Die Operationsräume mit den Vorbereitungs- und Waschzimmern liegen im ersten Stock im Nordwestflügel an der Schiller-Straße, bequem hierzu der Bettenaufzug, sowie Ausgußraum und Klosett.

Im Untergeschoß verdient noch die Anordnung der Wasch- und der Kochküche mit ihren Nebenanlagen Beachtung. Die erstere hat ihren Platz unter dem orthopädischen Turnsaal gefunden und ist wie dieser durch einen besonderen geschlossenen Zugang mit dem Krankenhaus verbunden. Hier ist auch eine kleine Desinfektionsanlage mit Brausebad und mit Zugängen von außen, streng von den übrigen Räumen isoliert, angeordnet. Heizungs- und Kohlenräume haben im Keller unter der Waschanstalt Platz gefunden, ebenfalls ein Verbrennungsofen für Verbände und Rückstände.

Gleichfalls im Untergeschoß im Nordwestflügel liegen der Hauptsterilisierraum, ein Röntgenzimmer mit Dunkelraum, ferner ein Sezierraum mit Aufbewahrungsraum. Da der erwähnte Flügel mit seinen Zugängen von den Insassen des Krankenhauses nicht übersehen werden kann, so ist denselben der Anblick der sich dort abwickelnden Vorgänge, Einbringen Schwerkranker und Abgang der Beerdigungen, die immer ungünstig auf den seelischen Vorgang der Leidenden einwirken, entzogen.

(Schluß folgt.)

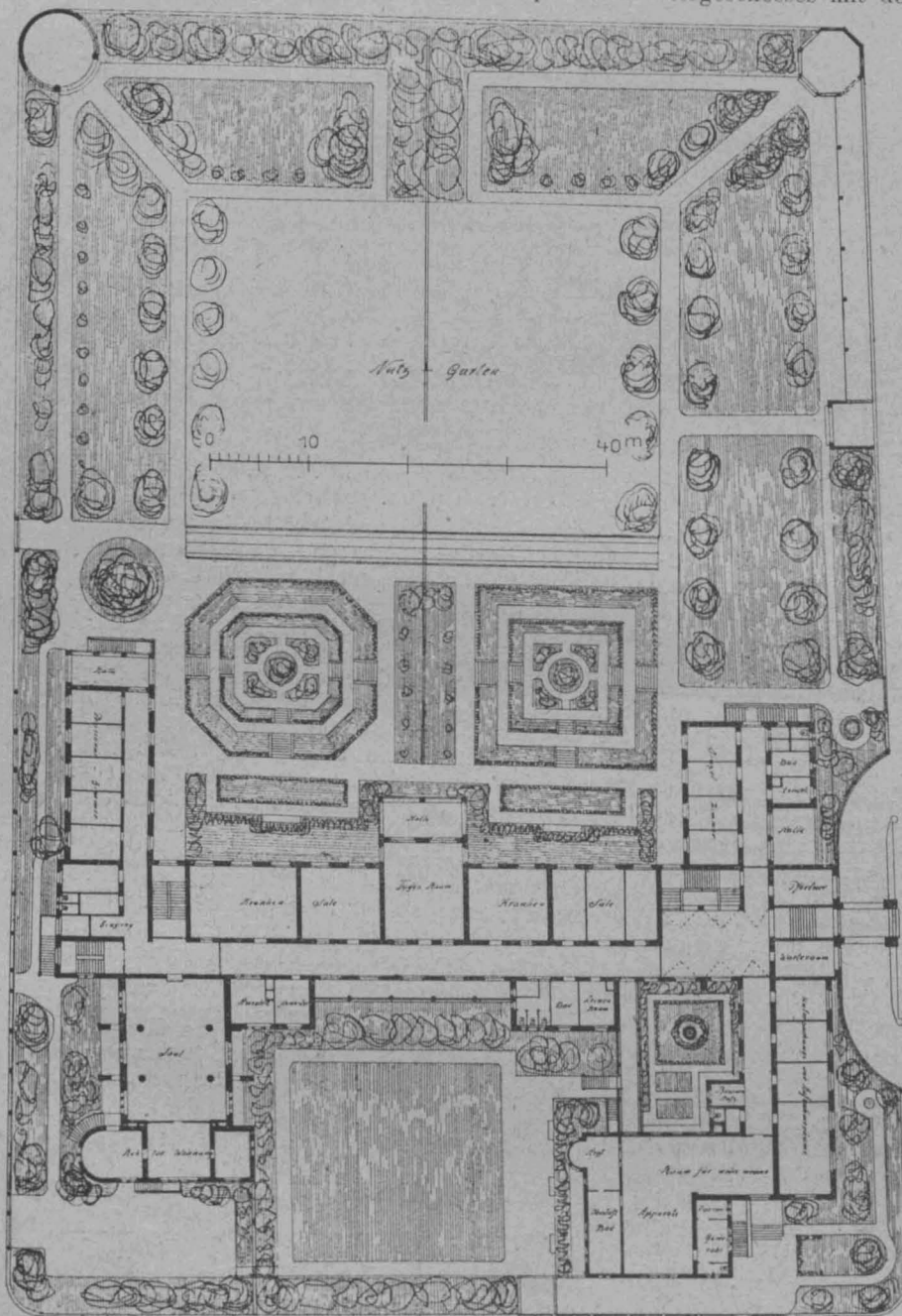
Die Ausgestaltung des Äußeren Burg-Platzes in Wien.

u. unseren bezüglichen Ausführungen über diesen Gegenstand in den Nummern 4, 6 und 7 der „Deutschen Bauzeitung“ erhielten wir von Hrn. Hofrat Professor Friedrich Ohmann in Wien die nachstehende Erwiderung:

„In Ihrem letzten Artikel über die Ausgestaltung des neuen Burg-Platzes wurde gesagt: „Der Ur-

heber der Platzeinteilung müßte also in anderer Richtung gesucht werden“. Nun denn: Der Urheber bin ich, denn die Arbeit stammt aus dem Jahre 1905/1906, zu welcher Zeit ich noch als bauleitender Architekt des Hofburgbaues beschäftigt war.

Während meiner siebenjährigen Tätigkeit in dieser Eigenschaft hatte ich nicht nur vorhandene Bauteile für die



Lageplan mit Erdgeschoß.

Räume mit dem Krankenhaus ist durch einen offenen überdachten Laubengang hergestellt. Der von der Treppe aus nach Osten abzweigende Flügel enthält nur Einzelzimmer. Für diese sind hier auch besondere Nebenräume, Bad, Klosette, Anrichte und Halle angelegt. Die Krankensäle liegen südwärts am West-Ost-Flur. In ihrer Mittelflucht ist der Tagesraum mit einer vorgelegten offenen Halle eingeschoben. An der Nord-



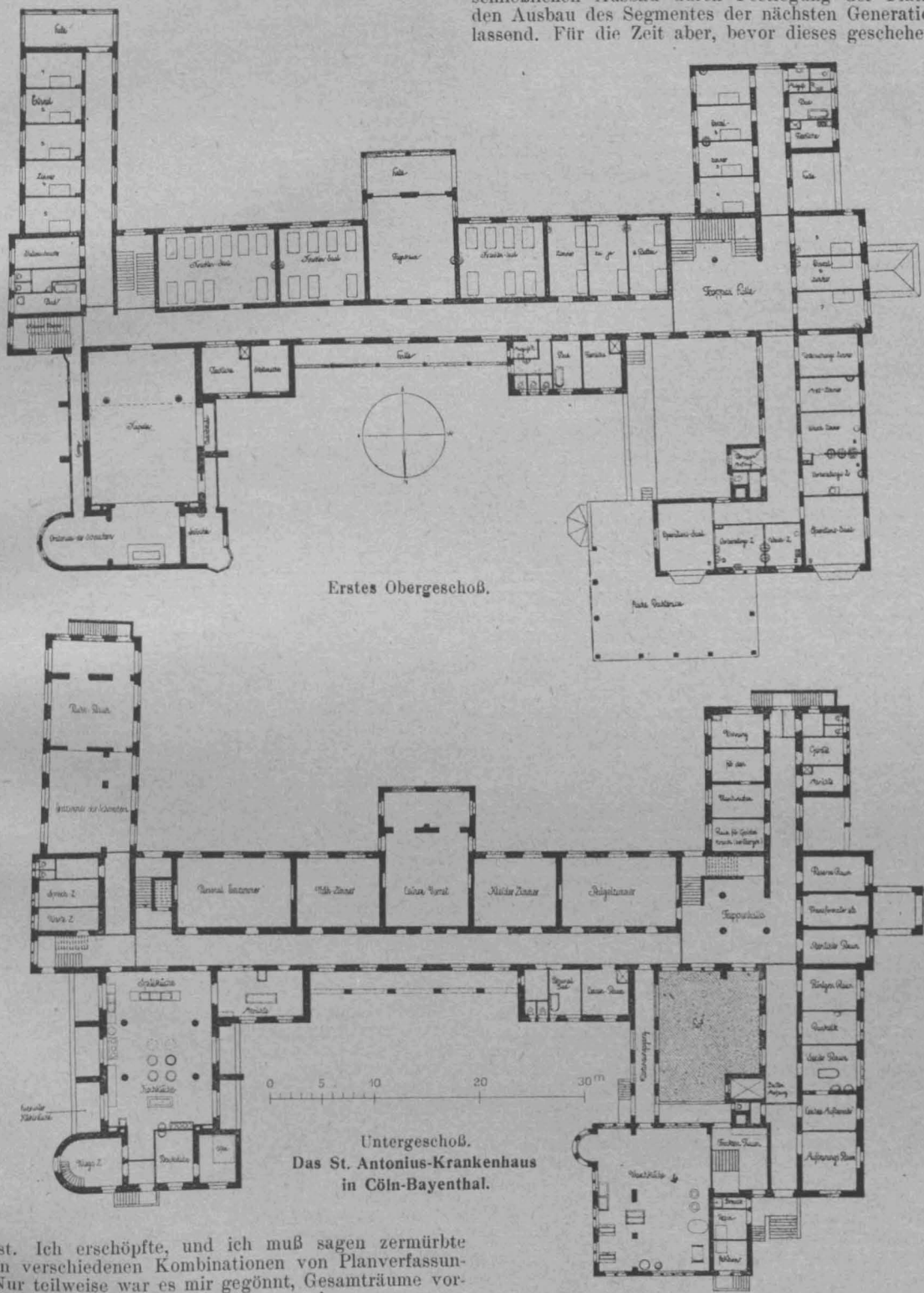


DAS ST. ANTONIUS-KRANKENHAUS
 ***** IN KÖLN-BAYENTHAL *****
 ARCHITEKT: PETER GAERTNER,
 MITARBEITER JACOB BERNIS,
 ***** ARCHITEKT D. F. A. *****
 ANSICHT VON NORDOST AN DER
 *** BERNHARD - STRASSE. ***
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG ≡
 * 52. JAHRGANG 1918. *** NO. 36. *

geänderten Bedürfnisse verwendbar zu machen, sondern auch die undankbare Arbeit, die ganze Erdgeschoß- und Mezzanin-Fassade gegen den Garten mit früher angeschafftem Steinmaterial neu auszugestalten, den großen Vorbau fertig zu stellen, der anstelle der geplanten Treppe eingeschaltet wurde, die Attika gegen den Garten mit der vorhandenen kupfergetriebenen, feuervergoldeten Adlergruppe auszuführen, ebenso den Hof des Corps de logis, wieder mit teilweise fertigem Material und die neue Marmortreppe

Hofburg und die prinzipielle Annahme eines Thronsaales in der Achse der Durchfahrt — dies nach Semper — feststanden.

Ich war nunmehr über die Raumbedürfnisse genügend unterrichtet und konnte mir leicht Klarheit schaffen, in welcher Zeit und mit welchen Kosten das Vorgeschlagene zu schaffen möglich ist. Damit ergab sich für mich auch der Ueberblick, was innerhalb der nächsten Jahrzehnte ausführbar wäre. Mit gutem Bedacht schuf ich grundrißlich, die Semper'sche Idee erhaltend, den Untergrund für den schließlichen Ausbau durch Festlegung der Platz-Ecken, den Ausbau des Segmentes der nächsten Generation überlassend. Für die Zeit aber, bevor dieses geschehen sollte,



dasselbst. Ich erschöpfte, und ich muß sagen zermürbte mich in verschiedenen Kombinationen von Planverfassungen. Nur teilweise war es mir gegönnt, Gesamträume vorzubereiten, solche zu schaffen oder gar einen ganz neuen Bau aufzuführen, wie z. B. das Glashaus. Durch diese Verhältnisse gedrückt, bat ich einige Male um Enthebung. Das freundliche Wohlwollen und die Güte der maßgebendsten Stelle veranlaßten mich, eine Zeit lang auszuharren. Schließlich kam ich nach vieler Erfahrung zu dem Bewußtsein, daß nur ein festgefügtes Bauprogramm für die weitere Entwicklung des Baues zum Resultat führen kann, ein Bauprogramm, das nur auf Grundlage eines konkreten Gesamtplanes möglich ist. So entstand die vorliegende Gesamt-Situation, wo nur der existierende Baublock der neuen

entstand der vorliegende Plan und er wurde auch schließlich von höchster Stelle als möglich angenommen, so zwar, daß dieser Plan für ein Zwischenstadium gedacht ist. Diesem Prinzip entsprechend, wurde später, wie ich hörte, ein Modell ausgeführt, das sich aber formal an meine Vorschläge kaum binden dürfte und bei dem der Leopoldinische Trakt der alten Burg sichtbar bleibt. Das Burg-Tor — ich schlug nie vor, ein Denkmal Rudolf's von Habsburg darauf zu setzen — beließ ich aber, es

ausgestaltend, von der Unzulässigkeit überzeugt, dieses Werk Nobile's zu demolieren; auch Semper beließ es.^{*)} Er wollte durch die zwei triumphalen Tore, die die Burg mit den Museen binden, die verkehrsreiche Ring-Straße überbauend, einen einheitlichen Platz von den Hofstallungen bis zur Burg schaffen. Aus verschiedenen Rücksichten jedoch dürfte diese Ueberbauung kaum zur Durchführung kommen. An dieser Stelle durchschneidet die mit breiter Doppel-Allee besetzte Ring-Straße ganz gewaltig die gesamte Anlage, sodaß sich der Platz vor den Hofmuseen mehr an die breitläufige Ring-Straße bindet, die Masse des Burg-Tores jedoch den sogenannten Helden-Platz zur Burg hinüber abtrennt. Bevor also der zweite Segmentbau ausgeführt ist, bildet der Helden-Platz mit den beiden Monumenten den mit dem Volksgarten sich bindenden Gartenplatz mit dem jetzigen neuen Hofburgflügel als achsialer Betonung. Auffällig ist, daß in der Semper'schen Perspektive die beinahe 7^m betragende Niveaudifferenz keine Beachtung fand, ein Umstand, der bei den gegen das erste Projekt ohnehin in die Höhe getriebenen Gebäudemassen die Schönheit des lagernden Platzes sehr beeinträchtigt.

Ich muß noch auf eine Stelle Ihres Artikels Bezug nehmen und sagen, daß mir eigentlich von einer Differenz mit Seiner kaiserlichen Hoheit Erzherzog Franz Ferdinand nichts bekannt ist. Im Gegenteil. Ich erinnere mich mit Dank der gütigen und interessvollen Anteilnahme an meinen Arbeiten. Als die Auflösung des Baukomitees erfolgte und

eine neue-Baubau-Kommission ernannt werden sollte, habe ich sofort mit Rücksicht auf die mir bekannt gewordene Zusammensetzung der Kommission an maßgebendster Stelle gebeten, meine Stellung als Bauleiter niederlegen zu dürfen. Das geschah anfangs 1906. Später wiederholte ich die Bitte, bis sie mir im Februar 1907 gewährt wurde.

Den in Wien mit oder ohne Absicht in Umlauf gesetzten Gerüchten über meinen Abgang, die sich auch in den Zeitungen widerspiegelten, die mich aber nicht berühren durften, bin ich nie entgegen getreten. Ich nehme heute zum ersten Mal die Gelegenheit wahr, ein für allemal die Tatsachen klarzustellen. Mein hartnäckiges Verhalten, das aus der Empfindung hervorging, aus einem bestimmten Grunde der Sache nicht weiter dienen zu können, fand an höchster Stelle gütige Nachsicht, woran ich mich immer mit Dank erinnern muß. Ich hatte auch noch nach Jahren die Auszeichnung, im Sinne und im Auftrag Seiner kaiserlichen Hoheit des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand für ihn öfter Pläne auszuarbeiten und persönlich zu erläutern. —

F. Ohmann.

^{*)} Anmerkung der Redaktion. In dem Entwurf Sempers, den Sitte veröffentlicht und der aus dem im Nachlaß Sempers gefundenen Entwurf wieder gegeben ist, ist das Burg-Tor nicht enthalten, wohl aber in anderen Entwürfen dieses Meisters. Wenn der Entwurf bei Sitte als ein Ideal-Entwurf zu betrachten ist, so scheint Semper in anderen Entwürfen den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen zu haben. —

Vermischtes.

Zum Stadtbaurat für Hochbau in Fürth in Bayern ist vom Magistrat in Fürth der Stadtbauinspektor Ludwig Wagner vom städtischen Hochbauamt in Chemnitz gewählt worden. —

Die Stelle des Stadtbaurates der Haupt- und Residenzstadt Altenburg wird vom Stadtrat mit Bewerbungsfrist zum 15. Mai 1918 öffentlich ausgeschrieben. Die Anstellung erfolgt zunächst auf 6 Jahre, später auf Lebenszeit. Bewerber müssen die Regierungsbaumeister-Prüfung bestanden und auf dem Gebiete des modernen Städtebaues, der Stadterweiterung (Bebauungspläne), Straßenbau, der Kanalisation, Kläranlagen und Kleinwohnungswesen praktische, mehrjährige Erfahrungen erworben haben. Bewerber, die schon längere Zeit ein Stadtbauamt selbstständig verwaltet haben, werden bevorzugt. Und dafür bietet die Stadt ein Jahresgehalt von 5000 M., steigend nach je 3 Dienstjahren um 500 M. bis zum Höchstgehalt von 7500 M. Dazu treten Teuerungszulagen, während die Beiträge für die Witwen- und Waisenversorgung die Stadtgemeinde übernimmt. Selbst unter Berücksichtigung dieser Umstände ist das Gehalt weitaus zu gering, ganz abgesehen davon, daß von den Bewerbern eine Summe von Kenntnissen verlangt werden, deren erfolgreiche Beherrschung von einem Kopf nicht verlangt werden kann. Wie steht es überhaupt mit dem städtischen Hochbau in Altenburg? Es will uns scheinen, als bedürften die Voraussetzungen, unter denen die Stelle verlehnt wird, einer nochmaligen eingehenden Beratung und Klärung, sollen die Bewerbungen auch für Altenburg erfolgreich sein. —

Freiburger Bürgerhäuser. Im Jahre 1920 begeht die Stadt Freiburg im Breisgau die Feier ihres 800-jährigen Bestehens. 1120 wurde sie von Konrad, dem Bruder Bernhard's III., Herzogs von Zähringen, gegründet. Dieser wurde in Cöln gefangen gesetzt, als er dem Kaiser Heinrich V. im Kampf gegen das aufrührerische Cöln beistand. Hierbei hatte er Gelegenheit, sich von der Tüchtigkeit, dem Reichtum und der Widerstandskraft eines städtischen Gemeinwesens zu überzeugen. Es wird daher angenommen, daß die Schilderungen über Cöln Konrad veranlaßten, mit Freiburg eine Städtegründung zu unternehmen. Die neue Gründung trug den Charakter eines Marktes oder einer Handelsstadt. Unter der Obhut seines Gründers hob sich Freiburg während dreier Jahrzehnte zu hoher Blüte. Die Stadtverwaltung hat nun beschlossen, als Jubiläumsgabe die alten Bürgerhäuser Freiburgs in zeichnerischer, bau- und kunstgeschichtlicher Darstellung herauszugeben. Nach den bisherigen Veröffentlichungen aus und über Freiburg dürfen wir eine wertvolle Gabe erwarten. —

Tote.

Robert Bahrs †. In Magdeburg starb am 9. März 1918 infolge Herzschlages der Architekt B. D. A. Robert Bahrs im aufgehenden 76. Lebensjahr. Als Vertrauensmann für Banken und Versicherungen dehnte sich sein Arbeitsgebiet strahlenförmig über die Magdeburger Lande und die Provinz aus. Für die engere Heimat entstanden von seiner Hand prächtige Stadt- und Landbauten. Im öffentlichen Leben wurde sein Rat, erwachsen aus reicher Erfahrung, gern gehört.

Als junger Baubeflissener war Bahrs nach dem Besuch der Gewerbeschule in Halle, der praktischen Durchbildung im Büro und auf der Baustelle in Magdeburg, bei den Bahnhof-, Um- und Neubauten in Görlitz, Bebra und Cassel beschäftigt. Nach einem Studium auf der Bauakademie und im Atelier Strack in Berlin zog es ihn später wieder nach Magdeburg, wo ein großes Bauen im Gang war. Fast ein halbes Jahrhundert hat er hier als Privatarchitekt gewirkt. Sein unermüdlicher Fleiß, sein An- und Einpassen in die Verhältnisse brachten ihm reichliche Aufträge. Wenn auch die meisten Aufgaben nicht große Kunstleistungen verlangten, so lebte doch in dem Verstorbenen ein Schaffender, der mit den Anforderungen seiner Zeit einen Hauch künstlerischen Empfindens verwebte.

Im Wandel der baulichen Kunstanschauung stand Bahrs nicht beiseite und trotz seiner Jahre hielt er sich zu den Jüngsten in der Kunst. Er war bis zuletzt aufnehmend und rege.

Seine Eigenart verkörperte sich in der Ausgestaltung von einfachen und reicheren Innenräumen. Viele Magdeburger Patrizierfamilien haben ihre fein empfundenen, kostbaren Wohnungseinrichtungen vom Künstler Bahrs. Auch ihre Grabdenkmäler ließen die Magdeburger von ihm entwerfen, Werke guter Formgebung und bester Materialbehandlung.

Mit Bahrs ist ein Fachmann dahingegangen, der im Architektenberuf mit ganzer Liebe aufging. Als Vorstand der Magdeburger Ortsgruppe des B. D. A. wollte er noch viel Arbeit zum Ausbau der Kollegenschaft leisten. Zukunftsfreudig sah er dem Kriegsverlauf, einem deutschen Frieden und neuem Bauleben entgegen — doch das Herz stand still, der schaffensfrohe Geist erlosch. — Adams.

Wettbewerbe.

Ein Wettbewerb um Entwürfe für ein Plakat der „Deutschen Frauenhaar-Sammlung“ wird vom „Verein der Plakatreunde“ in Charlottenburg mit Frist zum 1. Juni d. J. erlassen. Für Preise stehen 4000 M. zur Verfügung. Ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe ist vorgesehen. —

Chronik.

Eine staatl. Frauenklinik mit Mutter- und Säuglingsheim in Chemnitz ist am 9. April ihrer Bestimmung übergeben worden. Der Bau wurde im Juni 1914 begonnen und trotz der durch den Krieg bedingten schwierigen Verhältnisse glücklich zu Ende geführt. Die Klinik bietet Raum für 140 Betten für Mütter, 100 Betten für Säuglinge, während das Heim 40 Betten für Mütter, 65 für Säuglinge aufweist. Die Bauten wurden durch die Baudirektion im sächs. Ministerium des Inneren unter Oberleitung des bautechn. Rates Geh. Brts. Reh ausgeführt. Die Ausarbeitung der Baupläne, sowie die Bauleitung war dem kgl. Brt. Grube in Dresden übertragen. —

Inhalt: Das St. Antonius-Krankenhaus in Cöln-Bayenthal. — Die Ausgestaltung des äußeren Burg-Platzes in Wien. — Vermischtes. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage: Das St. Antonius-Krankenhaus in Cöln-Bayenthal.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hoffmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



Ansicht der Liegehallen.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 37. BERLIN, DEN 8. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Das St. Antonius-Krankenhaus in Cöln-Bayenthal.

Architekt: Peter Gaertner, Mitarbeiter: Jacob Berns, Architekt D.F.A.

(Schluß) Hierzu die Abbildungen S. 158 und 159.



Das Äußere der Anlage zeigt eine malerische Gruppierung der Baumassen, deren Wirkung durch die Wahl der Baumaterialien verstärkt wird. Die Außenflächen der Stockwerke sind in roten Ziegelsteinen mit weißer Fugung über einem Sockel aus grobem Kalkputz ausgeführt, der mit versprengten, schwerbossierten Dolomitsteinen durchsetzt ist. Einige Vorbauten, wie der niedrig gehaltene Teil der Nordfront mit den Räumen für die Orthopädie, die Umwährung und die Gartenhallen sind gleichfalls geputzt. Die Fenstereinfassungen, Erkerbauten, Balkone, Brüstungen und die Stützen und Säulen an den offenen Hallen sind in Beton gestampft und bearbeitet. Die Dächer sind in roten Ziegeln gedeckt, bei geschieferten Gräten und Firsten. Auch die Dachfenster und Dachaufbauten wurden geschiefert. Der Kapellenbau wird von einem in Kupfer gedeckten Dachreiter bekrönt. Einen besonderen Reiz erhält dieser Bauteil noch durch die gegensätzliche Wirkung der niedrigen Anbauten mit den seitlichen Fachwerkübergängen zu der hochaufragenden Baumasse der Kapelle. Eine weitere Steigerung des Eindruckes wird durch die Umfriedigung der Bauanlage erzielt, die aus hellgeputzten und mit Ziegeln abgedeckten Mauern besteht und sich stellenweise zu Einblicken, die mit Holzgittern und Lattenwerk geschützt sind, öffnet. Die Eckpavillons und Hallen, die dafür bestimmt sind, den Kranken bei Sonnenbrand und Regen Schutz zu gewähren und die an einigen Stellen vorgesehenen Nischen, die Figurengruppen aufnehmen sollen, bilden dabei eine erwünschte Unterbrechung der langen Mauerfluchten. Der Gesamteindruck des Äußeren klingt in Architektur und Materialverwendung an die nieder-rheinische Bauweise an, wie sie in zahlreichen alten Bauwerken in der Nähe Cölns heimisch und erhalten ist. Das Innere des Hauses ist in wohlthuender Freundlichkeit durchgebildet, wie das Äußere. Neben der

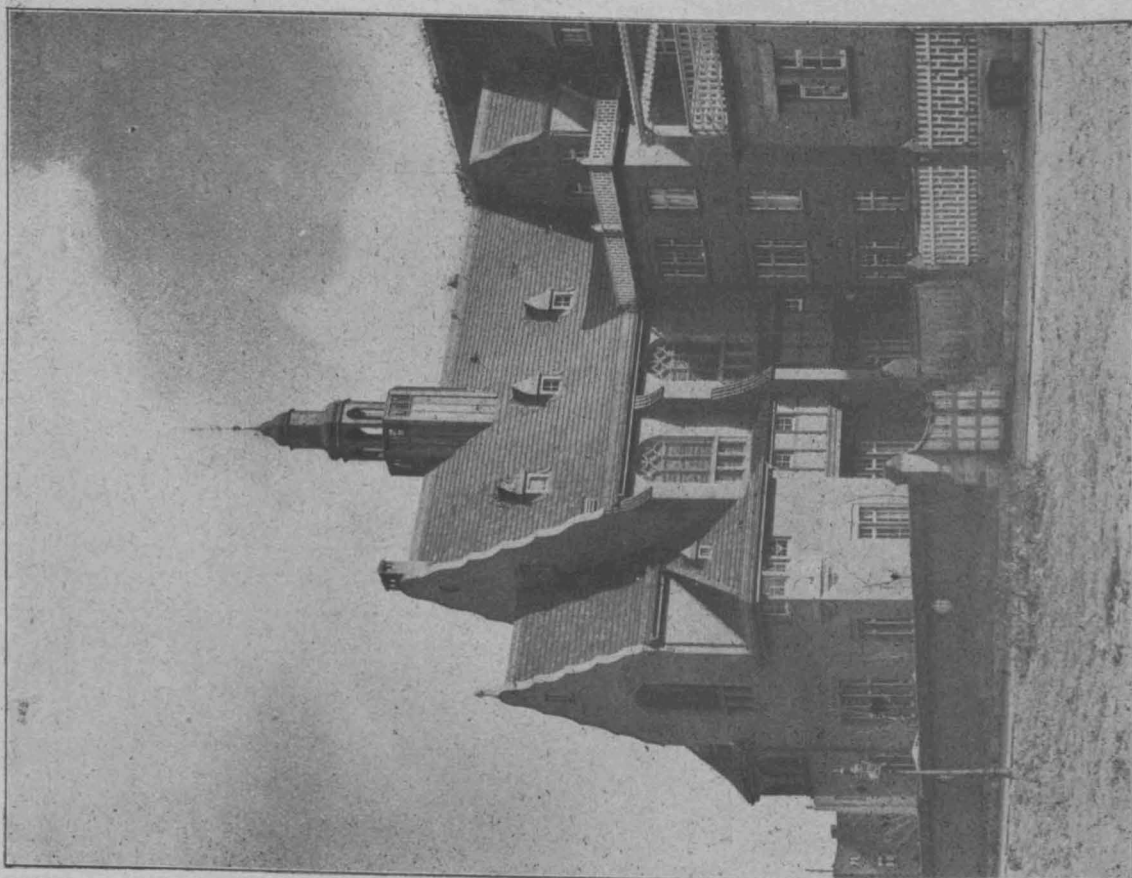
Zweckmäßigkeit kamen überall die künstlerischen Absichten der Architekten zur Durchführung, deren oberste Richtschnur war, den Kranken den Aufenthalt möglichst behaglich zu gestalten. Als Räume, die eine besondere Ausbildung erfuhren, sind die Treppenhalle, der Schwesternsaal und die Kapelle zu nennen. Leider erfuhren die Ideen der Architekten bei der Ausstattung der Kapelle jedoch insofern eine Durchkreuzung, als auf Anordnung der obersten Verwaltung die schon fertig schablonierten Wände übertüncht und mit Steinquadern übermalt werden mußten. Auch wurden der Altar, der Beichtstuhl und der plastische figürliche Schmuck der Kapelle, sowie sämtliche Möbel des Hauses in Handelsware beschafft. Abgesehen davon kam die Bauherrin jedoch den Architekten in jeder Beziehung entgegen. So standen für die Ausstattung der Räume für ärztliche Zwecke, die Operationsräume mit allen Nebenräumen, die Laboratorien, die Krankenzimmer usw. ausreichende Mittel zur Verfügung, sodaß dadurch allen ästhetischen und gesundheitlichen Ansprüchen entsprochen werden konnte. Auch für die Einrichtung der Koch- und Waschküche mit Dampfapparaten, der Kühlanlage und Maschinen, der elektrischen Speiseaufzüge, der Bäder und sonstigen gesundheitlichen Einrichtungen, der Niederdruck-Dampfheizung, der Versorgung aller Räume mit warmem und kaltem Wasser und die bauliche Einrichtung und Ausstattung der Räume selbst, erfreuten sich die Architekten der tatkräftigen Unterstützung der Bauherrin, sodaß alle diese Einrichtungen hohen Anforderungen entsprechen.

Die Entlüftung der Krankenzimmer erfolgt durch eine Zentralanlage, bei der die verbrauchte Luft im Speicher zusammengeführt wird und durch kleine Ventilationstürmchen über Dach entweicht. Alle Krankenzimmer haben Linoleum-Fußböden auf Korkestrich. Alle Flure, Klossette, Bäder, Ausgußräume, Anrichten, Operations- und Vorbereitungsräume, Küchen und Waschräume haben geplättete Böden und Wände. Als Zimmertüren wurden überall gesperrte glatte Türen verwandt. Die Anlage wurde 1910 ihrer Bestimmung übergeben. —

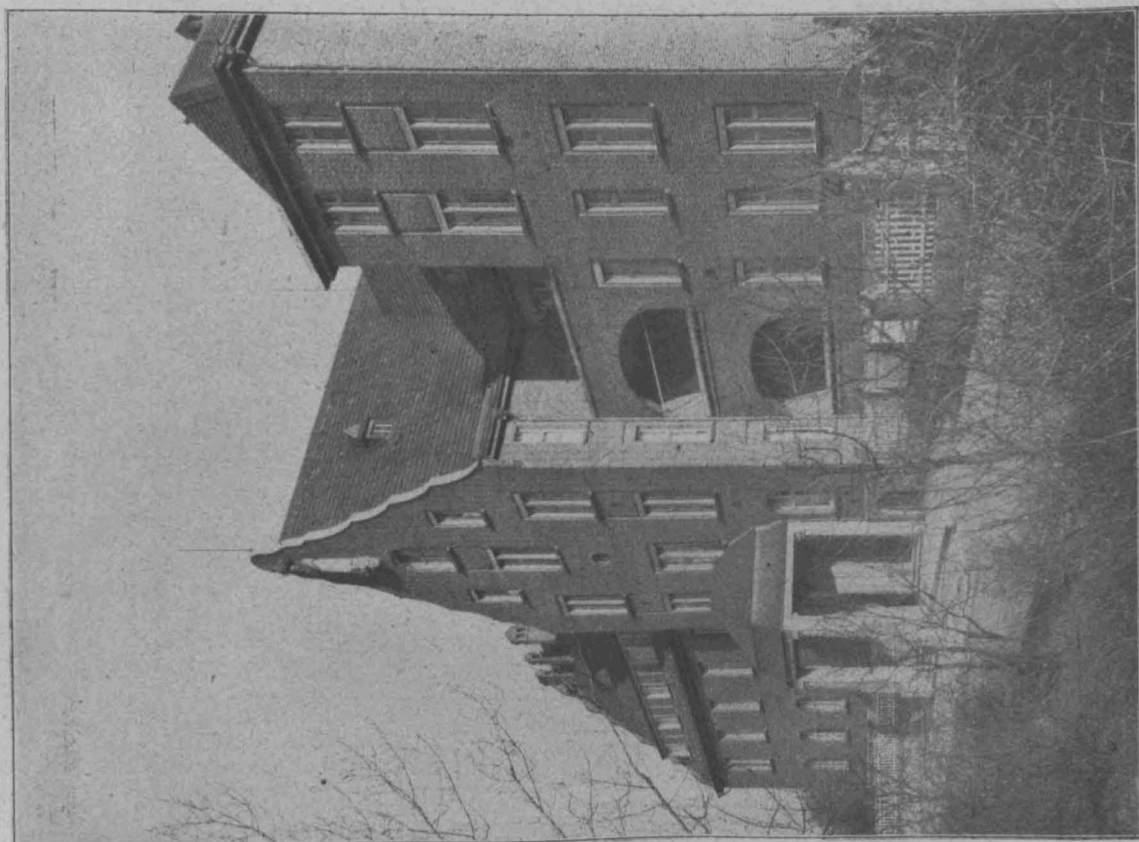
Städtische Straßen-Zustände in mittelalterlicher und nachmittelalterlicher Zeit.

In anschaulicher Weise schildert Medizinalrat Dr. Federschmidt*) die Straßenverhältnisse Nürnbergs vom Mittelalter bis zum Ende der reichsstädtischen Zeit. Zwei Ursachen waren es, welche die erste

Verschmutzung und Versumpfung hervorgerufen, der dringend Abhilfe forderte. Die bisherige Wohnstätte der Juden aber, deren Ausweisung im Jahre 1349 anscheinend aus prophylaktischen Gründen stattfand, um der im übrigen



Das St. Antonius-Krankenhaus in Köln-Bayenthal. Architekt: Peter Gaertner, Mitarbeiter: Jacob Berns, Architekt D. F. A.



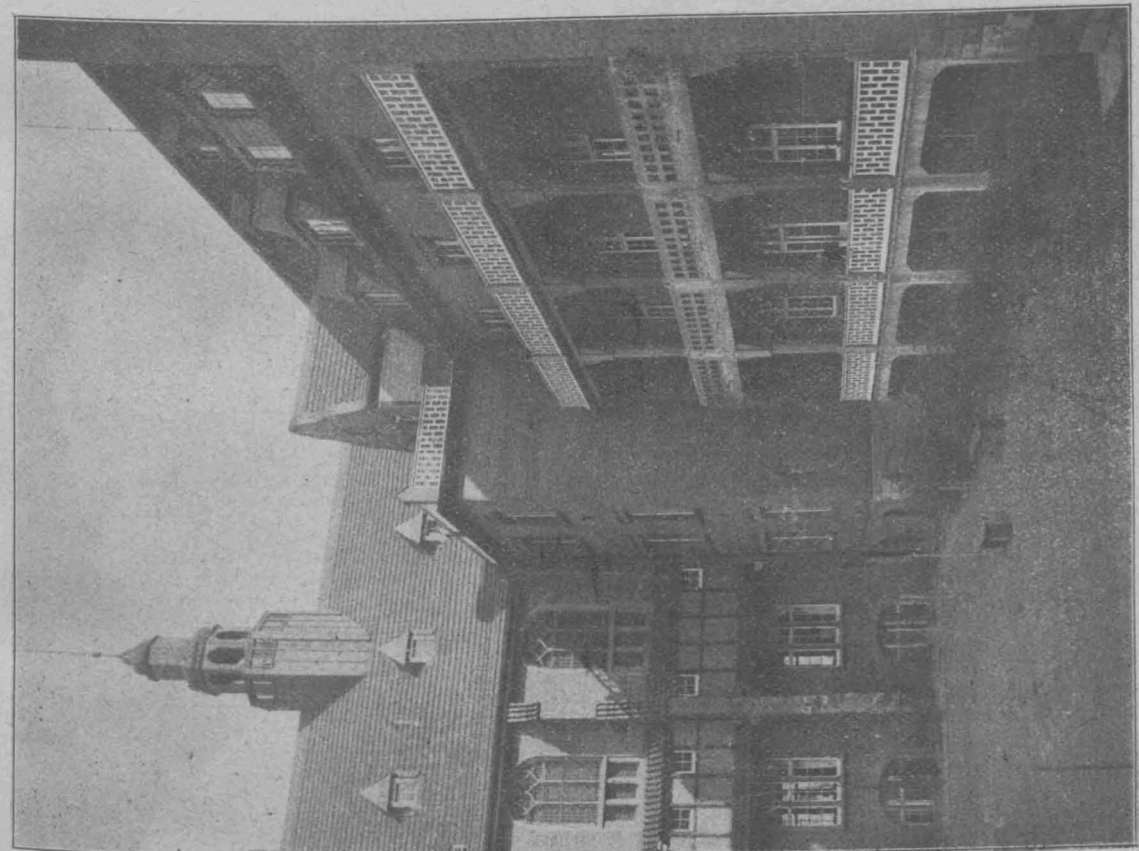
Pflasterung von Straßenflächen dort veranlaßte: die wiederholte Ueberschwemmung der mittleren Stadtteile durch Hochwasser der Pegnitz und die Vertreibung der Juden. Die Ueberschwemmungen hatten einen Zustand der

Deutschland wütenden Pest vorzubeugen, wurde niedergelegt und zum Marktplatz ausersehen. Hier mußte etwas

*) Deutsche Vierteljahrsschrift für öffentliche Gesundheitspflege 1917, Heft 12.

geschehen. Zwar kehrten die Juden schon nach drei Jahren zurück, mußten aber an anderer Stelle sich ansiedeln. Am neuen Markt war inzwischen der Bau der Marienkirche begonnen; die Pflasterung folgte: „anno domini 1368, vierzehn tag nach Walburgis, da ving man an das erste pflaster in

den Metropolit, Erzbischof von Prag, gerichteten Briefes: „Die Stadt Nürnberg wird durch häufigen Regenfall ermüdet, denn durch täglich überschwemmende Güsse wird sie begossen und mit einer solchen Nässe durchtränkt, daß man hier an eine ewige Sintflut glaubt und an den feuchten Bo-



Das St. Antonius-Krankenhaus in Cöln-Bayenthal. Architekt: Péter Gaertner, Mitarbeiter: Jacob Berns, Architekt D. F. A.



Nürnberg“. Bald nachher wurde hier der in den Jahren 1385 bis 1396 geschaffene „Schöne Brunnen“ errichtet. Ueber die Straßenzustände vorher gibt uns ein Bild die folgende Stelle eines um 1350 vom Bischof Johann von Neumarkt an

den eine solche Schmutzmasse anwächst, daß auf den Straßen der Reiter immer befürchten muß, daß entweder sein Pferd in die Schmutzmasse so unbedacht stürzt, daß es seinen Reiter wie ein Schwein mit dem Gestank des schmierigen

Straßenkots beschmutzt oder, wenn er durch die Gunst des Schicksals diesem Unfalle entgeht, doch von vorn und hinten und an den Seiten durch die Menge der ankommenden Pferde die Kleider, zumal eines reisenden Priesters, da sie der Ehrbarkeit wegen lang sind, so sehr durch die Berührung des widrigen Schmutzes befleckt werden, daß man von den Herbergen der Stadt zum kaiserlichen Schloß nicht ohne Schaden gelangen kann". Die Straßenpflasterung schritt indes nur langsam fort, wie man aus einer Äußerung des Archivrates Mummenhoff entnehmen kann: „Allem Anschein nach wurde Nürnbergs Pflasterung im großen und ganzen im 16. Jahrhundert vollendet, zum Teil auch auf die Vorstädte ausgedehnt. Eine größere Zahl von kleineren und größeren, mehr abgelegenen Plätzen und einzelnen Straßen waren auch im Anfang des 17. Jahrhunderts noch nicht gepflastert und wurden es wohl erst ganz allmählich.“ Aus dem bekannten Baumeisterbuch von Endres Tucher erfährt man Anweisungen an den Pflastermeister und seine Gesellen, sowie die Vorschrift, daß die Anlieger einen Pflasterstreifen von vier Schuh Breite entlang ihren Häusern selbst zu bezahlen hatten. Die Schönheit des neuen Pflasters hat Hans Sachs sogar zu einem Poem begeistert. Wenn aber Aeneas Sylvius Piccolomini, der spätere Papst Julius II., schon im Jahre 1458 den „majestätischen Glanz“ der Stadt preist, „welcher sich beim Eintritt in ihre Tore durch die Schönheit ihrer Straßen bewahrheitet“, so hat er offenbar weniger die Straßenfläche, als die prächtigen gotischen Bauten im Auge. Denn die Reinlichkeit der Straßen lag nicht bloß im 15., sondern auch in den späteren Jahrhunderten noch sehr im argen.

In Nürnberg wurde das Großvieh täglich von den Stadthirten durch die Straßen auf die „gemeine Wiese“ getrieben. Schweine liefen in unglaublicher Zahl frei auf den Straßen umher und wühlten im Schmutz, sodaß Albrecht Dürer Tiermodelle zu seinem bekannten Gemälde überall zu Gebote standen. Vom Jahre 1641 ab mußten die Schweine eine Schelle tragen. Ein bald nachher erlassenes Schweineverbot blieb ohne Erfolg. Auch über die vielen Hunde wurde geklagt, und es wurde 1430 befohlen, „daß jeder des nachts sein hant einsperre, daß er kein pellen auf der gassen tet“. Wie es mit den Misthaufen aussah, zeigt ein Ratsbefehl aus dem 14. Jahrhundert: „Wer mist treit an die Straße und las ern langer liegen denne über den vierten Tag, so soll er fürbaß geben zu Fuße je von dem Tage 60 Pfennige“. Viel geholfen hat diese Maßregel nicht, ein Chronist von 1626 schreibt: „da wurden die Misthaufen groß; mitten auf dem Lauferplatz da waren vier große Misthaufen; dort auf einem Misthaufen lag ein kranker oder verwundeter Soldat, auch wohl andere hingeschleppte tote Menschen, daher beim Tag ein Peuntwagen herumfuhr und, was tot war, wie ein Scheit Holz auflud und hinausfuhr“. Ein „Knecht“ war angestellt, um täglich die herum liegenden Tierkadaver aus der Stadt zu schaffen. Die Straßenreini-

gung wurde, wie überall so auch in Nürnberg, als eine unehrliche Arbeit betrachtet: der hinter dem Rathause aufgestapelte Unrat wurde nach einer 1439er Chronik durch den „Löwen“, d. h. den Henkersknecht, beseitigt. Die mangelhafte Fortschaffung von Schutt und Hausabfällen veranlaßte zahlreiche Ratsbefehle, „Grundaushub und Bauschutt“, so heißt es in einem derselben, „sollen nicht länger als zwei Monate (!) auf der Gasse liegen, Hub und Erdreich soll jeder nicht über acht Tage an der Gasse liegen lassen“.

Schlimm stand es besonders um die Aborte. Bei der Entleerung der sehr großen Gruben durch die mit dem Namen „Pappenheimer“ bezeichneten Grubenreiner wurden die Straßen hochgradig verunreinigt und die Anwohner, wie es in der Chronik heißt, „bas erstänket“. Der erste Straßenkanal wurde von Endres Tucher vom Weinmarkt durch die heutige Winklergasse unter dem Fleischhause her in die Pegnitz geführt. Im Jahre 1702 wurden 28 Kanäle gezählt, wovon 13 ihren Inhalt dem stagnierenden Stadtgraben übergaben. — Die Ziehbrunnen, deren 116 gezählt wurden, waren zwar eine malerische Zierde der Stadt; aber ihre fortwährende Verunreinigung von unten und von oben barg eine große gesundheitliche Gefahr. Im Jahre 1571 mußte verboten werden, „daß etwa die ehehalten oder sonst mutwillige leut das unzeyer und tot vieh in die prunnen werffen“, und an anderer Stelle wird geklagt, „daß die Brunnen bös wasser haben und einen üblen Gestank causieren“. Der Beginn der Umwandlung der Zieh- in Pumpbrunnen fällt in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Eine öffentliche Beleuchtung gab es nicht; nur wenn Nachts Feuer ausbrach, wurden an den Eckhäusern städtische Laternen, die den Bürgern zur Aufbewahrung übergeben waren, ausgehängt und angesteckt. Erst im Jahre 1792, später als in anderen Städten, wurde eine öffentliche Beleuchtung durch Anbringung einiger Oellampen eingeführt, deren Zahl später vermehrt wurde.

Ähnlich den Nürnberger Verhältnissen waren die Zustände an anderen Orten, wie München und Augsburg, Mainz und Köln, Braunschweig und Magdeburg. Nürnberg stand, wie die meisten mittelalterlichen Städte, unter dem Zeichen „Kot überall“. In manchen Städten des Orients ist es ja noch heute so. Während das dort hauptsächlich auf Trägheit und Gleichgültigkeit der Bevölkerung zurückzuführen ist, wäre es ungerechtfertigt, unsere Vorfahren in ähnlicher Weise anklagen zu wollen. Sie scheinen beim Mangel an wirksamen technischen Mitteln den Schmutzmassen so hilflos gegenüber gestanden zu haben, wie weiland der sagenhafte König Augias dem Unrat seiner dreitausend Rinder, von dem ihn erst der göttliche Herakles auf so technisch-geniale Weise zu befreien wußte. Die Reichshauptstadt hat mit vollem Recht diesem ältesten und vornehmsten der Schwemm-Ingenieure ein so hochragendes Standbild errichtet. — J. St.

Vermischtes.

Die städtische Baupolizeiverwaltung Berlins hat am 22. April 1918 ihre Geschäfte im Dienstgebäude Roßstraße 21/25 aufgenommen. Sie hat die Fernsprech-Anschlüsse Amt Zentrum 5310, 5311, 5320, 5321, 5384, 5385. Ihre Bezeichnung lautet fortan: „Städtische Baupolizeiverwaltung“ und abgekürzt: „St. B. P.“ —

Als Stadtbaurat für Posen, und zwar für das Gebiet des Hochbaues, ist anstelle des verstorbenen Stadtbaurates Stahl der Stadtbauinspektor in Danzig, Hr. Richard Dähne, gewählt worden und tritt sein Amt am 1. Juni d. J. an. Hr. Dähne, der sich um die Erhaltung des alten und die Entwicklung des neuen Danzig große Verdienste erworben hat — er ist der Urheber der in den Nummern 20 und 22 d. J. in unserer Zeitung wiedergegebenen Friedhof-Anlage in Danzig — wird auch in Posen ein ergiebiges und dankbares Arbeitsgebiet finden. Die Tätigkeit des Scheidenden ist durch den Kunsthistoriker der Technischen Hochschule in Danzig-Langfuhr, Geh. Reg.-Rat Matthäi, in der „Danziger Zeitung“ kürzlich in anerkennender Weise geschildert worden und das mit Recht sowohl da, wo sie erhaltend, wie da, wo sie neu schöpfend wirkte. —

Chronik.

Für die Nutzbarmachung der Wasserkräfte der Rhone für Paris, die seit Längerem in Aussicht genommen ist, hat eine zum Studium der verschiedenen Vorschläge eingesetzte Kommission nach der „Schweizer, Bauztg.“ sich kürzlich für das Projekt der Ingenieure Blondel, Harlé und Mähl entschieden, das ein Kraftwerk bei Génissart, 7 km südlich von Bellegarde, vorsieht. Der hier anzulegende Staudamm soll 76 m Höhe erhalten. Das Gefälle schwankt zwischen 64 und 69 m, die zu gewinnende Energiemenge wird auf 240000 PS. berechnet. Durch die Staumauer wird die obere Rhone bis zur Schweizer Grenze in einem 23 km langen See von 380 ha Oberfläche und einer Spiegelhöhe von + 332,0 aufgestaut, womit für diese Strecke auch die Frage der Schiffbarkeit gelöst wird. —

Eine „Gesellschaft Westfälische Heimstätte“, welche die vorhandenen und noch zu schaffenden örtlichen Organisationen auf dem Gebiet der Kleinwohnungs- und Ansiedlungsfürsorge stützen und fördern und Aufgaben, die über deren Rahmen hinausgehen, selbst lösen soll, ist in der Gründung begriffen. Der Westfälische Provinzial-Landtag beschloß am 19. März d. J., sich mit 1 Million M. an dem Unternehmen zu beteiligen, in der Voraussetzung, daß der Staat seinerseits 4 Mill. M. übernimmt. Weitere 4 Mill. M. erscheinen von anderer Seite gesichert, außerdem rechnet man mit Beteiligung aus dem Kreise der Industrie, der Knappschaftsvereine, der Stadt- und Landkreise usw. Die Beschaffung des Grund und Bodens soll wie bisher vorwiegend Sache der örtlichen Organisationen bleiben, die Geldbeschaffung und -Vermittlung die Westfäl. Bauvereinsbank besorgen, während der neuen Gesellschaft vor allem die Förderung und Erleichterung der Bauausführung zufallen soll. —

Ausgrabungsarbeiten der römischen Stadt Altinum, die am Schnittpunkt der Via Altinate und Via Claudia Augusta, den alten Verbindungslinien zwischen Rom und Illyricum, errichtet, bis zur Zeit der Germaneneinfälle in hoher Blüte stand, sind von der italienischen Heeresleitung unter Prof. E. Ferrando jetzt eingeleitet, nachdem man beim Aufwerfen von Schützengräben auf ihre Reste gestoßen war. Die Grenzen der römischen Niederlassung sollen bereits festgestellt sein. —

Eine gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten soll mit dem Sitz in Berlin mit einem Stammkapital von 3 Mill. M. begründet werden laut Beschluß, den 46 Angestelltenverbände in Verbindung mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte kürzlich gefaßt haben. Es wird der Anschluß an bestehende Bau- und Siedelungsgesellschaften angestrebt und es soll in erster Linie der Flachbau gepflegt werden. —

Inhalt: Das St. Antonius-Krankenhaus in Cöln-Bayenthal. (Schluß.) — Städtische Straßen-Zustände in mittelalterlicher und nachmittelalterlicher Zeit. — Vermischtes. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 38. BERLIN, DEN 11. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Das natürliche Recht des Sachkundigen.

Den bei der heutigen Entwicklung aller Verhältnisse mit zwingender Notwendigkeit durchzuführenden Kampf um das natürliche Recht des Sachkundigen hat nunmehr auch der „Sächsische Ingenieur- und Architekten-Verein“ in Dresden mit einer Denkschrift aufgenommen, die er an die sächsische Ständeversammlung, die kgl. Staatsregierung und an die größeren sächsischen Städte richtete und in der er die Frage der Stellung der wissenschaftlich gebildeten Techniker mit abgeschlossener Hochschul-Bildung in den gesetzgebenden Körperschaften, den Staats- und Gemeinde-Verwaltungen des Königreiches Sachsen behandelt. Der Verein geht in der vortrefflich bearbeiteten und alle einschlägigen Verhältnisse sorgfältig und ruhig erwägenden Schrift von der Ueberzeugung aus, daß nur die größte Anspannung aller Kräfte die Wunden heilen könne, die der Krieg unserem Wirtschaftsleben geschlagen habe und daß dessen notwendige rasche Erholung eine gesunde, wirtschaftliche und zweckmäßige Verwaltungsgliederung und eine arbeitsfreudige Beamtenschaft voraussetze. Die Denkschrift untersucht, welche Umgestaltungen der öffentlichen Verwaltungen auf den die wissenschaftlich gebildeten Techniker berührenden Arbeitsgebieten hierzu nötig sind. Die aus der Untersuchung sich ergebenden Forderungen erhebt der Verein, wie er mit Recht betont, nicht in einseitigem Ständesinteresse, sondern im Interesse des Allgemeinwohles.

Die Denkschrift knüpft an an den Erlaß des Königs von Preußen, in dem die im Krieg zutage getretenen Mängel im Gefüge der Staats- und der Gemeinde-Verwaltungen mit den Worten gekennzeichnet werden: „Der geschichtlich gewordene Aufbau der Staatsverwaltung trägt nicht mehr allerorts den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung, ist vielfach zu verwickelt und verläßt dadurch mehr Kräfte, als nach dem Krieg zur Verfügung stehen werden“. Wie vor 100 Jahren ein furchtbarer Krieg die große Reform der preußischen Verwaltung durch Stein ins Leben gerufen habe, die nicht nur für Preußen, sondern auch für das Deutsche Reich von der höchsten Bedeutung wurde, so soll auch der jetzige Krieg zum Ausgangspunkt einer Umgestaltung der preußischen Verwaltung werden. Aus der Erkenntnis, daß diese Reform nicht auf Preußen beschränkt bleiben könne, seien in anderen Bundesstaaten gleich gerichtete Reformen bereits in die

Wege geleitet. Stein habe aus dem deutschen „Staats-Untertan“ den für die neue Zeit gerüsteten „Staats-Bürger“ und „Gemeinde-Bürger“ geschaffen, indem er durch Einführung der Selbstverwaltung und unter Beseitigung veralteter, das Volk in Stände spaltender Vorrechte vom Einzelnen das Gefühl des Regiertwerdens nahm, ihm durch Mitarbeit an der Leitung von Staat und Gemeinde die Mitverantwortung für deren Entwicklung zwies und in ihm die berechnete Mitfreude am Gemeinwohl weckte. Die kommende Reform werde aber nicht nur die Rechte der Staats- und Gemeindebürger zu erweitern, sondern im Aufbau auf Stein's Arbeit vor allem auch das Verhältnis der Staats- und Gemeindebeamten zum Gemeinwesen zu regeln haben. Auch der wissenschaftlich gebildete Techniker sieht diesen Reformen mit Erwartungen entgegen. Schon Stein beklagte die Nachteile, die aus einem Ueberwiegen des Juristenstandes in den Verwaltungen Staat und Gemeinden erwachsen und wollte die Zahl der Rechtskundigen in diesen Verwaltungen beschränken. Die heute zur Regel gewordene Leitung der Staats- und Gemeinde-Verwaltungen durch Angehörige einer einzigen Berufsklasse, die Juristen, weiche daher von dem Stein'schen Aufbau der Verwaltung ab und habe zu einer allgemeinen Unterschätzung des Wertes der Fachkenntnis und zu einer Ueberschätzung der rechtlichen Seite der Verwaltungsarbeit geführt. Schwerfälligkeit und Kostspieligkeit seien meist die Folge davon, daß die Entscheidung nicht dem Fachmann, sondern dem Nichtfachmann zustehe. Den durch die Kriegsverhältnisse geschaffenen neuen Forderungen des öffentlichen Wirtschaftslebens seien die juristisch vorgebildeten Staats- und Gemeindebeamten häufig nicht gerecht geworden. Manche Entbehrung und Enttäuschung wäre dem Volke erspart geblieben, wenn die Lösung der Aufgaben und die Leitung der für sie geschaffenen Ämter den mit dem Wirtschaftsleben vertrauten Fachleuten übertragen worden wäre. Daher stellt der Verein die Forderung auf: Das Fachgebiet dem Fachmann; restlose Aufgabe des Vorurteiles, daß die Rechtskunde allein der Wegweiser sei zur Erkennung der Zusammenhänge alles staatlichen Lebens und daß sie die Voraussetzung bilde für eine Führerrolle im öffentlichen Leben. Zur Weiterentwicklung der deutschen Technik und zur Behauptung unseres Volkes im wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker nach dem Krieg müsse dem wissenschaftlich gebildeten deutschen Technikern der Weg ge-

öffnet werden zu den Aemtern und leitenden Stellen, die nur sie zum vollen Segen und Nutzen des Volksganzen ausfüllen können. Das aber setze die Befreiung von der Zurücksetzung gegenüber den Verwaltungsjuristen voraus. Technischer Geist müsse in Zukunft überall zu Worte kommen und der wissenschaftlich gebildete Techniker in den Staats- und Gemeindeverwaltungen sein verantwortungsvolles Arbeitsgebiet auch nach außen sichtbar verantwortlich vertreten. „Es ist für unsere Zukunft unhaltbar, daß zwischen die Verbraucher technischer Arbeitsfrüchte Dritte treten, die das gegenseitige Verstehen erschweren, die das Zusammenarbeitender Verwaltung mit der Bevölkerung verwickelt gestalten und die Verwaltung verteuern.“

Um nun in der öffentlichen Verwaltung zum Wohl des Volkes technischen Geist in Zukunft mehr zur Geltung kommen zu lassen, fordert der sächsische Verein eine Umformung bestehender Einrichtungen der Staatsverwaltung und der Gemeindeverwaltungen im Königreich Sachsen.

Zunächst wird für die Zusammensetzung der Ersten Ständekammer gefordert, daß der Technischen Hochschule in Dresden und der Bergakademie in Freiberg als Pflegestätten der technischen Wissenschaften und des technischen Geistes das Recht der Entsendung je eines Vertreters verliehen werde. Ferner sei den im freien Erwerb, einem Angestellten-Verhältnis oder in einem öffentlichen Amte wirkenden wissenschaftlich gebildeten Technikern als den geistigen Urhebern und Gestaltern wichtiger Kultur- und Wirtschaftswerte eine gesicherte Vertretung in der Ersten Kammer einzuräumen, die in einem die Bedeutung von Kunst und Technik entsprechenden Verhältnis zur Vertretung der übrigen geistigen Berufe steht.

Für die Zusammensetzung der Staatsbehörden wird gewünscht, daß bei Auswahl der Ministerialdirektoren die Vorbildung aller wissenschaftlich gebildeten Beamten gleich zu achten sei. Die Leitung der Ministerial-Abteilungen mit ausschließlich oder vorwiegend technischen Arbeitsgebieten sei nur wissenschaftlich gebildeten Technikern anzuvertrauen. Die Leitung technischer Behörden und Ausschüsse dagegen, wie die Generaldirektion der Staatsbahnen, des Technischen Oberprüfungsamtes, des Bergamtes, des Technischen Rates und der Wasserämter sei grundsätzlich wissenschaftlich gebildeten Technikern vorzubehalten. Bei allen Staatsbehörden sei die Tätigkeit der Juristen auf die Behandlung rechtlicher Fragen und der rechtlichen Seite technischer Fragen zu beschränken und die Bearbeitung der Personal-Angelegenheiten der Techniker ausschließlich den Technikern vorzubehalten. Auch sollen die Mehrheit der Mitglieder des Landesamtes für Denkmalpflege und die Leitung dieses Amtes grundsätzlich aus wissenschaftlich gebildeten Architekten und anderen bildenden Künstlern bestehen. Vor allem aber sei die Bildung eines Ministeriums für Bau- und Verkehrswesen ins Auge zu fassen, dem das Eisenbahn-, das Straßenbau-, das Wasserbau-, das Hochbau-, das Baupolizei-, das Vermessungswesen zu unterstellen seien. Die Leitung dieses Ministeriums sei tunlichst, die der technischen Abteilungen grundsätzlich den Technikern einzuräumen. Erweiterte Befugnisse werden für die technischen

Beamten der Kreis- und Amtshauptmannschaften und es wird weiter gewünscht, die Diplom-Ingenieure in demselben Umfang zur Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst bei den staatlichen Dienststellen zuzulassen, wie die Referendare. Die technischen Staatsprüfungen sind den zur Bekleidung eines Richteramtes oder höheren Verwaltungsamtes berechtigenden Prüfungen gleich zu stellen.

In den Gemeinde-Verwaltungen sind für die Stellen der Ratsvorstände (Oberbürgermeister, Bürgermeister) und der besoldeten Ratsmitglieder (Stadträte) alle Personen mit einer abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung zuzulassen, soweit die Stellen nicht reine Rechtssachen bearbeiten. Die Leitung der technischen Verwaltungsgebiete (Hochbauwesen, Baupolizei, Stadterweiterung, Tiefbau, Straßenbahn, Vermessungswesen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke) ist wissenschaftlich gebildeten Technikern mit beschließender Stimme in den Gemeinde-Körperschaften zu übertragen. Bei Bildung von Rats-Abteilungen sind technische Verwaltungsgebiete zu vereinigen und als Leiter (Bürgermeister) Techniker zu berufen. Ausschüsse sollen je nach ihrem Charakter soweit als möglich oder in der Mehrheit aus Technikern bestehen und zwar Hochbau-, Baupolizei- und Stadterweiterungs- Ausschüsse vorwiegend aus wissenschaftlich gebildeten und anerkannten Baukünstlern. Den Technikern ist volles Stimmrecht in diesen Ausschüssen zu gewähren. Diplom-Ingenieure sind in demselben Umfang zur Ausbildung für den höheren Verwaltungsdienst bei den Gemeinde-Dienststellen zuzulassen, wie die Referendare. Auch die Städte sollen die technischen Staatsprüfungen den Prüfungen gleich erachten, die zur Bekleidung eines Richter- oder höheren Verwaltungsamtes abgelegt werden.

Die Denkschrift meint, daß, wenn die hier genannten Reformen durchgeführt werden, die Verwaltungen so arbeiten, wie es nach diesem Krieg die soziale und wirtschaftliche Entwicklung erfordert. Der Umstand, daß ohne seine hochentwickelte Technik das deutsche Volkstum in den Wogen versunken sei, die die Feinde heranwälzten, berechtigt die Techniker dazu, den Anteil an der öffentlichen Verwaltung zu fordern, den die Kriegerfolge ihnen gegeben haben.

Eine der Denkschrift beigegebene sorgfältig und umfassend bearbeitete Anlage stellt den erhobenen Forderungen den jetzigen Zustand entgegen und sucht die Forderungen wirkungsvoll zu begründen. Das ist hauptsächlich der Fall für den Wunsch nach einem besonderen Ministerium für Bau- und Verkehrswesen und für die Forderung freier Bahn zum höheren Verwaltungsdienst auch für die Diplom-Ingenieure. Die Bevorzugung juristischer Vorbildung führe zu einer ungerechtfertigten, dem Staatswohl abträglichen Fernhaltung zahlreicher Kräfte, die für die zukünftige Verwaltungsarbeit voraussichtlich besonders taugen.

Mit diesen Bestrebungen ist auch in Sachsen der Weg betreten, der technischen Arbeit und dem technischen Geist in Deutschland die Bedeutung in der öffentlichen Verwaltung zu geben, deren er sich bisher nur in vereinzelt Teilen unseres Vaterlandes zu erfreuen hatte. Daß das Ziel auch hier nicht ohne Kämpfe gegen ererbte aber unbegründete Vorrechte erreicht werden kann, liegt auf der Hand. Mögen diese Kämpfe aber bald zu einem der Bedeutung technischen Wesens in unseren Tagen entsprechenden Erfolg führen! —

Vermischtes.

43. Abgeordneten-Versammlung des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine zu Cassel. Mit einer am 15. und 16. Juni d. J. zu Cassel abzuhaltenden Abgeordneten-Versammlung nimmt der Verband seine durch den Krieg unterbrochenen regelmäßigen Tagungen wieder auf. Da die Arbeiten des Verbandes während des Krieges nur in geringem Maß gefördert werden konnten, z. T. sogar vollständig eingestellt werden mußten, sind nur einige wichtige Fragen auf die Tagesordnung gesetzt. Aus den inneren Angelegenheiten des Verbandes sind folgende Punkte hervorzuheben: Neuwahl des Vorstandes, Bericht über die allg. Finanzlage des Verbandes und damit zusammenhängende Beschlüsse, Finanzlage der Verbands-Zeitschrift und Beschlußfassung über ihre Fortführung, Neuordnung der Verbandsorganisation. Die Verhandlungen über letztere sind bereits einige Jahre vor dem Krieg eingeleitet worden mit dem Zweck, den Verband nach innen und außen zu stärken und ihm raschere Entscheidungen in wichtigen und eiligen Fragen zu ermöglichen. Von Fragen, die für das ganze Baufach von Bedeutung sind, ist nur eine Stellungnahme des Verbandes betreffend Schutz der Bezeichnung „Ingenieur“ und Schaffung von „Ingenieurkammern“ auf die Tagesordnung gesetzt. —

Die Stelle des Stadtbaurates für Hirschberg in Schlesien soll neu besetzt werden. Mit der Stelle ist ein Gehalt von 5700—7700 M. verbunden. Bewerbungen bis zum 1. Juni d. J. Für die Anstellung wird die Ablegung der zweiten Staatsprüfung für das Baufach (Regierungsbaumeister) gefordert, doch können auch Architekten mit künstlerischer Befähigung und ausreichender praktischer Erfahrung berücksichtigt werden. Dieser Fortschritt in der Suche nach dem Brauchbarsten und Tüchtigsten ist erfreulich. Vielleicht könnte man bei fernerer Ausschreibungen dieser Art noch einen Schritt weiter gehen und überhaupt keine Abgrenzungen für die Vorbildung der Bewerber machen, sondern lediglich die persönliche Eignung und die fachliche Bewährung sprechen lassen. —

Zum Direktor der Baupolizei in Hamburg wurde anstelle des am 28. Jan. 1918 verstorbenen Johannes Classen, dem der „Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hamburg“ das schöne Wort des Matthias Claudius nachgerufen hat:

„Ach, sie haben einen guten Mann begraben;
Und uns war er mehr!“

der bisherige Bauinspektor bei der Baupolizei in Hamburg, Hr. Baurat Max Fürstenbinder, mit Wirkung ab 1. Mai 1918 ernannt. Wir haben Ursache, die Wahl aus



SCHLOSS PODHORCE
 IN GALIZIEN *** VON
 ARCHITEKT KARL SICKEL
 IN BERLIN * EINGANGS-
 ** TOR ZUM SCHLOSS. **
 === DEUTSCHE ===
 *** BAUZEITUNG ***
 52. JAHRGANG 1918. * NO. 38.

persönlichen und sachlichen Gründen für eine glückliche zu halten. Hr. Direktor Bürstenbinder wird die kommenden vielen und vielartigen neuen Aufgaben der Hamburger Baupolizei mit reifem und vollem Verständnis und mit

eine Reihe privater Bauten eingestellt und weitgehende Einschränkungen der Bauten vorgenommen werden, um die dringlichsten Kriegsbauten im Lande mit den vorhandenen Arbeitskräften und Baumaterialien rasch zum Abschluß

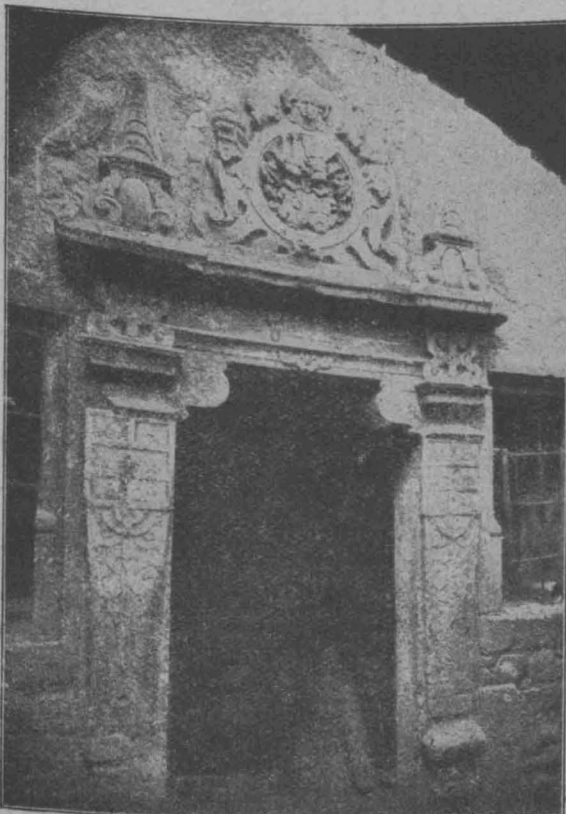


Eingang zum Schloßhof von Tübingen.



Schloßeingang aus Tübingen.

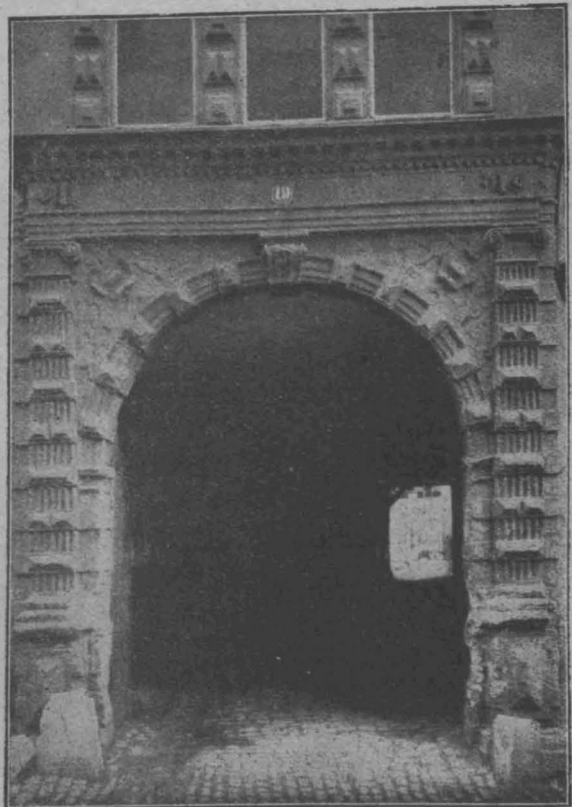
Aufnahmen von Reg.-Bmstr. Dr.-Ing. Edm. Beisel in Berlin-Schöneberg.



Portal am Weißen Hof, Haus „Bergheiser“ in Cassel.

Photographische Aufnahmen von Wilh. Hess, G. Rupprecht Nachf. in Cassel.

Aus: Deutscher Baukalender 1918. Teil III: Skizzenbuch.



Tor an der Pinne in Cassel.

freiem Blick für die sozialwirtschaftlichen Bedürfnisse unserer Tage und der nächsten Zukunft bearbeiten. —

Teilweise Wiederaufnahme der Bauarbeiten in Süd-deutschland. Badische Blätter veröffentlichen Mitteilungen mit folgendem Inhalt: „Im Frühjahr letzten Jahres mußten

bringen zu können. Nachdem das nun zum größten Teil erreicht ist, oder doch in kürzester Zeit erreicht sein wird, ist es Zeit, an die Fertigstellung der damals im Interesse dieser Kriegsbauten eingestellten Bauten, soweit es mit den vorhandenen Arbeitskräften und Materialien möglich ist,

heranzutreten. Die Kriegsauskunftsstelle wird daher künftig auf Antrag der Bauherren bei Befürwortung der Notwendigkeit durch das zuständige Bezirksamt die ganze oder doch die zum Schutz gegen Witterungseinflüsse erforderliche teilweise Fertigstellung von seinerzeit durch die Baueinstellungs-Verfügung des Generalkommandos unfertig zur Einstellung gekommener Bauten genehmigen, wenn sie entweder die vorhandene oder nach dem Krieg zu erwartende Wohnungsnot zu mildern geeignet erscheinen, oder wenn ihr baulicher Zustand bei noch längerem unvollendeten Stehenlassen dauernde große Schädigungen und Gefahren für den Zustand des Gebäudes bedingen würde.

Selbstverständlich kann es sich bei diesen Genehmigungen nicht um Bauwerke handeln, von denen z. B. erst die Fundamentgrube ausgehoben ist, oder die Fundamente nur etwa bis Sockelhöhe hochgeführt sind, sondern nur um solche, die mit verhältnismäßig geringem Arbeits- und Materialaufwand in kurzer Zeit ihrer Bestimmung zugeführt werden können, da auch jetzt noch überall mit Material und Arbeitskräften so sparsam wie möglich gewirtschaftet werden muß.“ —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung künstlerischer bildmäßiger Aufnahmen aus Potsdam und Umgebung erläßt der Verkehrs-Verein Potsdam mit Frist zum 1. Mai 1919. An dem Wettbewerb können sich alle deutschen Berufs- und Liebhaber-Photographen beteiligen. Das Gebiet für die Aufnahmen erstreckt sich auf die Insel Potsdam, auf den Wasserlauf der Havel von Spandau bis Paretz, den großen und kleinen Wannsee, den Stolper See, den Griebnitz-See, den Teltow-Kanal bis zur Machnower Schleuse, den Schwielow-See und auf die diesen Gewässern anliegenden Ufergelenke. Aufnahmen außerhalb dieses Gebietes scheiden aus dem Wettbewerb aus. Der Gegenstand der Aufnahme — Landschaft, Städtebild, Bauwerk — tritt zurück hinter der Forderung einer eigenartigen, künstlerisch wirkungsvollen Auffassung. Größe der Aufnahmen nicht unter 8,5:10 cm und nicht über 30:40 cm. Für 37 Geldpreise stehen 1000 Mark zur Verfügung; es gelangen zur Verteilung 1 Preis von 100 M., 3 Preise von je 75 M., 3 Preise von je 50 M., 5 Preise von je 25 M., 5 Preise von je 20 M., sowie 20 Preise von je 15 M. Außer den Geldpreisen werden bereits gestiftete und noch zu erwartende Ehrenpreise zuerkannt. Dem Preisgericht gehören u. A. an die Hrn. Dr.-Ing. h. e. Albert Hofmann, Architekt und Chefredakteur der „Deutschen Bauzeitung“ in Berlin, Studienrat Prof. Dr. Kania in Berlin, Kunstmaler Prof. Max Koch vom kgl. Kunstgewerbe-Museum in Berlin, Kunstmaler Müller-Ludwig, kgl. Hoflithograph in Potsdam, Kunstmaler Fritz Rumpf, Stadtrat und Vorstand des städtischen Verkehrsamtes in Potsdam, Hofphotograph Niederaastroth in Potsdam. —

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für eine Siedelung der Mühlenwerke in Rastenburg in Ostpreußen wird vom Besitzer mit Frist zum 15. Juni 1918 für Bewerber erlassen, die in Ostpreußen, Westpreußen oder Posen wohnen oder in diesen Provinzen geboren sind. 3 Preise von 2000, 1200 und 750 M.; zwei Ankäufe für je 250 Mark. Es handelt sich um den Siedlungsplan einer 61 Morgen großen Besitzung. Im Preisgericht befinden sich die Bezirksarchitekten B.D.A. Locke und D.W.B. Werz. —

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein einheitliches Münzbild der schweizerischen Silberscheidmünzen eröffnet das Eidgenössische Finanzdepartement in Bern für die plastisch bildenden Künstler der Schweiz mit Frist zum 30. Sept. 1918. Es handelt sich um Entwürfe für die Vorder- und die Rückseite der Zweifranken-, Einfranken- und Fünzig Rappen-Stücke. Zum Wettbewerb ist eine Anzahl bildender Künstler der Schweiz besonders eingeladen. —

Einen Wettbewerb um Entwürfe für die architektonische Gestaltung der Bauten des Kraftwerkes Mühleberg im Kanton Bern eröffnet die Bernische Kraftwerke A. G. in Bern unter den Architekten des Kantones Bern zum 15. Juni 1918. Zur Auszeichnung von höchstens 5 Entwürfen stehen 10 000 Franken zur Verfügung; außerdem sind 5000 Franken dem freien Ermessen des Preisgerichtes übergeben zur Erhöhung der Preissumme oder zum Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe. Unter den Preisrichtern befinden sich die Hrn. Prof. Dr. Gull, Architekt, Prof. Narutowicz, Ingenieur und Werner Pfister, Architekt, sämtlich in Zürich. —

Literatur.

Deutscher Baukalender 1918. 51. Jahrgang. 3 Teile: Teil I, Taschenbuch, gebunden, Teil II, Nachschlagewerk und Teil III, Skizzenbuch, broschiert. Verlag: Deutsche Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin S. W. 11. Preis 4,50 und 5 M.

In der Kriegszeit, in der so viele Kalender fehlen, ist das regelmäßige Weitererscheinen des „Deutschen Baukalenders“ von der Fachwelt als eine sehr willkommene Annehmlichkeit umso mehr empfunden worden, als der Inhalt durch die Zeitumstände in keiner Weise beeinträchtigt wurde. Der Kalender zeigt den gleichen Umfang und die gleiche Reichhaltigkeit, wie in Friedenszeiten. Die schwierige Lage, in der sich das gesamte Buchwesen befindet, kommt an ihm nicht zum Ausdruck. Wiederholt haben wir Auszüge aus dem reichen Inhalt der beiden Hauptteile gebracht und wir zeigen an den Abbildungen S. 163 aus dem III. Teil, dem Skizzenbuch, erneut, ein wie schönes Illustrations-Material in den einzelnen Bändchen im Lauf der Jahre zusammengebracht ist. Hierzu sei bemerkt, daß die Skizzenbücher früherer Jahrgänge noch in einzelnen Exemplaren zur Verfügung stehen. —

Literatur-Verzeichnis.

- Beton-Kalender 1918.** Taschenbuch für Beton- und Eisenbetonbau sowie die verwandten Fächer. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von der Zeitschrift „Beton und Eisen“. XII. Jahrgang. Mit 586 in den Text eingedruckten Abbildungen. Berlin 1917. Wilhelm Ernst & Sohn. Pr. kart. 4,50 M.
- Kalender für Heizungs-, Lüftungs- und Badetechniker.** Erstes kurz gefaßtes Nachschlagewerk für Gesundheits-Techniker. Herausgegeben von Ob.-Ing. H. J. Klinger. 23. Jahrgang 1918. Mit 104 Abbildungen und 127 Tabellen. Halle a. S. 1918. Carl Marhold. Pr. in Kalikoband 3,60 M., in Leder 4 M.
- Uhlands Ingenieur-Kalender.** Begründet von Wilh. Heinrich Uhland. 44. Jahrgang 1918. Bearbeitet von Ing. F. Willeke. In zwei Teilen. I. Teil: Taschenbuch. II. Teil: Für den Konstruktionstisch. Leipzig 1918. Alfred Kröner Verlag. Pr. geb. 4 M.
- Tonindustrie-Kalender 1918** in 3 Teilen. Verlag der „Tonindustrie-Zeitung“ G. m. b. H. Berlin NW. 21. Pr. 2 M.
- Ernst Müller-Bernburg.** Ostpreussischer Markt in den Ruinen Neidenburgs. Original-Künstler-Steinzeichnung. 70 zu 100 cm. Leipzig 1917. Schulwissenschaftlicher Verlag A. Haase. Pr. 6,70 M.
- Ratgeber für Besteller und Besitzer elektrischer Lichtanlagen** von Curt Fisl. Berlin W. 9. 1915. Julius Springer. Pr. 1 M.
- Recknagel, H., Dipl.-Ing.** Hilfstabellen zur Berechnung von Warmwasserheizungen. Mit 3 Beispielen in der Mappentasche. 3. vermehrte und verbesserte Auflage. München 1915. R. Oldenbourg. Pr. 4,50 M.
- Rieger, A. K.** Eisenbahner im Felde. Bunte Bilder aus dem Leben und Treiben der Eisenbahntruppe im Weltkriege 1914-1916. Nach Feldpostbriefen zusammengestellt und ergänzt. Mit 8 Bildern. Berlin SW. 68. 1916. Ernst Siegfried Mittler & Sohn. Kgl. Hofbuchhandlung. Pr. 1 M.
- Das Röntgenhaus des Allgemeinen Krankenhauses St. Georg in Hamburg,** errichtet 1914-1915, von Prof. Albers-Schönberg, Reg.-Bmstr. a. D. Seeger und Ing. Lasser. Leipzig 1915. F. Leineweber.
- Romstorfer, Karl A., Arch., Reg.-Rat.** Die gesamte Hochbaukunde für Schule und Praxis. 14. Band: Baubetriebslehre. Ein Lehrbuch für Baufachschulen und für verwandte Lehranstalten sowie für die Praxis. Von Ing., Stadtbmstr. Prof. Josef Roettinger. Mit 167 Abbildungen, 6 Tab., 41 Musterschriftsätzen, 10 Vordrucken und 38 Beispielen im Text und in 51 Anlagen. Wien 1916. Franz Deuticke. Pr. geb. 10 M.
- Scheibe, Werner, Dr.-Ing., Reg.-Bmstr., Oberlehrer.** Ist auch das bauende Deutschland gerüstet? Leipzig 1915. Oskar Leiner.
- Wagner, Martin, Dr.-Ing., Abt.-Vorst. im Verband Groß-Berlin.** Städtische Freizeitanlagen. Grundsätze und Richtlinien für Größe und Verteilung der verschiedenen Arten von sanitärem Grün im Stadtplan mit besonderer Berücksichtigung von Groß-Berlin. Mit 11 Abbildungen und 1 farb. Taf. — Schriften der Zentralstelle für Volkswohlfahrt. Heft 11 der neuen Folge der Schriften der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen. Berlin W. 8. 1915. Karl Heymanns Verlag. Pr. 4 M.
- Ich weiß Bescheid.** Kleiner Soldatenführer durch Wilna. Zusammengestellt von der Armeezeitung A.-O.-K. 10. Wilna 1916. Verlag der Armeezeitung A.-O.-K. 10. Pr. 20 Pfg.
- Winkel, C., kgl. Kataster-Assist.** Das Reisekostengesetz der Staatsbeamten in tabellarischer und graphischer Darstellung. Tabelle und graphische Darstellung zu dem Gesetz, betr. die Reisekosten der Staatsbeamten vom 26. Juli 1910, den dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen vom 24. September 1910, den Staatsministerialbeschlüssen, der Rechnungsordnung vom 24. Dez. 1913 und den ergänzenden Erlassen usw. nebst einem Abdruck der wichtigsten Bestimmungen. Frankfurt a. O. 1914. Selbstverlag. Pr. 2 M., geb. 2,70 M.

Inhalt: Das natürliche Recht des Sachkundigen. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Literatur. — Literatur-Verzeichnis. —

Hierzu eine Bildbeilage: Schloß Podhorce in Galizien.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

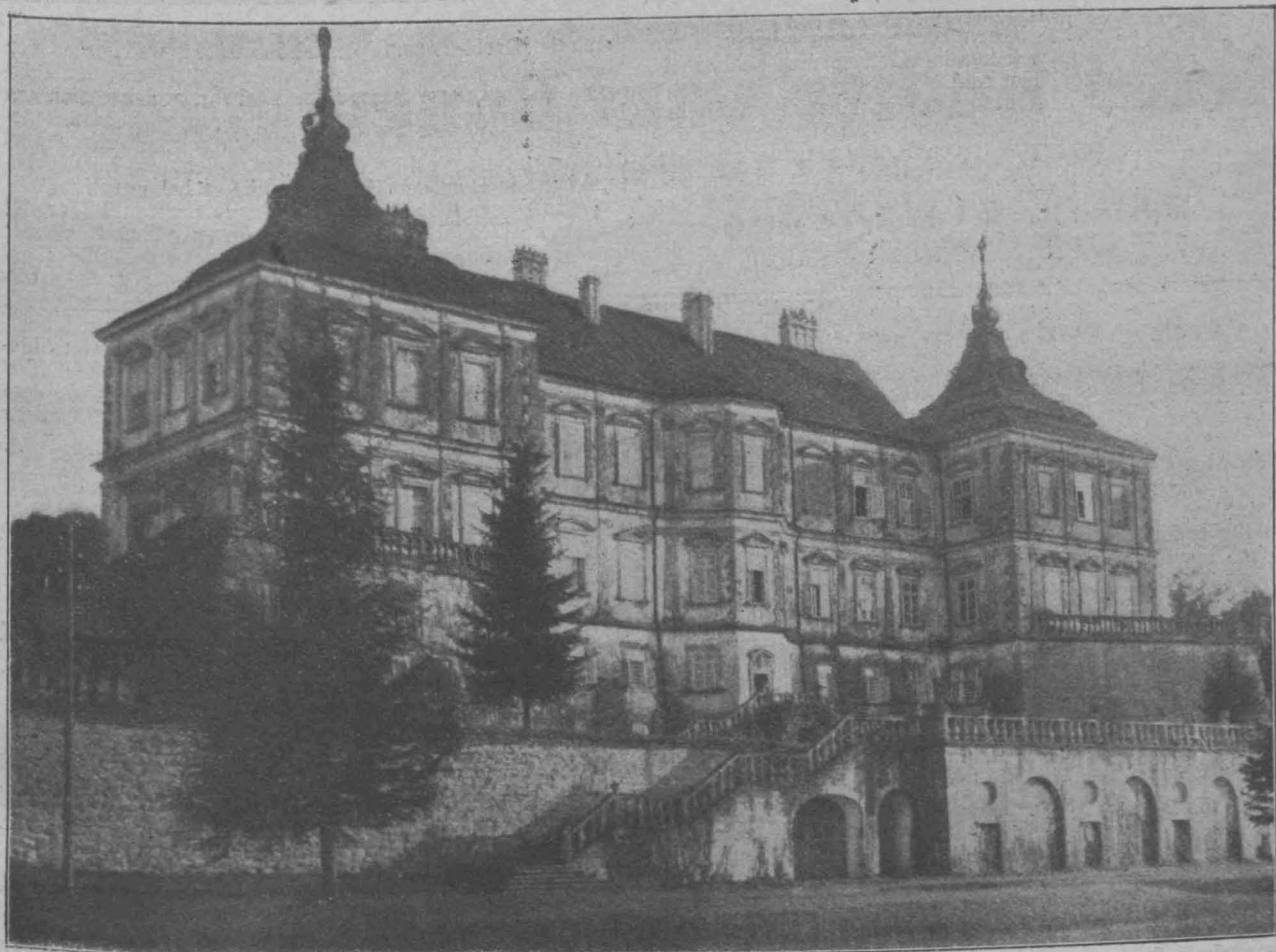


Abbildung 5. Ansicht des Schlosses nach Norden.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 39. BERLIN, DEN 15. MAI 1918.
REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Schloß Podhorce in Galizien.

Von Carl Sickel, Architekt V. B. A., zur Zeit im Felde. Hierzu die mit No. 38 vorausgeschickte Bildbeilage.

Am Nordabhang des Woroniaki, eines Höhenzuges, der sich von NO. nach SW. am Rande der Wolhynischen Ebene am Styr hinzieht, liegt das weit ausgedehnte Dorf Zahorce. Seine strohgedeckten, weiß getünchten Häuser liegen zerstreut in dem Grün ihrer Gärten eingebettet. Oberhalb desselben erhebt sich in stolzer Höhe auf der Hochfläche des Bergrückens, 400 m über dem Meer, das Schloß Podhorce, eingerahmt von mächtigen alten Bäumen. Dahinter schließt sich das Dorf gleichen Namens an. Obwohl der Polenfürst Johann Sobieski das Schloß niemals besessen, sondern hier nur von 1682—1720 gewohnt hat, betrachten die Polen es doch als Königsschloß.

Die Anfänge des Schlosses reichen zurück bis in das XVI. Jahrhundert. An der Hand alter Schriften läßt sich nachweisen, daß schon um 1530 hier ein Edelsitz, wenn auch in einfacher Form, bestanden hat. Einer Urkunde zufolge sollen um 1540 die Güter Podhorce und Zahorce vom Könige Sigismund von Polen einem gewissen Peter Podhorecki zugesprochen worden sein. Ferner wird in einer Reisebeschreibung des Ulrich Werdum aus dem Jahre 1671 bis 1672 eines Lusthauses Podhara oder Podguri aus dem XVI. Jahrhundert Erwähnung getan.

Für die Zeit von 1540—1637 sind geschichtliche Daten von Wert nicht vorhanden. Erst vom Jahre 1637 an besitzen wir genaue Angaben über das Schloß und seine jetzigen Eigentümer. 1637 erwarb der hochverdiente Großhetmann Stanislaus Koniecpolski, der Kastellan des Krakauer Schlosses, die Besitzung Podhorce und ließ hier in der Zeit von 1637—1640 umfangreiche Bauten ausführen, so daß man ihn als den eigentlichen Erbauer des Schlosses bezeichnen kann. Er starb im Jahre 1647.

Wenn auch das Schloß mit seinen Bastionen und Gräben einen wehrhaften Eindruck macht, so bestand wohl ursprünglich nicht die Absicht, hier ein Verteidigungswerk zu schaffen. Vielmehr hatte der Besitzer den Wunsch, sich



Abbildung 4. Ansicht vom Schloßhof aus.

ein Schloß im französischen Charakter zu erbauen, denn dasselbe soll, wenn auch nur im Kleinen, dem Schlosse in St. Germain nachgebildet sein.

Entwurf und Ausführung werden einem französischen Artillerie-Hauptmann Guillaume Beauplan zugeschrieben, welchem Koniecpolski den Bau des Schlosses übertragen hatte. Dieser Offizier, welcher in der Normandie geboren war, ist 17 Jahre lang an den Höfen der polnischen Könige Sigismund III. und Wladislaw IV. tätig gewesen. Nach seinem Entwurf soll das Schloß damals schon die gleiche Grundrißanordnung besessen haben, wie heute. Der Aufbau ist jedoch ein anderer gewesen. In der Mitte der Front war ein Turm angeordnet und zu beiden Seiten je ein Pavillon, während die Flügeltrakte erst unter Wenzel Rzewuski in der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts auf die Höhe der Pavillons gebracht worden sind.

In der Bauzeit von 1637—1640 sind einer alten Urkunde zufolge das Schloß und die Bastionen errichtet worden. Letztere wurden mit Geschützen bestückt, von denen noch einzelne Geschützrohre in der westlichen Loggia zu sehen sind. Auch der größte Teil der wundervollen, reichen Einfassungen der Türen und Kamine aus poliertem farbigen Marmor im Inneren der Säle sind in dieser Zeit entstanden. An diesen Umrahmungen und Aufbauten, sowie an den Oefen und dem ornamentalen Schmuck der Decken und Wände kehren immer die Wappen der beiden Familien Koniecpolski und Rzewuski wieder.

Das Wappen der Koniecpolski, genannt „Pobóg“ (bei Gott) besteht in einem Hufeisen, an dem oben ein vierzackiges Kreuz befestigt ist. Dieses Wappen wurde von den Rzewuski, den späteren Schloßbesitzern, übernommen und angeblich infolge eines tragischen Ereignisses in der Familie dahin umgeändert, daß an dem oberen Kreuz die linke Zacke abgebrochen, dafür in dem Felde des Hufeisens ein neues Kreuz angeordnet wurde. Dieses so veränderte Wappen erhielt die Bezeichnung „Krzywdą“ (angestanes Leid). Die Veranlassung hierzu soll gewesen sein, daß die Gemahlin des Stanislaus Matthäus Rzewuski, Ludowika, während ihr Mann sich auf einem Kriegszuge befand, sich gegen die eheliche Treue vergangen habe. Deshalb sei sie von ihrem Mann ermordet und im Keller des Schlosses vergraben worden. Nach einer anderen Ueberlieferung wäre sie von ihrem als besonders grausam geltenden Mann, obwohl völlig schuldlos, im Keller lebendig eingemauert worden. Als man sie zu diesem Zweck in den Keller brachte, habe sie auf dem letzten Treppenpodest einen Fluch gegen das Geschlecht der Rzewuski ausgestoßen und prophezeit, daß dieses nach so viel Generationen, als noch Stufen in den Keller hinabführten, aussterben werde. Vier Stufen hätte sie noch hinaufsteigen müssen, und tatsächlich ist nach 4 Generationen 1865 in der direkten Linie das Geschlecht mit Leo Rzewuski ausgestorben.

Nach dem Tod des Erbauers 1646 folgte ihm als Besitzer Alexander Koniecpolski (1646—1659). 1659 ging das Eigentum am Schloß auf einen jüngeren Bruder Stanislaus Koniecpolski über, der es bis 1682 besaß. In diesem Jahre vertauschte er das Schloß Podhorce nebst der Herrschaft Brody gegen das Amt des königlichen Kastellans in Krakau an einen Bruder des Königs Johann III. Jakob Sobieski, dessen Eltern sich bereits im Besitz des ungefähr 8 km entfernten Schlosses Olesko befanden.

Hier in Olesko soll König Johann III. angeblich geboren und getauft worden sein. Nach der Legende wütete während der Taufe ein derartiges Unwetter, daß — vermutlich durch einen Blitzstrahl — die schwarze Marmorplatte des Tischechens, auf dem das Taufbecken stand, entzwei sprang. Das Tischchen befindet sich jetzt in der Schloßkapelle in Podhorce. Der die Taufe vollziehende Priester prophezeite damals, daß der kleine Täufling dereinst zu großer Macht gelangen, das Königreich Polen jedoch zu Grunde gehen werde.

König Johann III. hat in Podhorce während der Jahre 1682—1720 häufig und lange gewohnt. Ihm, der ein großer Liebhaber der Gartenkunst war, sind die Anlagen des Parkes zu verdanken. Derselbe hatte früher einen noch größeren Umfang und war mit zahlreichen Wasserkünsten und vielen Sandsteinfiguren geschmückt. Seinen Lebensabend hat jedoch König Johann nicht hier, sondern auf Schloß Willanów bei Warschau verbracht.

Nach dem Tod Jakob Sobieski's fiel das Schloß dem jüngsten Sohn des Königs, dem Prinzen Konstantin, zu, welcher es bis 1720 behielt und dann auf Grund eines bereits 1718 zu Olesko abgeschlossenen Vertrages an Stanislaus Matthäus Rzewuski verkaufte. Der Letztere, ein Sohn des königlichen Großhetmanns Florian Rzewuski, bekleidete ebenfalls einen hohen militärischen Posten, auf dem er erfolgreiche Kämpfe gegen die Türken und Tartaren führte. Er starb 1728.

Als Schloßherr auf Podhorce folgte ihm der spätere

polnische Großhetmann Wenzel Rzewuski, welcher es von 1728—1749 besaß. Er verheiratete sich 1732 mit der Prinzessin Anna Lubomirska. Dem Ehepaar, welches sich der Bevölkerung gegenüber sehr wohlthätig gezeigt hatte, verdankt die Ortschaft Podhorce die katholische Kirche, zu der Wenzel Rzewuski selbst unter Anlehnung an die Peterskirche in Rom den Entwurf geliefert haben soll.

Aus dieser Zeit stammen auch die meisten Bilder des Schlosses. Wenzel hielt sich einen eigenen polnischen Maler namens Czechowicz, welcher die Mehrzahl der Bilder gemalt hat. Es sind größtenteils Kopien, die allerdings oftmals weniger einen künstlerischen, als wohl hauptsächlich historischen Wert haben. Schöpfungen namhafter Künstler, welche bis kurz vor dem Krieg sich in der Gemäldegalerie des Schlosses befunden haben, sind nach Schloß Grummiska bei Tarnow gebracht worden, das ebenfalls dem Fürsten Roman Sanguszko, dem jetzigen Eigentümer von Podhorce, gehört.

Gegen Ende seines Lebens widerfuhr Wenzel Rzewuski ein arges Mißgeschick. Als er vor der bevorstehenden Teilung Polens am Landtag in Warschau teilnahm, wurden er und andere polnische Notabeln von den Russen verhaftet und nach Sibirien überführt. Von dort durfte er erst im Januar 1793, nach mehr als 5-jähriger Verbannung, zurückkehren. Um jedoch nicht unter österreichische Herrschaft zu kommen, zog er sich nach Siedloska bei Cholm zurück. Hier starb er 1779 als Kapuziner-Mönch.

Schon vor 1779, als Wenzel Rzewuski bereits dem Kapuziner-Orden angehörte, verwaltete sein Sohn Severin den Besitz Podhorce. Er war ein Sonderling, der sich viel mit Alchemie beschäftigte und wenig um die kostbare Besetzung kümmerte. Auch sein Kastellan Rozyki ließ das Schloß, welches ohnehin bei dem Durchzug der Russen im Jahre 1770 gelitten hatte, in Verfall geraten.

Severin's Sohn, Wenzel Rzewuski der Jüngere, gelangte nach dem Tod seines Vaters 1826 in den Besitz des Schlosses. Seine wissenschaftlichen Studien führten ihn in das Ausland, hauptsächlich nach dem Orient, wo er die Türkei und Arabien bereiste. Durch das gleichgültige Verhalten seines Kastellan's verfiel das Schloß mehr und mehr. Zahlreiche wertvolle Gegenstände sollen damals veräußert worden sein. Bei dem 1831 ausgebrochenen Aufstand der Polen eilte Wenzel Rzewuski zu den Waffen und machte die Schlacht bei Daszow mit. Seitdem ist er verschollen.

Zwei Jahre, 1831—1833, war Podhorce ohne einen Herrn. Während der Abwesenheit der Familie Rzewuski hat der Kastellan Felix Dlugoborski die Verwahrlosung des Schloßbaues immer weiter um sich greifen lassen. Das Dach war allmählich vollständig zerstört, die kunstvollen Decken der Säle wurden durch eindringende Nässe beschädigt, die Flieseneindeckung der den Hof umgebenden Kasematten war verschwunden.

Infolge der 1833 ergangenen Amnestie für ausgewanderte Polen kehrte Leo Rzewuski nach Podhorce zurück und begann mit der Wiederherstellung des Schlosses, die er bis 1856 mit allen Mitteln zu fördern bestrebt war. In dieser Zeit ist das heutige Blechdach hergestellt worden. Die Ausbesserung der Oelbilder im Rittersaal erfolgte durch den polnischen Maler Eduard Raczynski. Leo Rzewuski starb kinderlos 1865. Der Fluch Ludowika's, der Gemahlin des Stanislaus Matthäus Rzewuski, war in Erfüllung gegangen.

In demselben Jahr erwarb Fürst Ladislaus Sanguszko, der aber schon 1873 starb, durch Kauf die Besetzung. Von ihm erbte sein Sohn Eustachius (geb. 1842, gest. 1903) den Schloßbesitz. Er ist es hauptsächlich gewesen, der durch umfangreiche Ausbesserungen bemüht war, dem alten berühmten Edelsitz sein ursprüngliches Aussehen wiederzugeben, sodaß wir heute annähernd das ehemalige Bild des Schlosses vor uns haben. Seine Marmorbüste ist an der rechten Wand der Schloßkapelle aufgestellt. Seit 1903 ist sein Sohn Roman Sanguszko Eigentümer des Schlosses, welches sein Onkel für ihn verwaltet. Ein Nierenleiden zwingt ihn, viel im Süden zu verweilen. Zur Zeit befindet er sich als österreichischer Zivilgefangener in französischer Gefangenschaft.

Das alte Schloß ist mit Mauern und Gräben umgeben (Abbildung 1), vor denen sich ein Wall hinzog. Vor der Sohle des Grabens steigt das glatte Mauerwerk der Umfassungsmauer, deren Grate von mächtigen Quadern eingefast sind, wichtig empor. Die vier Ecken der fast quadratischen Anlage sind spitz auslaufend bastionartig vorgezogen und mit einem Türmchen besetzt, durch dessen schmale Oeffnungen ein Wachtposten, geschützt gegen feindliche Geschosse, die Gräben und das Vorgelände beobachten konnte.

Ueber einer mit einer Balustrade geschmückten Rampe, an deren Stelle in früheren Zeiten eine Zugbrücke den Zugang vermittelt haben mag, gelangt man zu dem schönen, grün herankten Eingangstor aus Haustein, das sich wir-

kungsvoll von den roten Ziegelsteinen der glatten Front-
mauer abhebt (Bildbeilage zu No. 38). Die Bogenöffnung und
die beiden flankierenden Säulen sind in Rustika-Architektur
aufgeführt. Der Fries des Gebäudes ist durch Triglyphen in
Felder geteilt, die mit stark verwitterten Emblemen ge-

wappen zu sehen, das von Streitäxten, Schwertern und an-
deren kriegerischen Zutaten eingerahmt ist. Das linke stellt
das Wappen der Familie Rzewuski, das rechte dasjenige
der Familie Lubomirski dar, mit welcher die Rzewuski ver-
schwägert waren. Auf der Abschrägung der Verdachung

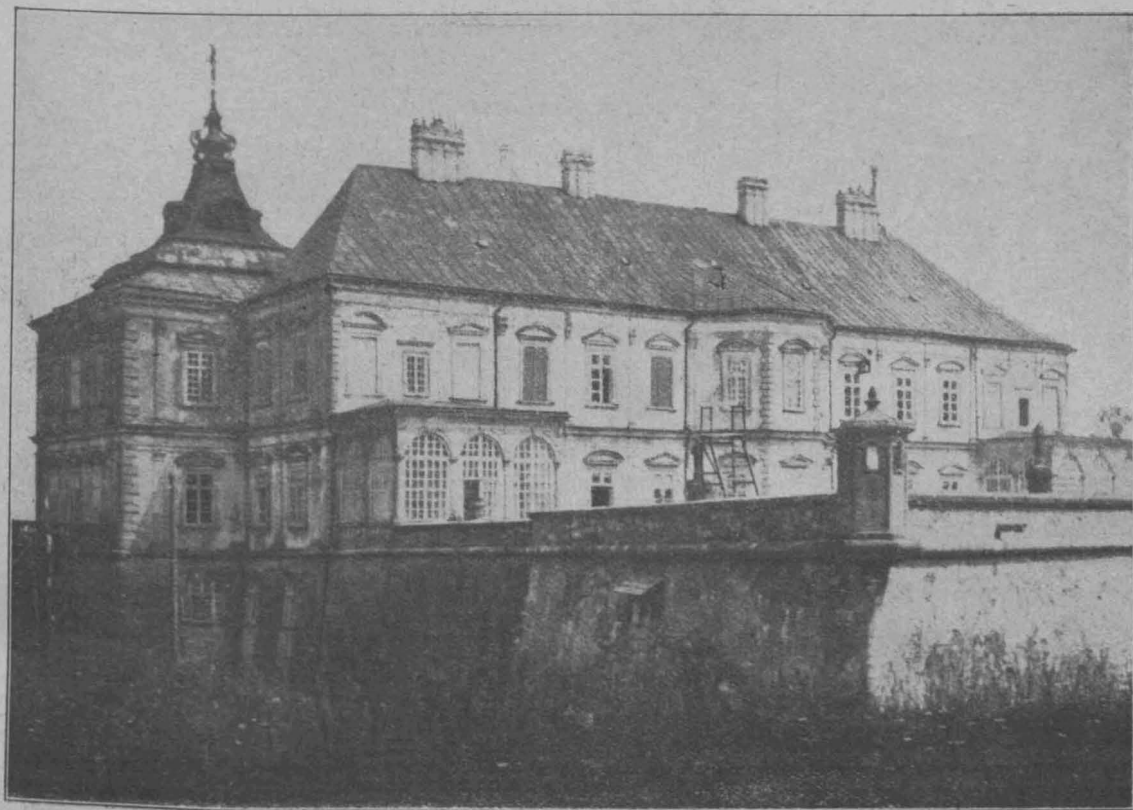


Abbildung 1. Ansicht des Schlosses von Westen.

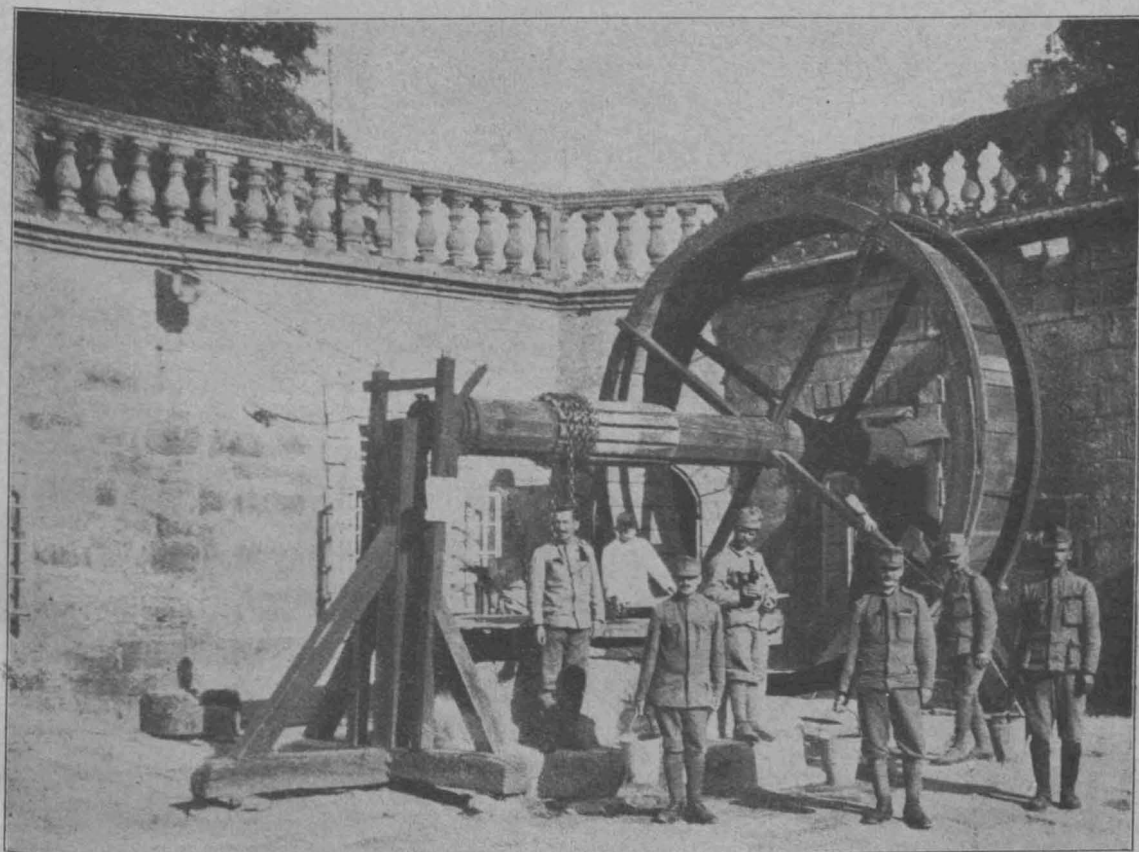


Abbildung 3. Brunnen im Schloßhof.

schmückt sind, sodaß man ihre Formen nicht mehr recht
erkennen kann.

In der Mitte über dem Schlußstein ist der „Pogón“,
das Wappen der Familie Sanguszko angebracht. Zwischen
den unterbrochenen Schenkeln der Verdachung ist auf der
glatten Fläche eines soekelartigen Aufbaues ein Doppel-
15. Mai 1918.

sind in der Achse der beiden Säulen 2 Vasen aufgestellt.
Die abgerundete Verdachung des Mittelbaues ist nach der
Mitte schneckenförmig aufgerollt. Zwischen diesen Voluten
befindet sich wiederum ein Wappenschild, der Pobóg der
Familie Konieepolski, bekrönt von einem Helm mit flat-
terndem Helmschmuck. —
(Schluß folgt.)



Die Verleihung des im Völker-



Eisernen Kreuzes Krieg 1914-18.

ist, soweit wir Kenntnis davon erhielten, für hervorragende Taten an folgende Angehörige unseres Faches erfolgt:

I. Klasse. (Fortsetzung).

Erich Augustin, Reg.-Baumeister in Charlottenburg.
Bednarski, Dipl.-Ing. beim Magistrat in Berlin.
Heinrich Berresheim, Oberingenieur von Cöln a. Rh.
Böttner, Dipl.-Ing. bei der Baudir. im Min. des Inn. in Dresden.
Kurt Bräuer, Dipl.-Ing., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Nienburg.
Richard Brentzel, Arch., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Münster i. W.
Fritz Brockmann, Reg.-Bauführer von Ludwigshafen a. Rh.
Richard Brodersen, Architekt von Charlottenburg.
Kurt Rich. Burkhardt, aus Sachsen, beurlaubt zur Stadt Jena.
Karl Claßen, Reg.-Baumeister in Magdeburg.
Ferdinand Dabelow, Reg.-Bauführer von Berlin.
Johannes Dehnicke, Ing. bei den Berliner Wasserwerken.
Friedrich Diefenbach, Reg.-Bauführer von Geestemünde.
Wilhelm Emrich, Direktionsrat in Neu-Ulm.
Hans Ermisch, Reg.-Bauführer beim Wasserbauamt in Berlin.
Erich Ewald, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Münster i. W.
E. W. Ferehland, Reg.-Baumeister a. D. in Hellerau.
Georg Fichtner, Reg.-Baumeister in Burg i. Dithm.
J. E. Franke, Reg.-Bauführer von Dresden-A.
Greiff, Dipl.-Ing., Reg.-Bauführer in Altona a. E.
Grohmann, Bauamt. beim Str.- und Wasserbauamt in Leipzig.
Heinrich Großmann, Dipl.-Ing., Prof. an der Baugewerkschule in Buxtehude.
Hahnemann, Reg.-Baumeister beim Landbauamt Bautzen.
Paul Hedde, Marine-Baurat in Cuxhaven.
Friedrich Heese, Baurat in Luckau.
Walther Helmcke, Stadtbaumeister in Charlottenburg.
Hille, Reg.-Baumeister in Ragnit.
Rudolf Homburg, Reg.-Bauführer aus Frankfurt a. M.
Hermann Jacobi, Dipl.-Ing. beim Hochbauamt in Frankfurt a. M.
Heinrich Koch, Architekt aus Frankfurt a. M.
Gustav Kochler, Reg.-Baumeister in Darmstadt.
Gottlieb Königk, Reg.-Bmstr., Vorst. in Landsberg a. d. W.
Richard Konwiarz, Stadt-Architekt aus Breslau.
Kosaek, Oberlehrer an der Maschinenbahnschule in Magdeburg.
Willi Krämer, Reg.-Baumeister in Charlottenburg.
Joseph Kurowski, Reg.- u. Bmtr., Mitgl. der Eisenb.-Dir. Köln.
Arno Rich. Kummer, Reg.-Bmstr. bei der Wasserbaudir. in Dresden.
Julius Lönholdt, Architekt von Frankfurt a. M.
Alwin Lüderitz, Zivilingenieur in Cöln a. Rh.
Hermann Meyer, Reg.- u. Bmtr., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Cassel.
Hans Müller, Reg.-Baumeister in Oranienburg.
Walter Nakonz, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Berlin.
Friedrich Neesen, Reg.-Bauführer von Berlin.
Fritz Nible, Reg.-Bauführer von Berlin.
Otto Nitzsch, Reg.- u. Baurat in Ansbach.
Otto, Reg.-Bmstr.) bei der Baudir. für die Landesanstalten
Pflaum, Reg.-Bmstr.) in Dresden.
Philipp, Reg.-Baumeister beim Landbauamt Zwickau.
Philipp Rappaport, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Berlin.
Leo Renner, Architekt von Tutzing.

Fridolin Rimmle, Bauinspektor in Stuttgart.
Paul Richter, Reg.-Bauführer von Hamm i. W.
Friedrich Rüdiger, Baurat in Rinteln.
Konrad Rühl, Reg.-Baumeister in Volkmarsen.
Siegfried Schroeter, Reg.-Bauführer von Bremen.
Heinrich Schulze, Reg.-Baumeister in Hamm i. Westf.
Karl Spach, Baurat in Luxemburg.
Fritz Streller, Architekt aus Berlin.
Gottlieb Thiele, Reg.-Baumeister in Charlottenburg.
Titz, Prof., Dir. der Maschinenbahnschule in Cöln.
Franz Thureau, Reg.-Baumeister in Herne.
Kurt Walther Tropitzsch, Bauamt. beim Str.- und Wasserbauamt in Leipzig.
Walter Virus, Stadtbauamt in Leipzig.
Heinrich Voegler, Reg.- u. Baurat in Koblenz.
Heinz Voigt, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Hannover.
Albert Wagner, Geh. Baurat in Luxemburg.
Fritz Weise, Reg.-Bauführer beim Hafenbauamt in Kolberg.
Heinrich Wollenhaupt, Reg.-Bauführer von Glatz.
Richard Wreden, Reg.-Bauführer von Bremerhaven.

Das eiserne Kreuz II. Kl. am weißen Band mit schwarzer
Einfassung (Fortsetzung).

Barschdorff, Ob.-Brt., Dirigent der Eisenb.-Dir. in Saarbrücken.
Neubauabt. in Koblenz.
Heinrich v. Endres, Dr.-Ing., Staatsrat i. o. D., Min.-Dir., Exzellenz in München.
Wilhelm Gerhartz, Dipl.-Ingenieur in Rheinbach.
R. K. H. Kothe, Baurat in Dresden-Altstadt.
Wilhelm Kübler, Prof. an der Techn. Hochschule in Dresden.
Sigwart Ruppel, Dipl.-Ing., Professor in Frankfurt a. M.
Joseph Stübgen, Dr.-Ing., Geh. Ob.-Baurat in Berlin-Grünwald.
Joseph Vollmer, Ingenieur in Berlin.
Zennig, Mar.-Baurat in Flensburg.

Angehörige der Kais. Werft in Kiel: Mar.-Schiffbmstr. Karl Zimmermann, die Mar.-Masch.-Bmstr. Hillebrecht und v. Mar-nitz, Mar.-Hafenbmstr. Dahme und Markwoorth (Flensburg), die Reg.-Bmstr. Drape, Müller und Präuß, techn. Hilfsarb. Dipl.-Ing. Behse, Birkner, Börner, Dr. Eisner, Falbe, Fischer, Freudenthal, Fröh. der Schiffbauing. Hosemann, Dipl.-Ing. Dr. Jordan, Lehm, Längen, Rahusen, Dr.-Ing. Schöneich und Dipl.-Ing. Thimm.

Fortsetzung der Liste der Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse:

Gotth. Mor. Walter Schützel, Reg.-Bmstr. bei der Straßenbaudir. in Dresden.
Wilhelm Schröder, Reg.-Baumeister in Danzig.
Anton Schweth, Baurat in M.-Gladbach.
Seidel, Brandversicherungs-Insp. in Bautzen.
Kurt Soppart, Reg.-Baumeister in Hannover.
Otto Sperling, Stadtbaumeister in Berlin.
Fritz Steiner, Arch. und Bauschätzer in Worms.
Paul Steinert, Reg.-Baumeister von Cöln a. Rh.
Steinmetz, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Görlitz.
Karl Stratthaus, Maschineninspektor in Freiburg i. Brg.
Hermann v. Strenge, Reg.-Baumeister in Breslau.
Karl Stüber, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Buxtehude.
Gustav Thimann, Reg.- und Bmtr., Mitgl. der Eisenb.-Dir. in Altona a. E.
Emil Thörner, Stud. der Ing.-Wissenschaften von Chemnitz.
Wilhelm Thorban, Reg.-Baumeister von Ziesar.
Hans Tietböhl, Reg.-Bauführer von Hannover.
Todd, Arch. beim Stadtbauamt in Würzburg.
B. Vent-Schmidt, Ing., Prof. an der Baugewerkschule in Görlitz.
Wilhelm Verbücheln, Reg.-Baumeister von Dortmund.
Verenkotte, Dipl.-Ingenieur in Recklinghausen.
Verlohr, Reg.-Baumeister auf Helgoland.
Walter Vogeler, Reg.-Baumeister in Berlin.
Vogler, Bauamtsassessor in Amberg.
Robert Vorhölzer, Eisenb.-Assessor in Augsburg.
Ludwig Wagner, Architekt von Darmstadt.
Wagner, Reg.-Bmstr., Vorst. des Mil.-Bauamtes in Brüssel.
Michael Walter, Dipl.-Ing., Assist. an der Techn. Hochschule in Dresden.
Gustav Wenzel, Bauamt. bei der Baudir. für die Landesanstalten in Dresden.
Westphal, Reg.-Bauführer von Dresden.
Albert Wetzler, Regierungsrat in Augsburg.
Lothar Wetzlich, Baurat in Saarburg.
Karl Wienecke, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Saarbrücken.
Franz O. Wiesner, Reg.-Baumeister in Altona a. E.
Richard Winkel, Dr.-Ing., Reg.-Baumeister in Eberswalde.
Kurt Wittler, Reg.- u. Baurat in Oppeln.
Johannes Wolf, Reg.-Baumeister.
Hans Wolter, Reg.-Bmstr., Oberlehrer an der Baugewerkschule in Eckernförde.
Johann Wissner, Architekt von Regensburg.
Richard Wreden, Dr.-Ing., Reg.-Bauführer von Bremerhaven.
Hermann Wunsch, Reg.-Baumeister in Stuttgart.
Wustlich, Brandversicherungs-Assistent in Chemnitz.
Karl Zeuner, Reg.- u. Geh. Baurat in Minden.
Ludwig Zimmermann, Dipl.-Ingenieur von Hannover.

Inhalt: Schloß Podhorce in Galizien. — Eisernes Kreuz.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. NO 40. BERLIN, DEN 18. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Schloß Podhorce in Galizien. (Schluß.)

Von Carl Sieckel, Architekt V.B.A., zur Zeit im Felde.

Unter einer gewölbten Durchfahrt betritt man dann den Schloßhof. Rechts in der Ecke liegt der 36 m tiefe Brunnen. Mittels eines großen Tretrades (Abb. 3, No. 39), das in früheren Zeiten von einem gezähmten Bären, heute durch Menschenkraft in Bewegung gesetzt wird, holt man in großen Holzkübeln das kühle, klare Wasser aus dieser bedeutenden Tiefe empor. Die den Schloßhof einfassenden Randbauten haben in früheren Zeiten als Kasematten gedient. Heute enthalten sie Wirtschaftsräume nebst Wohnung für den Kastellan und sein Personal. Sie tragen oben eine Terrasse. Nach außen ist diese mit einer festen Brüstung, nach innen mit einer Balustrade abgeschlossen.

Das Schloß selbst ist ein dreigeschossiger Bau. In der Mitte der im Allgemeinen glatt verlaufenden Hoffront springt ein polygonaler Turm vor, in dem die Eingangstür liegt. Die nur wenig vorkragenden Seitenrisalite sind im ersten Obergeschoß flügelartig als offene Pavillons, auf zierlichen Säulen ruhend, vorgezogen, von denen man unmittelbar auf die Abdeckung der Kasematten hinaustreten kann (Abb. 4, No. 39). Zwei breite steinerne Freitreppen, links und rechts vom Turm, führen vom Hof zu ihnen und zu den beiden Vorzimmern hinauf.

Die vergitterten Fensteröffnungen des Erdgeschosses, von Spiegelquadern eingefasst, sind glatt in das Mauerwerk eingeschnitten. Ueber einem kräftigen Abschlußgesims erheben sich die beiden gleichartig behandelten Obergeschosse. Sie zeigen eine durchgehende Lisenenteilung, in deren Feldern je ein Fenster angeordnet ist, dessen Verdachung abwechselnd rund und spitz ausgebildet ist. Von den 3 Fenstern in den Risaliten über den beiden Pavillons sind die beiden größten blind. Das mittelste ist etwas kleiner gehalten und durch einen ornamentalen Aufbau bekrönt. In dem weit vorspringenden, turmartigen Mittelbau liegt die Schloß-

Kapelle, welche durch beide Stockwerke geht. Die in den runden Sprossenteilungen der Fenster sichtbaren Kreuze deuten auf die Bestimmung hin.

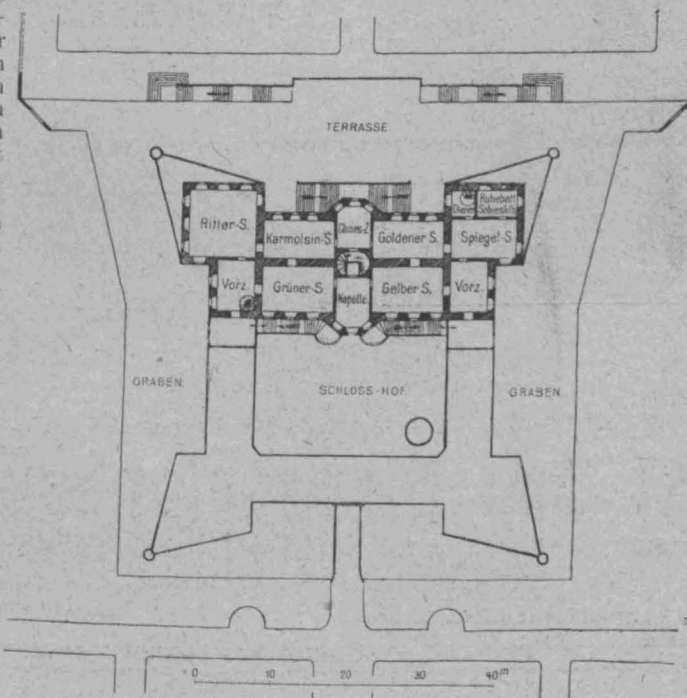
An der nach N. liegenden Gartenfront (Abb. 5, No. 39) sind die beiden Flügel weit vorgezogen. Die Breite derselben entspricht den an den Seitenfronten ebenfalls vorgelegerten Bauteilen. Die Dächer sind daher als Türme über einem quadratischen Grundriß ausgebildet, auf deren schlanken Spitzen 2 Figuren, die Erdkugel und das Him-

melsgewölbe tragend, stehen. Das Dach des Schlosses, sowie die beiden Turmbauten sind mit Blech eingedeckt. Ursprünglich waren die beiden erkerartigen Vorbauten in der Mitte der beiden Langfronten nicht in der heutigen einfachen Weise abgedeckt, sondern haben als Abschluß einen polygonalen Turmhelm besessen. In dem Turngemach des zweiten Obergeschosses nach der Gartenterrasse zu sind noch in den Ecken an der Mittelwand die Reste der reich verzierten Zwickel zu sehen, welche oberhalb der Deckenkonstruktion einen achteckigen Aufbau ermöglichten. Die aus der First heraus ragenden Schornsteine sind hoch empor geführt und mit einer zierlichen Randbekrönung versehen.

Im vorigen Jahrhundert hat das Schloß, wenigstens in größerem Umfang, nicht mehr zu Wohnzwecken gedient. Es war vielmehr ein Museum und barg vor dem Krieg eine reiche

Sammlung von Bildern, sowie von Kunst- und Schmuckgegenständen aus der Glanzzeit Polens, endlich Beutestücke aus den polnischen Kriegen. Die Sammlung ward bei Ausbruch des Weltkrieges zum großen Teil in Sicherheit gebracht. In der Gemälde-Galerie mit über 400 Bildern befinden sich nur wenige wertvolle Originale. Die Prachtstücke sind vor hundert Jahren veräußert oder nach einem anderen Schloß des heutigen Besitzers überführt worden. Der größte Teil der Bilder besteht aus Kopien.

Vom Hofe aus betritt man ebenen Fußes die gewölbte



1. Obergeschoß.

Eingangshalle, in der einige Bildnisse und Waffen aufgehängt sind, ferner mehrere kostbare türkische Zelte, welche Sobieski in der Schlacht bei Chocin 1673 und vor Wien 1683 erbeutete. An der linken Wand des Windfanges ist eine grüne Marmortafel mit lateinischer Inschrift eingelassen.

In dem durchweg gewölbten Erdgeschoß, unter dem sich ausgedehnte Kellereien befinden, liegt nach dem Garten ein geräumiges Eßzimmer. Es ist mit einem interessanten Kappengewölbe überspannt. Eine Treppe führt zur Gartenterrasse hinab. Links und rechts schließen sich zwei kleinere Gesellschaftsräume an. In einigen anderen Räumen haben die Bibliothek und das Archiv Unterkunft gefunden. Nach dem Hof sind die umfangreiche Küche nebst Wirtschaftsräumen untergebracht. An die Eingangshalle schließt sich eine infolge ihrer zentralen Lage leider etwas mangelhaft beleuchtete, steinerne Wendeltreppe an.

Das erste Obergeschoß mit seinen Prunkgemächern kann man mittels der beiden äußeren Freitreppen unmittelbar vom Hof aus erreichen. Steigt man die linke Freitreppe empor, so gelangt man von dem überdeckten Glaspavillon in das Vorzimmer des Rittersaales. Die Wände sind bedeckt mit den Bildnissen polnischer Fürsten aus den Familien Sobieski, Koniecpolski und Rzewuski, sowie

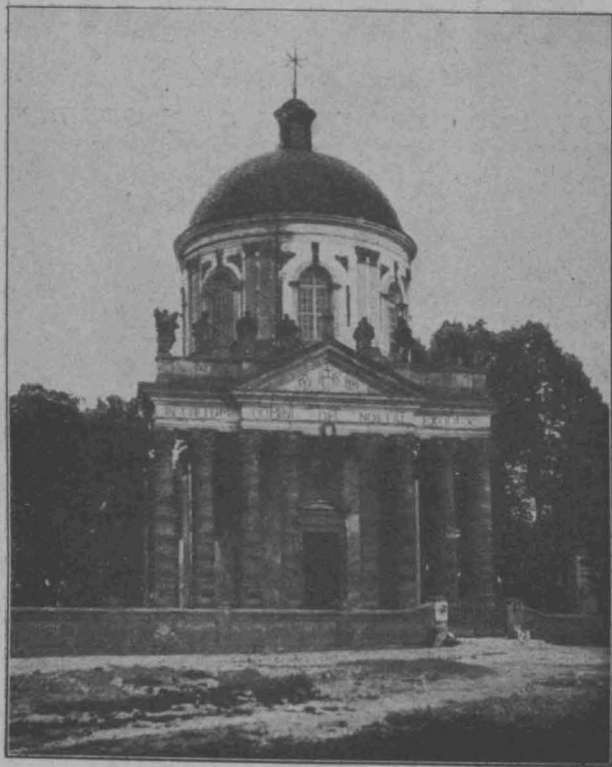


Abbildung 6. Kirche.

aus denen ihrer Gemahlinnen, außerdem mit religiösen Bildern. Das Deckengemälde im großen Mittelfeld stellt Venus und Mars dar. Die Wendeltreppe rechts neben der Eingangstür hat wohl für den inneren Verkehr der Dienerschaft zwischen den einzelnen Stockwerken gedient.

Die Umrahmungen der beiden zweiflügeligen Türen, welche vom Vorzimmer in den grünen Saal und in den großen Waffen- oder Rittersaal führen, sind gleichwie diejenigen sämtlicher anderer Räume aus poliertem Marmor ausgeführt. Je nach der Formgestaltung der einzelnen Säle bestehen sie aus einer stark profilierten breiten Fiasche mit einem kleinen, mehr oder weniger reich verzierten Aufbau oder sie sind portalartig mit Pilastern, regelrechtem Gebälk nebst Giebelfeld ausgebildet, in welchem häufig das Wappen einer der beiden Familien, umgeben von Blumen- oder Fruchtgehängen, anzutreffen ist. Ebenso sind die Feuerstätten der offenen Kamine mit Marmor eingefaßt; über ihnen kragt auf reich verzierten Konsolen eine Gesimsplatte vor. Die Farbe des Marmors ist verschieden und steht im Einklang mit der Farbenstimmung des Raumes. Vom hellgelben, rötlich geäderten Stein bis zum tiefschwarzen sind die mannigfachsten Arten verwendet worden.

Es fällt im Grundriß auf, daß die Mittelwand und die beiden tragenden Scheidewände dieselbe Stärke wie die Frontwände, nämlich 1,20 m besitzen. Der Grund hierfür ist darin zu suchen, daß die tiefen Feuerstätten der Kamine vollständig in der Wand liegen.

Die Höhe des Stockwerkes, welche etwas über 6 m beträgt, ist in sämtlichen Räumlichkeiten die gleiche. Sie ist festgelegt worden für die Abmessung der Säle im Mittelbau. Daher hat der Rittersaal, zumal seine Decke durch ein schweres, vergoldetes Gebälk in symmetrische Felder geteilt ist, etwas Gedrücktes. Er besitzt, da er im vorspringenden Eckbau gelegen ist, 8 Fenster, von denen einige zwecks besserer Aufstellung der Kunstgegenstände vermauert sind. Der Fußboden ist in reich gemusterter Weise mit farbigen Steinplatten belegt. Hier waren unschätzbare Andenken, vor allem vierzig vollständige Rüstungen der geflügelten polnischen Husaren aufgestellt, ferner Hetman-Standarten und Trophäen aus dem Entsatz Wien's im Jahre 1683.

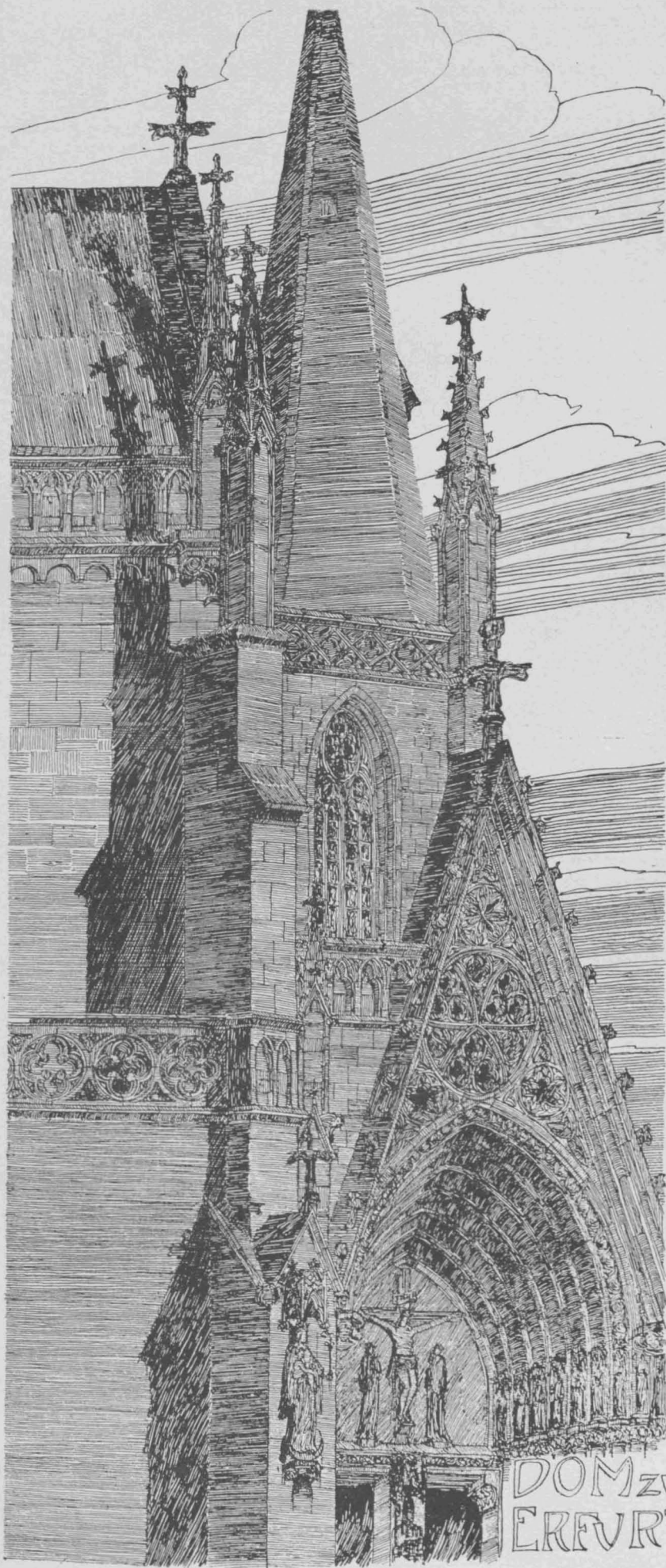
Die Gemälde der einzelnen Deckenfelder geben Darstellungen kriegerischer Ereignisse aus der polnischen Geschichte, besonders aus dem tatenreichen Leben des 1646 verstorbenen Stanislaus Koniecpolski. Das eine Mal ist er bei einem Treuschwur der Kosacken an der Seite des polnischen Königs Ladislaus IV. abgebildet, ein anderes Bild zeigt ihn beim Empfang polnischer Würdenträger, ein drittes als Truppenbefehlshaber im Felde, ein viertes, wie er den Schweden Baudissin ersticht. Das Mittelfeld zeigt eine Apotheose: Auf einem leicht bewölkten blauen Himmel als Hintergrund wird von einem Engel ein Medaillon mit seinem Bildnis und dem polnischen Adler empor getragen, ein anderer Engel trägt das Wappen der Familie Koniecpolski, während der Satan zähnefletschend mit dem höllischen Feuer in der Hand entflieht. Auf der nördlichen Wand befindet sich ein großes Gemälde, eine Kopie des Originals von Dolabelle: Hetman Stanislaus Zolkiewski übergibt auf dem Warschauer Reichstag 1611 dem König Sigismund III. den gefangenen Zaren Szujski.

Der nächste dreifenstrige Saal, der sogenannte Karmoisinsaal, ist der frühere polnische Salon, welcher sein Aussehen fast ganz bewahrt hat. Die Wände sind mit verschossenem Damast bespannt, auf dem viele Bilder angebracht sind. Der Fußboden ist im italienischen Charakter mit Marmorplatten in drei verschiedenen Farben belegt. Die Decke ist ebenfalls durch breite Goldleisten in Felder geteilt, welche allegorische Gemälde enthalten. Drei kostbare venezianische Kronleuchter hängen von ihr herab. An den Wänden zieht sich unterhalb eines Gesimses ein breiter vergoldeter Fries entlang, in den kleine farbige Oelbilder eingelassen sind. In der einen Ecke steht ein riesiger, fast bis zur Decke reichender Kachelofen. Er ist eigens für Podhorce in Danzig angefertigt worden. Die weißen glasierten Kacheln tragen in blauer Bemalung abwechselnd die Wappen der beiden Familien Koniecpolski und Rzewuski. Sämtliche Möbel waren Eigentum der Familie Sobieski.

Im Erkerbau liegt das chinesische Zimmer. Ueber einem niedrigen Panel weisen die Wände eine Teilung durch hölzerne Pilaster auf. Das Holzwerk ist schwarz gehalten, die Profile sind vergoldet. Die Wände zwischen den Pilastern sind mit eigenartigen, in chinesischer Manier erhalten bemalten Holztafeln verkleidet. Die Decke ist reich vergoldet und mit Gemälden geschmückt. Der Fußboden ist schachbrettartig aus weißem, schwarzem und rotem Marmor zusammengesetzt. Die Möbel dieses Raumes, unter denen ein Schreibtisch ein besonders kostbares Stück ist, hatten Sobieski und seine Gemahlin aus China und Japan bezogen. Eine Tür in der Mittelwand führt unmittelbar auf das Treppenhaus.

In dem anstoßenden Saal, dem goldenen, sind die Wände mit einem rauhen dunklen, durch Mischung mit gemahlenem Glas irisierenden Putz beworfen. Wie schon der Name sagt, hat das Gold in diesem Raum eine umfangreiche Verwendung gefunden. Die gesamte Ausstattung der Decke, der Wände und des Fußbodens verrät einen italienischen Künstler. Wie denn auch bekannt ist, daß Wenzel Rzewuski, welcher viel zur inneren Verschönerung beigetragen hat, einen italienischen Architekten für seine baulichen Arbeiten herangezogen hatte. Die zahlreichen großen Gemälde an den Wänden sind von breiten Goldleisten eingerahmt, die wiederum von einer aus echtem Stuck angetragenen, in Weiß und Gold gehaltenen Umrahmung in italienischem Barock umgeben sind. In einer Ecke steht ebenfalls ein großer Kachelofen aus Danzig, wie im Karmoisin-Saal. Die Einrichtung war besonders reich und prächtig ausgestattet. Im Spiegelsaal sind die Wände vollständig mit türkischen Stoffen verkleidet und mit vielen venetianischen Spiegeln behängt, dazwischen zahlreiche Bilder der italienischen und flandrischen Schule. Die Decke ist wie im vorhergehenden Saal mit Fresken bemalt.

Hieran schließt sich ein kleines Kabinett an, in dem das baldachinüberdachte Ruhebett Sobieski's, sowie sein zusammenlegbares Feldbett und ein eigenartiger Feldschreibtisch, welcher mittels eines einfachen Mechanismus



EIL-ANSICHT VOM
DOM ZU ERFURT.
FEDERZEICHNUNG
* VON HOFRAT *
FRITZ DRECHSLER
** IN LEIPZIG. **
=== DEUTSCHE ===
** BAUZEITUNG **
52. JAHRGANG 1918.
*** NO. 40. ***

DOM zu
ERFURT

in einen Spiel-, Speise- und gewöhnlichen kleinen Tisch sich verwandeln läßt, stehen. Das Kabinett besitzt einen Ausgang auf den bastionartigen Eckbalkon, auf dem noch ein Wallnußbaum wächst, den Sobieski eigenhändig gepflanzt haben soll. Daneben ist ein kleiner Raum, vielleicht ein Dienerzimmer, das von dem Spiegelsaal zugänglich ist. Von ihm führt eine Wendeltreppe nach dem Erdgeschoß.

Den Zugang zum Spiegelsaal vermittelt ein Vorzimmer, welches unmittelbar vom Hof durch die rechte Freitreppe erreicht werden kann. Außer vielen Bildern sind hier Schränke aufgestellt mit sächsischen und Wiener Glasachen.

Im nächsten Raum, dem gelben Saal, sind die Wände und die Decke mit gelbem Damast bespannt. Von der Mitte der Letzteren, die durch breite Goldleisten geteilt ist, hängt ein großer, kostbarer venezianischer Kronleuchter herab. Hier steht auch noch der Hochzeitswagen, den Wenzel Rzewuski anlässlich seiner Vermählung mit der Prinzessin Anna Lubomirska benutzt hat.

Der letzte Saal, der grüne, ist ähnlich ausgestattet, wie der gelbe Saal, nur daß der Damastbezug der Decken und Wände grün ist. Der Fußboden dieser beiden letzten Säle ist mit Holz belegt.

Zwischen diesen beiden Sälen, und auch von ihnen durch eine breite zweiflügelige Tür zugänglich, liegt die durch zwei Stockwerke reichende Kapelle, welche außerdem noch vom Treppenhaus zu erreichen ist. Der in den Formen der Renaissance durchgebildete Gottesraum weist eine Pilasterteilung auf, die ein flaches Korbogen-Gewölbe mit eingeschnittenen Stuckkappen trägt. In der Erkernische ist der vergoldete Altar aufgebaut. Zwischen den das Gebälk nebst Aufsatz tragenden Säulen ist ein Gemälde von Czechowicz, Christus vor Pilatus eingelassen. Die übrigen großen Gemälde sind gleichfalls religiösen Inhaltes. Rechts vom Altar steht der Tisch mit schwarzer Marmorplatte, auf dem Sobieski im Schloß von Olesko getauft wurde. Darüber auf einem Konsol die Marmorbüste des im Jahre 1903 verstorbenen Grafen Eustachius Sanguszko. Der Fußbodenbelag ist aus farbigen Steinplatten hergestellt. Ungefähr in Höhe des zweiten Obergeschosses zieht sich an der Mittelwand eine auf Konsolen ruhende Balustrade entlang, die man vom Treppenhaus betreten kann. Ihre Brüstung besteht gleichwie die Umrahmungen der Türen aus poliertem gelbem Marmor, der mit weißen und rötlichen Adern durchsetzt ist.

Das zweite Obergeschoß, welches naturgemäß bei dem früheren verwahrlosten Zustand des Schlosses am meisten in Mitleidenschaft gezogen worden ist, hat zur Unterbringung des Gefolges und der Dienerschaft gedient. Hier hatte sich auch Severin Rzewuski ein Laboratorium eingerichtet, das er für seine alchemischen Studien benutzte. Sämtliche Räume sind hinsichtlich ihrer Ausstattung bedeutungslos.

Von dem Speisesaal im Erdgeschoß steigt man an der

Nordfront mittels einer kleinen zweiarmligen Treppe hinab zu einer Terrasse. Sie ist mit schön gepflegten Blumenbeeten geschmückt, liegt infolge des stark abfallenden Geländes auf der Höhe der Grabensohle und zieht sich vor der ganzen Nordfront des Schlosses hin. Nach dem bedeutend tiefer liegenden Teil des Gartens ist dieselbe durch eine Brüstung von steinernen Pfeilern und Balustern abgeschlossen. Von einem sölterartig vorspringenden Podest führt nach beiden Seiten eine breite Freitreppe zu diesem Schmuckgarten hinunter, in dem blühende Rosenstöcke und eigenartige Ziersträucher neben schönen Baumgruppen anzutreffen sind. Die Umfassungsmauern dieses Gartestückes — von den letzteren sind noch einige Reste übrig — scheinen in früheren Zeiten mit zur Befestigung gehört zu haben.

Vom Eingang des Schlosses führt in südlicher Richtung durch den Park ein breiter geradliniger Fahrweg, der von hohen, im französischen Charakter scharf beschnittenen Hecken eingefast ist, zur Ortskirche. Im Verhältnis zu dem bescheidenen Dorf Podhorce macht sie einen großen Eindruck (Abbildung 6). Der polnische Großhetmann Wenzel Rzewuski und dessen Ehefrau Anna, geb. Prinzessin Lubomirska, haben 1763 den Grundstein zu ihr gelegt. Ein italienischer Architekt hat sie nach seinem Entwurf gebaut.

Das Gotteshaus ist eine Kuppelkirche mit frei vorgelegter doppelter Säulenhalle von 8 schlanken Säulen mit Kompositkapitellen, zu der eine breite, in der ganzen Front vorgelagerte Freitreppe von 7 Stufen führt. Ueber den 4 mittelsten Säulen ist der Architrav etwas vorgezogen, welcher einen Giebel trägt. Links und rechts läuft gegen denselben eine Attika tot. Auf ihr haben 8 Sandsteinfignuren, die Schutzpatrone der Familie Rzewuski, Aufstellung gefunden. Es sind von rechts nach links: Onofrius, Wenzel, Anna, Joseph, Maria, Petrus, Franciscus und Rafael. An dem Architrav ist mit vergoldeten Buchstaben eine lateinische Inschrift angebracht:

„In cultum domini dei nostri exodi“.

Hinter dem Giebelaufbau erhebt sich der Tambour der Kuppel, dessen Rundbogenfenster, zwischen Pilastern verteilt, das Licht von oben in das Innere der Kirche fallen lassen. Die hoch empor gezogene, kupfergedeckte Kuppel trägt eine Laterne, die mit vergoldetem Kreuz bekrönt ist. Das Innere schmückt ein einfacher Altar, dessen Hauptbild vom polnischen Maler Czechowicz herrührt. In den Feldern der Tragepfeiler sind Gedenksteine an Leo Rzewuski eingefügt. Ueber der Galerie hängen die Oelbilder der Gründer der Kirche.

An die Kirche lehnt sich an der Hinterfront die Sakristei nebst Pfarrerwohnungen an.

Die Gesamtanlage von Kirche, Park und Schloß führt uns in ihrer Größe einen vornehmen Edelsitz aus früheren Jahrhunderten vor Augen, dessen Reiz durch die landschaftliche Lage des Schlosses am Abhang des Bergrückens erhöht wird. —

Denkschrift des „Badischen Architekten- und Ingenieur-Vereins“ betreffend die Stellung der wissenschaftlich gebildeten Techniker in der öffentlichen Verwaltung.

Gleich dem „Sächsischen Ingenieur- und Architekten-Verein“, über dessen Bestrebungen wir in No. 38 der „Deutschen Bauzeitung“ berichtet, hat auch der „Badische Architekten- und Ingenieur-Verein“ Stellung genommen zu den Beziehungen zwischen den wissenschaftlich gebildeten Technikern und den Organen der öffentlichen Verwaltung in Baden: der Volksvertretung, den Staats- und den Gemeindebehörden. Er hat eine Denkschrift ausgearbeitet und diese dem großherzoglichen Staats-Ministerium, sowie der Ersten und der Zweiten Kammer der badischen Landstände überreicht. Die Denkschrift, die im Wesentlichen zu den gleichen Forderungen kommt, wie die Denkschrift des sächsischen Vereins, knüpft an an die Sommertagung des Badischen Landtages des letzten Jahres, auf welcher der badische Finanzminister eine Vereinfachung der Staatsverwaltung in Aussicht stellte, und an die Anträge, die zurzeit dem Landtag vorliegen und eine Abänderung der Städteordnung in Baden zum Ziel haben. Auch für Baden gelte, daß in den Landständen und den öffentlichen Behörden der Fachmann, besonders der Techniker, durch den Nichtfachmann zum Schaden der Allgemeinheit außerordentlich in den Hintergrund gedrängt und in der freien Wirksamkeit gehemmt werde. Wenn die badischen Techniker eine andere Zusammensetzung der verwaltenden Körperschaften fordern, so geschehe das nicht nur in dem wohl berechtigten eigenen Standesinteresse, sondern weit mehr auch aus Sorge für das Wohl der Allgemeinheit.

Nach dem Krieg werde vor allem die Verbilligung der Verwaltung in Staat und Gemeinde eine dringende Notwendigkeit sein, die sachlichen und die persönlichen Kosten

der Verwaltung müßten verringert werden. Unter den sachlichen Kosten seien die Ausgaben für technische und bauliche Anlagen weitaus die bedeutendsten. Die notwendige Höhe und die zweckmäßige Verwendung der hierfür aufzuwendenden Mittel vermöge allein der Techniker zu beurteilen. Dieser sollte daher in den Stellen, denen die endgültige Entscheidung hierüber obliegt, also in den Landständen, den Ministerien genügend vertreten sein. Die Verminderung der persönlichen Ausgaben bedinge eine Einschränkung der Bamtenzahl. Diese setze jedoch eine Verminderung der Arbeit voraus, da sonst eine Ueberlastung eintrete, die namentlich für die oberen Beamten schädlich sei, denen die Verantwortung für die Tätigkeit der Behörde in erster Linie obliege und von denen mit Recht ein weiter und freier Blick, selbständiges Arbeiten, Initiative und Teilnahme am öffentlichen Leben gefordert werde. Verminderung der Arbeit aber sei nur möglich durch Vermeidung unproduktiver Arbeit, die durch fehlerhafte Arbeitszuteilung, Doppelarbeit, durch den Instanzenweg und durch unnötige Prüfungen und Ueberprüfungen entstehe. Schwere Nachteile ergeben sich in dieser Beziehung bei der Rechnungs-Nachprüfung der Staatsverwaltung, die durchweg in den Händen von Nichtfachleuten liege, und in gleicher Weise bei der Behandlung von Personal-Angelegenheiten. Daher empfehle es sich, die Vorbereitung und endgültige Entscheidung aller Fachfragen, die einzuschränkende Rechnungsprüfung und die persönlichen Angelegenheiten an Fachleute zu übertragen.

Wichtiger jedoch als die Verminderung der Ausgaben werde nach dem Krieg die Erhöhung der Gütererzeugung sein. Die Aufgaben von Staat und Gemeinde.

die werterzeugenden Kräfte des Volkes zu stärken, Gelegenheit zu nutzbringender Arbeit zu schaffen, die Erträge der Betriebe zu erhöhen und neue gewinnbringende Unternehmungen ins Leben zu rufen, könnte zum größten Teil nur der Techniker lösen, der allein in der Lage sei, in seinem Fachgebiet die vorhandenen Möglichkeiten zu erkennen und der Entwicklung neue Wege zu weisen. Seine Tätigkeit werde umso fruchtbringender sein, je freier und unmittelbarer sie sich entfalten könne, je weniger sie an die Zustimmung von Vorgesetzten oder Mitarbeitern gebunden sei, die keine Einsicht in das tiefere Wesen der Sache haben und deshalb ihre Aufgabe vor allem in der Wahrung der üblichen Formen und der genauen Durchführung der vorhandenen Vorschriften zu sehen gewohnt seien. Daher sei es geboten, in den mit wirtschaftlichen Fragen befaßten Behörden den Techniker nicht lediglich als beratenden Hilfsarbeiter, sondern als selbständig entscheidenden und die volle Verantwortung tragenden Beamten an leitender Stelle zu verwenden.

Das sind allgemeine Wünsche, die sich auf alle Körperschaften beziehen. Im Einzelnen wünscht die Denkschrift, daß in die Erste Ständekammer regelmäßig hervorragende Techniker berufen werden; kein Techniker gehöre ihr Kraft seines Amtes an. Der Vertreter der Technischen Hochschule in der Ersten Kammer sei nicht notwendigerweise ein Techniker. Da die Landstände jedoch die endgültige Entscheidung über die technischen Pläne der Staatsverwaltung haben und die Techniker auch in der Zweiten Kammer sehr schwach vertreten sind, so sei die Berufung hervorragender Techniker in die Erste Kammer sehr zweckmäßig.

Was die technischen Angelegenheiten bei den Staatsbehörden anbelangt, so werden die technischen Fragen in Baden in 3 Ministerien behandelt und zwar vom Finanzministerium das Eisenbahnwesen und der staatliche Hochbau; vom Ministerium des Inneren der Wasser- und Straßenbau, die Elektrizitäts-Versorgung, die Baupolizei und das Baugewerbe; vom Unterrichtsministerium die Angelegenheiten der Technischen Hochschule. Die notwendigen technischen Kräfte jedoch werden in der Hauptsache im Nebenamt verwendet. Dieser Zustand entspreche der Bedeutung der Technik nicht. Die Denkschrift fordert daher, in den Ministerien seien die Techniker den Angehörigen anderer Berufe, insbesondere den Juristen, gleich zu stellen. Die Leitung und Berichterstattung über vorwiegend technische Arbeitsgebiete sei Technikern zuzuteilen, die als Räte mit uneingeschränktem Stimmrecht anzustellen seien. Vorwiegend mit technischen Fragen befaßte Ministerialabteilungen sollten Techniker als Vorstände (Ministerialdirektoren) erhalten. Auch in den technischen Mittelstellen sollen Direktoren, Abteilungsvorstände und Räte Techniker sein; dasselbe bezieht sich auf die Bezirksbehörden, die technische Anlagen zu verwalten und zu betreiben haben. Die Betriebsinspektionen der Staatseisenbahn-Verwaltung könnten sämtlich oder zum Teil mit den Bauinspektionen verschmolzen werden, wie das in Preußen und zum Teil auch in Bayern der Fall sei.

Von besonderer Bedeutung aber sei die Bildung eines Arbeits-Ministeriums zur einheitlichen Oberleitung aller technischen Staatsgeschäfte. Diesem wären Eisenbahn, Wasserbau, Schifffahrt, Straßenbau, Elektrizitäts-Versorgung, Bergbau, staatlicher Hochbau, Baupolizei, Wohnungsfürsorge und Gewerbepolizei zu unterstellen. Alle Oberbeamten dieses Ministeriums mit Ausnahme der Vertreter der reinen Rechtsfragen sollten Techniker sein. Baden würde mit diesem Vorgang Preußen und Bayern folgen. Dieses neue, fünfte Ministerium, könne durch Aufhebung von Mittelstellen und Bildung von Ministerial-Abteilungen neben organisatorischen Vorteilen eine Verminderung des Staatsaufwandes bringen.

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule Fridericiana in Karlsruhe hat dem Ingenieur und Fabrikbesitzer Richard Gradenwitz in Berlin in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete des Baues von Meß- und Prüfungsapparaten, insbesondere auch solcher für Kriegszwecke, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben betr. Entwürfe zu Kriegsgedenkblättern erläßt der „Evangelische Bund“ für alle deutschen Künstler zum 1. August 1918. Es gelangen ein I. Preis von 1500 M., ein II. Preis von 1000 M., ein III. Preis von 500 M., ein IV. Preis von 300 M. und ein V. Preis von 200 M. zur Verteilung. Außerdem finden 5 Ankäufe für je 100 M.

Zum Schluß wird für die staatliche Verwaltung gefordert, daß die Regierungsbaumeister ebenso wie die Assesoren auf Wunsch zum höheren Verwaltungsdienst zuzulassen seien. Die Denkschrift spricht zur Begründung ein gutes Wort aus, wenn sie ausführt, daß die Aufgaben der inneren Verwaltung, die nur zum geringen Teil rein rechtlicher Art, viel häufiger aber wirtschaftlicher oder wirtschaftlich-technischer Natur seien, nicht unbedingt eine juristische Vorbildung erforderten, sondern in der Hauptsache rein menschliche Eigenschaften, einen klaren und freien Blick, Anpassungsvermögen und Menschenkenntnis, sowie die Fähigkeit, sich in wirtschaftliche Fragen verschiedenster Art rasch und gut einzuarbeiten. Diese Eigenschaften könnten bei den Angehörigen anderer Berufsstände ebenso vorhanden sein, wie bei den Juristen, die bisher in Baden allein zum Dienst in der inneren Verwaltung zugelassen sind.

Hinsichtlich der Gemeindebehörden stellt die Denkschrift die Forderung, daß die Stellen der Oberbürgermeister und Bürgermeister grundsätzlich für Bewerber aus allen Berufen auszuschreiben seien. Denn die Tatsache sei bekannt, daß Männer aus verschiedenen Berufen, insbesondere auch Techniker, in Bürgermeisterstellen bewährt seien. Zudem stelle die Entwicklung der großen Städte immer umfangreichere und wichtigere Aufgaben technisch-wirtschaftlicher Art. Nicht mehr zeitgemäß sei es daher, die Bürgermeisterstellen regelmäßig nur für Juristen zur Bewerbung auszuschreiben. In zweiter Linie wünscht die Denkschrift, daß in den Stadtrats-Kollegien der badischen Städte, die der jetzigen Städteordnung unterstehen, außer den juristischen Bürgermeistern ein oder mehrere technische Bürgermeister vorhanden seien, welche die Oberaufsicht über die technischen Betriebe der Städte ausüben. Die Vorstände größerer technischer Ämter, die Stadtbauräte, seien in neu zu errichtende besoldete Ratsstellen zu berufen. In den Kommissionen für wichtige technische Fragen (Stadterweiterung, Bauordnung) müssen die Techniker Stimmenmehrheit und Vorsitz haben. Auch für den Verwaltungsdienst der Städte sind Regierungsbaumeister und Diplom-Ingenieure auf Wunsch zur Ausbildung zuzulassen, um sich die verwaltungsrechtlichen Kenntnisse für die Bekleidung von Bürgermeisterstellen usw. zu erwerben.

Zu verhehlen ist nicht, daß auch in Baden diese Wünsche der Technikerschaft, so sehr sie in den Tatsachen und in der Zeitentwicklung begründet sind, auf hartnäckigen Widerstand seitens des ererbten Besitzes stoßen werden. Haben doch dem Vernehmen nach die Bürgermeister der mittleren badischen Städte bereits Beschlüsse gefaßt, welche den Einfluß der Techniker in der Verwaltung der Städte noch mehr zu begrenzen versuchen, als es bis jetzt schon der Fall ist. Wenn sich auch bald herausstellen wird, daß diese Beschlüsse nicht im Interesse des Gemeinwohles liegen, so wird doch eine Aenderung des Zustandes nur nach langwierigen Kämpfen möglich sein, bei denen alles auf die Persönlichkeit der Techniker ankommen wird. Haben diese freien und weiten Blick, sind sie gewandt in der Behandlung von Menschen, beherrschen sie ihr Arbeitsgebiet, wissen sie ihre Arbeiten und Forderungen vor der Öffentlichkeit mit Sicherheit und überzeugender sachlicher Kraft zu vertreten, so gehört ihnen der Sieg und mit ihrer erhöhten Einflußnahme wird mit der Zeit mehr und mehr technische Intelligenz den öffentlichen Behörden zufließen und sie mit technischem Geist durchdringen. Es ist der Denkschrift zuzustimmen, daß damit die segensreichen Folgen für die Allgemeinheit nicht ausbleiben werden. Folgen wirtschaftlicher und idealer Natur. Denn die Technik weiterhin aus dem Geist des öffentlichen Lebens ausschalten wollen, würde doch heißen, in verhängnisvoller Weise den Geist der neuen Zeit verkennen und unterschätzen. Den Schaden hätte nur das Volkswohl zu tragen.

statt. Im Preisgericht befinden sich u. a. die Hrn. Akademie-Direktor Prof. A. Kampf in Berlin, Prof. Jul. Diez, Direktor der Kunstgewerbeschule in München, Prof. Carl Ederer in Düsseldorf, Prof. Willy Stoewer in Berlin und Dipl.-Ing. Ed. Wehner in Düsseldorf. Aus den Bedingungen erwähnen wir den Satz: „Die künstlerische Gestaltung des Entwurfes, für die im übrigen volle Freiheit gewährt wird, soll im Sinne wahrer deutscher Volkskunst dem Erinnerungsgedanken unserer Kämpfer von Armee oder Marine an den Weltkrieg in würdiger Form Ausdruck verleihen“. Unterlagen gegen 1 M. durch die Geschäftsstelle des „Evangelischen Bundes“, Berlin W. 35, Am Karlsbad 5. —

Inhalt: Schloß Podhorce in Galizien. (Schluß). — Denkschrift des „Bad. Arch.- u. Ing.-Vereins“. — Vermischtes. — Wettbewerbe. Hierzu eine Beilage: Teilsansicht vom Dom zu Erfurt.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 41. BERLIN, DEN 22. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Deutsche Wohnungs-Reform.

In seiner Sitzung vom 11. Mai 1918 hat der Deutsche Reichstag einen Beschluß in der Frage der deutschen Wohnungs-Reform gefaßt, dessen große Bedeutung in der Öffentlichkeit bisher nicht voll gewürdigt wurde. Diese Wichtigkeit hat er sowohl für das noch gänzlich still liegende Bauwesen, wie vor allem für das Wohnungswesen. Der Antrag geht vom „Deutschen Wohnungs-Ausschuß“ aus und hat die Bedeutung einer programmatischen Wandlung des Reichstages in der zurzeit alle Gemüter bewegenden Wohnungsfrage. Mit seiner nach nur kurzer Aussprache erfolgten Genehmigung führt er den Reichstag aus einem passiven Zustand vollständiger Zurückhaltung in der Wohnungsfrage über in eine aktive Reform-Tätigkeit, deren segensreiche Wirkungen sich bald in einem Wiederaufleben der Bautätigkeit geltend machen werden. Bei seiner großen Wichtigkeit geben wir den zum Beschluß erhobenen Antrag nachstehend im Wortlaut wieder:

„1. Die Leitung einer planmäßigen und umfassenden Wohnungserstellung nach dem Krieg sowie die Organisation aller hierfür im Reich vorhandenen öffentlichen und privaten Kräfte hat das Reichswirtschaftsamt als Zentralstelle für Uebergangswirtschaft zu übernehmen. Alle Vorbereitungen und Maßnahmen dafür sind vor ihm in Einverständnis und Gemeinschaft mit den Bundesstaaten zu treffen und schon jetzt in die Wege zu leiten.

2. Da eine Neubau-Tätigkeit allein auf privatwirtschaftlicher Grundlage wegen der Baukostenverteuerung und der anderweitigen starken Inanspruchnahme des Kapitalmarktes während der Uebergangszeit unmöglich erscheint, sind 500 Millionen Mark aus Reichsmitteln zwecks Gewährung von Bauzuschüssen und billigen Darlehen sowie zur Bildung eines Bürgerschaftsfonds bereitzustellen. Gleichzeitig ist zu erwirken, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden sich mindestens in gleichem Umfang wie das Reich an der Aufbringung von Mitteln für die Neubau-Tätigkeit beteiligen. Die Versicherungsträger (Krankenkassen, Landesversicherungsanstalten, Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berufsgenossenschaften) sowie die öffentlichen Sparkassen sollen ihre verfügbaren Bestände möglichst in Darlehen auf Kleinwohnungsbauten zu mäßigem Zinsfuß anlegen.

Bei dem Mangel an Baustoffen aller Art ist die baldige Wiederinbetriebsetzung der Baustoff-Industrie durch rechtzeitige Entlassung von Arbeitskräften aus dem Heere und Bereitstellung ausreichender Kohlenmengen dringend erforderlich. Die bei der Heeresverwaltung frei werdenden Baumaterialien sind zur Weitergabe an Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht, zu billigen Preisen abzugeben.

4. Da trotzdem die Menge der so erstellten Baustoffe in der ersten Zeit nach dem Krieg aller Voraussicht nach dem vorhandenen Bedürfnis nicht genügen wird, so ist

dafür Sorge zu tragen, daß alle Bauten nur in der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit zur Ausführung kommen. Insbesondere sind Luxusbauten bis auf weiteres ganz zurückzustellen.

5. Zur ersten Unterbringung Wohnungsloser sind zweckentsprechende Familien-Wohnbaracken zu errichten und zu mäßigen Preisen zu vermieten. Das Baumaterial für sie ist möglichst noch während des Krieges bereitzustellen. Es empfiehlt sich, solche Baracken-Siedelungen vorwiegend innerhalb der Vorortzonen in der Nähe von Bahnhöfen und zwar so anzulegen, daß zu jeder Wohnung ein Gemüsegarten und nach Bedarf auch Stallung für Kleinvieh gegeben werden.

6. Sofort nach Friedensschluß ist zugleich mit einer planmäßigen und umfassenden Erstellung gesunder, zweckmäßig eingerichteter Dauer-Kleinwohnungen möglichst im Flachbau zu beginnen. In Vorbereitung dieser Aufgabe sind unverzüglich

a) Erhebungen über den Stand und voraussichtlichen Bedarf an Wohnungen zu veranstalten;

b) an allen Orten, wo der Eintritt eines Wohnungsman-gels zu erwarten ist, die Beschaffung und Aufschlie-ßung geeigneten billigen Baulandes zu veranlassen und diese insbesondere auch durch Ueberlassung fiskalischen Grund und Bodens zu erleichtern;

c) Baupläne bereitzustellen für alle wichtigeren Typen des Kleinwohnungsbaues (Miet- und Eigenhäuser, Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäuser, Wohnungen für kinderreiche Familien, Einzelbauten, Reihenhäuser und Siedelungsbauten, Wohnungen mit Garten und Stallung, entsprechend den Wohnsitten in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen. Die Bauordnungen für den Klein- und Flachbau sollen, soweit das noch nicht geschehen ist, von allen unnötig verteuern den Vorschriften (Straßenbreite, Baustoffe, Mauerstärke, Zimmerhöhe, Treppen, Feuersicherheit usw.) befreit werden;

d) in die Liste der mit Kriegs-Ende in erster Linie aus dem Heere zu entlassenden Mannschaften auch die zur Herstellung der Wohnungen nötigen Angestellten und Arbeiter aufzunehmen.

7. Ausführungs- und Vermittlungsorgane für die künftige Wohnungsherstellung sind die Gemeinden und Gemeindeverbände. Sie verwenden die von Reich und Einzelstaaten hergegebenen Kapitalien zum Eigenbau oder begeben sie unter ihrer Bürgschaft an gemeinnützige Baugesellschaften, nötigenfalls auch an private Bauunternehmer. Dabei ist die gemeinnützige Verwendung durch Ortsstatut oder durch grundbuchliche Eintragung dauernd zu sichern. Die Rückzahlung der Darlehen ist durch eine sachgemäß ausgestattete Tilgungshypothek (s. Beschluß des Reichstages vom 24. Mai 1916) anzustreben. In größeren Gemeinden oder Gemeindeverbänden sind Wohnungsämter zu errichten.“

Die drohende Mietsteigerung.



Auf die Anregungen und Fragen des Hrn. Verfassers in No. 33 der „D. B.“ erlaube ich mir, Folgendes zu antworten: Die Ableitungen über die Mietsteigerungen bei alten und neuen Gebäuden scheinen trotz der äußerlich abweichenden Ergebnisse innerlich garnicht so widerspruchsvoll zu sein. Vor dem Vergleich sei aber auf den folgenden Punkt, der mir anfechtbar erscheint, hingewiesen. Der Verfasser meint, daß 70% des Gesamtgrundstückswertes (W) auf den Bau (B) und 30% auf das Gelände (G) entfallen und gründet auf diese Annahme seine weiteren Ausführungen. Nun hat im Frieden ein 22 m hoher Neubau, wenn wir Berliner Verhältnisse zugrunde legen, ungefähr 500 M. für das qm bebauter Fläche gekostet, d. h. ungefähr $\frac{500}{22} = 22,50$ M. für das cbm, wobei also schon ein recht ansehnlicher Mittelpreis angesetzt ist.

Ferner werde die bebaubare Fläche mit $66\frac{2}{3}\% = \frac{2}{3}$ angenommen, was bei normalen Grundstücken einen ungefähren Mittelwert darstellen dürfte; dann entfällt auf je 1,5 qm Bauland 1 qm bebaubare Fläche. Beträgt nun, auf die Einheit bezogen, $B = 0,7 W = 500$, so folgt $W = 710$, und da $W = B + G$ ist, $G = 710 - 500 = 210$ M. Diese Summe muß also für 1,5 qm Bauland aufgebracht werden, d. h. der Geländepreis beträgt $\frac{210}{1,5} = 140$ M. für das qm (1960 M. für die □ R.), ein Wert, der recht beträchtlich unter den mittleren Geländepreisen der Millionenstadt liegt. In Berlin ist Bauland unter 200 M. für das qm nur noch in schmalen Straßen weniger Stadtgebiete zu erhalten.

Für ein vierstöckiges Grundstück würde der Bau B ungefähr 400 M. für das qm, der Grundstückswert $W = \frac{400}{0,7} = 570$, G also $570 - 400 = 170$ M. betragen und 1 qm Gelände $\frac{170}{1,5} = 113$ M. kosten (1 □ R. = 1600 M.).

Setzen wir anderseits statt 70% und 30% je 50%, sollen also Gelände- und Baupreis gleich sein, so kostet, wenn $B = 500 = G$ ist, unter den gleichen Voraussetzungen wie oben 1 qm Bauland $\frac{500}{1,5} = 333$ M. (1 □ R. = 4750), was

Berliner Grundstücksverhältnissen — auch in den Vorort-gegenden mit Hochbauberechtigung — schon näher kommt.

In der Berechnung des Hrn. Verfassers ist in diesem Fall zu setzen $\frac{5}{10} \cdot \frac{1}{3} = \frac{1}{6}$ anstelle $\frac{7}{10} \cdot \frac{1}{3}$ und es wird E_{II}

$= 1 \left(1 + \frac{1}{6}\right) \cdot 1,222 E = 1,42 E$, d. h. die Mieten in einem Neubau müßten um 42%, diejenigen in einem bestehenden Gebäude um 22% erhöht werden. Der Steigerungsunterschied würde also $\frac{20}{1,22} = 16,4\%$ ausmachen. Eine Woh-

nung in einem älteren, vor dem Krieg gebauten Haus, müßte z. B. von 500 M. auf 610 M. gesteigert werden, dieselbe Wohnung, in einem Neubau hergestellt, müßte 710 M. Miete zur Deckung der Unkosten und zur Erzielung gleicher Ueberschüsse bringen.

Tote.

Kgl. Baurat Hermann Ritter †. Am 4. Mai 1918 entschlief in Bern nach kurzem schwerem Leiden der kgl. Baurat Hermann Ritter aus Frankfurt a. M. im 68. Lebensjahr. Der Verstorbene, dem das Stadtbild von Frankfurt a. M. eine Reihe charakteristischer Züge verdankt, war aus der Schweiz gebürtig und ein Vertreter der südwestdeutschen Architektur-Richtung, die das Geschichtliche zur Grundlage ihres Schaffens machte. Bald nach dem deutschfranzösischen Krieg der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts trat er in die Bauunternehmung von Phil. Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M. ein, errang sich die leitende Stellung der zur Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelten Unternehmung, deren Geschäfte in der Folge in Europa und durch außereuropäische Beziehungen einen so großen Umfang annahmen, daß in der weiteren Entwicklung die Erweiterung in eine Aktien-Gesellschaft erfolgte, deren Aufsichtsrats-Mitglied Ritter wurde. Als Architekt schuf Ritter vor allem eine Reihe beachtenswerter Monumentalbauten, hauptsächlich in Frankfurt a. M. und vorwiegend für Geldinstitute. So entstanden nach seinen Entwürfen die Geschäftshäuser der Frankfurter Bank, der Diskontogesellschaft und der Gesellschaft Providentia. Auch an

Diese Unterschiede erscheinen mir garnicht so unheimlich. Wie mit den übrigen Dingen des täglichen Lebens, wird es sich mit den Wohnungen verhalten. Wer ein gemütliches Heim hat, ist der „beatus possidens“, wer später kommt, muß mehr zahlen. Erleben wir es doch jetzt in der Kriegszeit vielfach, daß in ein und demselben Haus das früher minderbewertete höhere Stockwerk beim Neubezug infolge des Wohnungsmangels mehr Miete einbringt, als das tiefer gelegene, weil hier noch längere Mietverträge vorliegen, oder weil das Einigungsamt eine schroffe Mieterhöhung ablehnt. Aber auch in der verflossenen Friedenszeit hat es doch schon recht beträchtliche Mietunterschiede gleicher oder ähnlicher Wohnungen in alten und neuen Häusern gegeben. „Konjunktur“, Gegend, Geschmack und allerlei Kleinigkeiten sprachen dabei mit.

Wenn im Lauf der Jahre ein gewisser Ausgleich stattfindet, dann wird dieser freilich nach der höheren Miete hinstreben. Denn darüber gehen die Ansichten wohl kaum auseinander, daß die jetzigen Mieterhöhungen — bisher in Höhe von 10% — nur den Anfang der Entwicklung darstellen und keineswegs die Kostensteigerungen der Besitzer-Erhöhung der Hypothekenzinsen, der Hausverbesserungen, der Arbeitslöhne, der Kosten für Kohle, Gas, Elektrizität usw. — decken, und daß die Steigerung auch kaum bei 22% nach den Ergebnissen des Hrn. Verfassers halt machen wird. Daß freilich die Mieterhöhungen nicht ins Unermeßliche wachsen werden, dafür werden hoffentlich die durch gemeinnützige Gesellschaften hergestellten Wohnungen sorgen.

Bei dieser Gelegenheit sei noch auf die Entwicklung der Geländepreise hingewiesen. Der Hr. Verfasser hat letztere für die Zeit vor und nach dem Krieg gleich gesetzt. In der Tat entbehrt diese Annahme der Berechtigung nicht: denn bisher haben die Geländepreise in der Großstadt weder die bis zum Jahr 1912 beobachtete stürmische Aufwärtsbewegung fortgesetzt, noch überhaupt eine Steigerung erfahren. Das drückt sich auch in einem letzthin gefällten Gutachten der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin aus, wo es heißt: „Die Werte unbebauter städtischer Grundstücke haben sich gegenüber den letzten Friedensjahren trotz der Entwertung des Geldes nicht erhöht. Das hängt damit zusammen, daß weder die Zeit noch die Kosten der Nutzbarmachung solcher Grundstücke irgendwie zuverlässig beurteilt werden kann“. Mag auch diese Stagnierung, die ja in Wirklichkeit durch das Sinken des Geldwertes eine Wertminderung bedeutet, in erster Linie auf den Mangel des Ausdehnungsbedürfnisses von Industrie und Gewerbe während des Krieges sowie auf den Stillstand des Baumarcktes zurückzuführen sein, so ist es doch möglich, daß die Erkenntnis des Wertes der Naturfrüchte zu unserer Ernährung und die durch die vielen Bemühungen zur Förderung der Menschenökonomie in uns erzeugte Freude an der freien Umgebung bewirkt haben, daß Wohnungen nicht allein nach der Größe und dem „Luxus“ der Räume bewertet werden, sondern daß auch die Art ihrer näheren und weiteren Umgebung von Einfluß auf die Beurteilung ist, zumal wenn die Lösung der damit zusammenhängenden Verkehrsfragen nach weitschauenden Gesichtspunkten erfolgt. Das würde naturgemäß auf die Entwicklung der Geländewerte im Inneren und an der Peripherie der Stadt von nicht geringer Bedeutung sein.

Dr.-Ing. W. Lesser.

der Errichtung des Schlosses Friedrichshof im Taunus für die Kaiserin Friedrich hatte er neben Jhne Anteil. Die Beziehungen, in welchen die Firma Holzmann zu den Bahnbauten in Kleinasien stand, brachten dem von Ritter geleiteten Baubüro die Hochbauten der Bagdad-Bahn. In allen diesen Werken zeigte sich der Verstorbene als ein feinfühligster Künstler, der geschichtliche Formen mit geläutertem Geschmack verwendete und die Anlage seiner Bauten mit dem praktischen Geschäftssinn durchtränkte, der gleichwertig neben seinem Kunstsinn in ihm wohnte.

Vermischtes.

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Die Technische Hochschule Fridericiana in Karlsruhe hat dem Ingenieur und Fabrikbesitzer Kommerzienrat Ernst Heckel in Saarbrücken in Anerkennung seiner Verdienste um die Entwicklung der Förderanlagen für Massengüter, insbesondere der Seil- und Kettenförderungen, die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen.

Technische Leiter der Baupolizei. Zu den Ausführungen in No. 32 erhielten wir die folgenden Zuschriften:

1. „Es entspricht durchaus den Aufgaben der Gemeinden

und die Erfahrungen haben die Notwendigkeit erwiesen, daß dem technischen Leiter eines neuzeitlichen Baupolizei-Amtes ein besonderer Einfluß auf die Bebauungspläne usw. eingeräumt werden muß. Bilden doch Bebauungsplan und Bauordnung ein Ganzes, das begründet sein muß durch die besondere Entwicklung der Stadt.

Die gut beratenen Stadtverwaltungen haben sich diesem Erfordernis auch angepaßt und das Tätigkeitsfeld der Baupolizei entsprechend geordnet. Die Erweiterung des

nicht mehr nur ein polizeiliches Kontroll- und Aufsichtsamt, sondern ein Amt einer nutzbringenden Tätigkeit, die alles umfaßt, was mit der Gesundheit der Bauweise, des Wohnungswesens und der Schönheit des Ortsbildes zusammenhängt. Man darf in der heutigen Zeit nicht mehr der Klasse derjenigen Menschen angehören, bei denen die Bezeichnung „Polizei“ einen inneren Widerstand und Ablehnung auslöst. Eine vorübergehende Krankheit, die auch bei unseren Fachgenossen in Bauangelegenheiten aller



Inneres der Kirche in Alt-Podelzig (zwischen Cüstrin und Frankfurt a. O.).

Aus: Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg. Band VI, Teil 1: Kreis Lebus. Berlin, 1909. Vossische Buchhandlung.

Einflusses des technischen Baubeamten der Baupolizei, der zugleich auch der Bauberatung vorsteht oder da, wo es noch nicht der Fall ist, vorstehen sollte, hat sich in vielen Städten so bewährt, daß namentlich in den Kreisen der bauenden Architekten und Unternehmer volle Befriedigung herrscht. Denn es hat sich herausgestellt, daß die Härten, die früher vielleicht vorhanden waren, geschwunden sind und sich auch die Beschwerden und Berufungen gemindert haben. Ein wirklich zeitgemäßes Baupolizeiamt ist eben

Arten manchmal zu finden ist, die aber leicht heilbar ist, wenn die „Kranken“ Kenntnis von der außerordentlich wichtigen, technischen, wirtschaftlichen und fürsorgenden Seite der baupolizeilichen Tätigkeit erlangen, die der großen Öffentlichkeit meistens entzogen ist. Der technische Leiter oder der erste Baubeamte eines Baupolizeiamtes mit Bauberatungsstelle, der die so außerordentlich zahlreichen Baupolizeifragen zu bearbeiten hat und sich mit seinen technischen, künstlerischen und wirtschaftlichen

Erfahrungen gründlich im Amt betätigt, ist sowohl für die Allgemeinheit wie für das ganze Fach von hervorragender Bedeutung, und die segensreichen Folgen dieser Tätigkeit kann der „Sehende“ in den einzelnen Städten leicht erkennen.

Es ist auch ganz selbstverständlich, daß bei der wiedererwachenden Bautätigkeit baupolizeilicherseits nach wie vor immer nur in wohlwollendem freien Sinne die bestehenden Vorschriften mit Erfolg gehandhabt werden können. Das wird aber immer nur da der Fall sein können, wo durch den Einfluß des technischen Oberbeamten die Baupolizei nicht beschränkt, sondern erweitert wird. Freilich wird es überall von der persönlichen Tüchtigkeit des betr. Baubeamten abhängen, die die nötige Gewähr einer gewissen sicheren sachlichen Handhabung der bestehenden Vorschriften bieten muß. Denn der Weg ist nicht gerade, er führt an Klippen vorbei und bedarf eines guten Lotsen, der das Fahrwasser sicher kennt und der in vorkommenden Kriegszeiten die etwa gelegten Unterwassermine gefahrlos beiseite kann. —

2. „Es ist kaum anzunehmen, daß die Ausführungen des Hrn. Arch. B.D.A. Schreiber-Cöln auf einem Mißverständnis beruhen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die zu den in Frage stehenden Aemtern berufenen Beamten sich auf die ihnen durch Gesetz und Verordnungen zugewiesenen Aufgaben beschränkten. Vielfach fassen diese Baubeamten ihre Aufgaben aber dahin auf, daß sie sich an Arbeiten versuchen, die den Privatarchitekten bisher ohne weiteres zufielen und suchen hierin ihrem Tätigkeitsdrang Äußerung zu geben, ihren Wirkungskreis zu vergrößern, anstatt denselben einzuschränken.

Sich derartige Aufgaben aneignen, sind sie in ihrer Stellung, wenn Baupolizei, Aufstellung der Bebauungspläne, Bauberatung in einer Hand liegen, nur zu leicht geneigt. Nur Anregung zu geben, genügt ihnen nicht.

Ihre Stelle an der Spitze der Baupolizei gibt ihnen leider die Macht, die Bauherren gewaltsam ihrem „schöpfereischen“ Wirken fügsam zu machen. Von dieser Macht wird auch Gebrauch gemacht, wie die großen Bautätigkeiten, die viele dieser Herren auf Kosten der steuerzahlenden Bürger um sich versammeln.

Düchting & Jänisch, Architekten B.D.A. in Dortmund.

Nachschrift der Redaktion. Unter der Voraussetzung, daß die in dieser Einsendung geschilderten Verhältnisse zutreffen, wäre mit aller Entschiedenheit dagegen Stellung zu nehmen. Denn die amtliche Tätigkeit und die Bauberatung dürfen nicht in einen für die Privatarchitekten schädlichen Wettbewerb ausarten, umso mehr nicht, als das technische und künstlerische Vermögen der Privatarchitekten dem baulichen Können der Mitglieder der amtlichen Stellen nicht nur gleich zu erachten ist, sondern diese Stellen es auch durchaus in der Hand haben, den für eine bestimmte Aufgabe befähigtesten Bearbeiter durch engeren Wettbewerb Eingeladener zu ermitteln. Suum cuique bleibe auch in dieser Beziehung der oberste Grundsatz sozialer Praxis. —

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben für den Neubau der St. Martins-Kirche in München-Moosach erläßt die Katholische Gesamt-Kirchenverwaltung Münchens unter in München wohnenden katholischen Bewerbern mit Frist zum 31. Aug. 1918. Es handelt sich um eine Baugruppe aus Kirche mit Sakristei, Pfarrhaus und Wohnhaus für Kirchenangestellte. Es gelangen 4 Preise von 2500, 2000, 1500 und 1000 M. zur Verteilung; außerdem stehen 2000 M. zum Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe zur Verfügung. Im Preisgericht u. A. die Hrn. Prof. Jak. Angermair, städt. Bauamtmann Aug. Bloßner, Diözesan-Bmstr. F. J. Schmitt, Prof. Rich. Berndt und Brt. Rich. Rattinger, sämtlich in München. Unterlagen gegen 2 M. durch das Baubüro Nymphenburger-Straße 38 in München. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für die Bebauung eines Geländes an der Moritz-Straße in Erfurt, beschränkt auf deutsche Architekten, die im Regierungsbezirk Erfurt oder in den thüringischen Staaten ansässig sind oder bei Ausbruch des Krieges dort ansässig waren, handelt es sich um die Bebauung eines Geländes von 114^m Front an der Moritz-Gasse und von wechselnder Tiefe, die zwischen 12,35 und 43,8^m schwankt. Der Baublock wird seitlich begrenzt von der Marbacher- und der Weber-Gasse. Die Bebauung soll mit Kleinwohnungshäusern erfolgen, wobei eine möglichstste Ausnutzung des Geländes bei Gewährleistung von hygienisch und städtebaulich einwandfreien Lösungen erreicht werden muß. Mit Rücksicht auf die hohen Baupreise nach dem Krieg wird auf eine günstige wirtschaftliche Gestaltung der Wohnungen und Häuser besonderer Wert gelegt. Hinterhäuser sollen vermieden werden, doch ist eine innere Bebauung zulässig, wenn die im Inneren vor-

gesehenen Häuser durch Wohnstraßen eine gute Verbindung mit den Baublock umgebenden Straßen erhalten. Es sind Reihenhäuser, viergeschossige Bauweise, sowie je zur Hälfte zwei- und dreizimmerige Wohnungen anzunehmen. Putzbau, Bauformen frei, Anpassung an das Stadtbild. Baukosten: 20 M. für das cbm umbauten Raumes. Zeichnungen 1:200; Ankäufe nicht preisgekrönter Entwürfe für je 300 M. Ueber die Ausführung ist im Programm nichts bemerkt. Ein Einsender hält die nachträgliche Beigabe von Ansichten der Umgebung des Baublockes für erwünscht. Der Preisrichter Klopfer wohnt in Weimar, nicht, wie S. 144 berichtet wurde, in Erfurt. —

In einem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein Landhaus in Burgdamm bei Bremen, beschränkt auf die Mitglieder des „Architekten- und Ingenieur-Vereins zu Bremen“, die Ortsgruppe Bremen des „Bundes Deutscher Architekten“ und des Zweigvereines Bremen der „Deutschen Freien Architektenschaft“ liefen 12 Arbeiten ein. Den I. Preis gewann Arch. Hans Haering (B.D.A.), den II. Preis Arch. Gustav Böttcher (D.F.A.), je ein III. Preis fiel an die Architekten Herm. Deetjen (B.D.A.) und Wilh. Grieme (B.D.A.), sämtlich in Bremen. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für Kleinwohnungen in Stuttgart sind zusammen 99 Arbeiten eingelaufen und zwar 64 Entwürfe für das Gelände Rotenberg-Ostend-Straße und 35 Entwürfe für das Gelände Schwarzenberg-Sick-Straße. Unter den Entwürfen für das erstere Gelände wurde ein I. Preis nicht verteilt. Der II. Preis fiel einem Entwurf der Architekten Willi Benz und Oskar Widmann, der III. Preis dem Entwurf der Architekten Hermann Moser und Friedrich Endress zu; 4 Entwürfe dieser Gruppe wurden zum Ankauf empfohlen. Unter den Entwürfen für das zweite Gelände fielen der I. Preis dem des Architekten Gebhardt, der II. Preis dem der Architekten Oskar Widmann und Willi Benz, der III. Preis dem der Architekten Ludwig Bühner und Ernst Röper zu; 3 Entwürfe dieser Gruppe wurden zum Ankauf empfohlen. —

Im Wettbewerb um Entwürfe für einen Bebauungsplan von Zürich und Vororten fielen bei 31 Bearbeitungen die Auszeichnungen, wie bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen kaum anders sein konnte, sämtlich in die Schweiz. In anerkennenswerter Weise widmete die Stadt Zürich außer der in Aussicht gestellten Summe weitere 18000 Franken zu Preisen und Ankäufen. Der I. Preis wurde nicht verteilt; dafür wurden zwei II. Preise von je 18000 Franken an die Entwürfe von Arch. Herm. Herter in Zürich und Stadtbauss. K. Hippenmeier mit Ing. Alb. Bodmer in Zürich zuerkannt. Einen III. Preis von 14000 Franken gewann die Arbeit von Rittmeyer & Furrer in Winterthur mit Karl Zöllig in Flawil. Zwei IV. Preise von je 11000 Franken wurden zuerkannt den Entwürfen von Albert Frölich mit Dr.-Ing. Bertschinger in Zürich, sowie Geometer W. Zollikofer in Thalwil mit den Architekten Kündig & Oetiker in Zürich. Einen V. Preis von 9000 Franken erhielt der Entwurf der Ing. P. und E. Brühlmann in Zürich. —

Wettbewerb Wasserturm Stuttgart. Wir haben bereits auf S. 96, am 13. März, über ein Preisausschreiben zur Erlangung von Entwürfen für einen Wasserturm bei Stuttgart berichtet, ohne daß es uns bis heute gelungen wäre, die Bedingungen zu erhalten, um sie zu besprechen. Nun erfahren wir, daß die Preise dieses vom Bauamt des städtischen Wasserwerkes ausgehenden Wettbewerbes so gering sind, daß einer der Preisrichter, Hr. Prof. Bonatz in Stuttgart, der sich vergeblich um ihre Erhöhung bemühte, aus dem Preisgericht ausgeschieden ist. Zu dem gleichen Schritt sah sich Hr. Prof. E. Högg in Dresden veranlaßt, der als Nachfolger von Prof. Bonatz berufen war. Es ist uns bekannt, daß auch andere Mitglieder des Preisgerichtes die geringen Preise nicht billigen. Da sich die Verwaltung des Wasserwerkes augenscheinlich nicht zu einer Erhöhung der Preise entschließen kann, denn sonst wäre sie längst bekannt gemacht, bleibt uns nichts Anderes übrig, als von einer Teilnahme an dem am 15. Aug. d. J. fälligen Wettbewerb abzuraten. —

Chronik.

Stadtbaurat von Fürth. Zu unserer Nachricht über die Ernennung des Hrn. Stadtr. L. Wagner-Speyer zum Stadtbaurat von Fürth teilt uns derselbe mit, daß er nicht zum Stadtbaurat für Hochbau, sondern zum Leiter des gesamten technischen Dienstes mit Ausnahme der städtischen Werke gewählt wurde. —

Inhalt: Deutsche Wohnungs-Reform. — Die drohende Mietsteigerung. — Tote. — Vermischtes. — Wettbewerbe. — Chronik. — Abbildung: Kirche in Alt-Podelzig. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 42. BERLIN, DEN 25. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Gestaltung des Garde-du-Corps-Platzes in Cassel.

Hierzu die Abbildungen S. 179.



Die Entwürfe des zweiten Wettbewerbes über die Gestaltung des Garde-du-Corps-Platzes in Cassel geben mir Veranlassung zu nachstehenden Ausführungen: Also so sieht der deutsche Städtebau aus! Man sollte es nicht für möglich halten, daß in einer Zeit, in der das Hergebrachte an Gefühlen und Ueberzeugungen aufgerüttelt und umgewandelt wird, eine stättliche Zahl von Baukünstlern eine Aufgabe zu lösen versucht, die der Lösung garnicht wert ist. Zögern denn diese Architekten nicht, an solche totgeborenen Aufgaben heran zu treten? Halten es die Preisrichter nicht unter ihrer Würde, hier ihren Spruch zu tun? Hat man denn immer noch nicht gelernt, in einer Welt, in der die technischen Wunder ihre Triumphe feiern, auch Geist und Größe zu haben? Freilich, wo keine Größe vorhanden ist, kann sich auch keine betätigen. Armes Deutschland! In einer Zeit in der die edelsten Bauwerke dem Kriegswillen weichen müssen, hat man nicht den Mut, ein paar Straßenzüge mit gleichgültigen Bauwerken zu ändern und einer sich aufdrängenden großen und natürlichen Lösung das Wort zu reden. Die veröffentlichten Arbeiten tragen sämtlich den Stempel des Unfreien und Gequälten. Es ist alles mißlungen. Wo bleibt, fragt man sich beim Anblick der leeren Fensterhöhlen und der nackten Fassaden, die Architektur, die edelste Blüte des menschlichen Geistes? Was für ein Geist macht sich hier breit!

Will und kann man aus der baulichen Vergangenheit Cassels, um beim Nächstliegenden zu bleiben, nichts lernen?

Anstatt der Reinheit der Form im Grundriß und Aufriß, waltet immer noch das wahnwitzige Prinzip des Malerischen in der Architektur, als ob Architektur überhaupt etwas mit dem malerischen Wesen zu tun hätte! Diejenigen, die dennoch daran glauben, sollten anstatt Architekten Maler werden. Noch schlimmer sind die daran, die meinen, durch mehr oder weniger gedankenlose Verwendung von Säulen ihr architektonisches Gewissen beruhigen zu müssen. Und wenn man sich bei Lösung von städtebaulichen Aufgaben nicht mehr zu helfen weiß, dann macht man eine Straßen-Ueberbauung, ausgerechnet an den Stellen, wo der Verkehr freie Uebersicht verlangt. Wie wenig der heutigen Generation die Architektur ein inneres Erleben ist, erhellt am besten aus der Leichtigkeit, mit der man sich von der sogenannten Kraft- und Schmalz-Architektur auf die klassizistische Baukunst geworfen hat. Man wechselt seine Ueberzeugungen wie ein Hemd.

Nun zu meinem Vorschlag zur Lösung des Garde-du-Corps-Platzes. Dieser geht dahin, die jetzt zweimal geknickte Fahrrihtung der Tramlinie zu strecken und dieser entsprechend auch die Straße zu führen. Diese Aenderung gibt Gelegenheit, ein einfaches Platzgebilde zu schaffen, das nichts von spitzen Winkeln und Straßen-Ueberbauungen weiß und dennoch ein in sich geschlossenes Platzbild mit neuen Wänden ergibt. Der Garde-du-Corps-Platz hat nun eine regelrechte Form und ver-

Zum hundertsten Geburtstag des „Bürgers der Renaissance“ Jakob Burckhardt.

Von Dr.-Ing. Albert Hofmann.

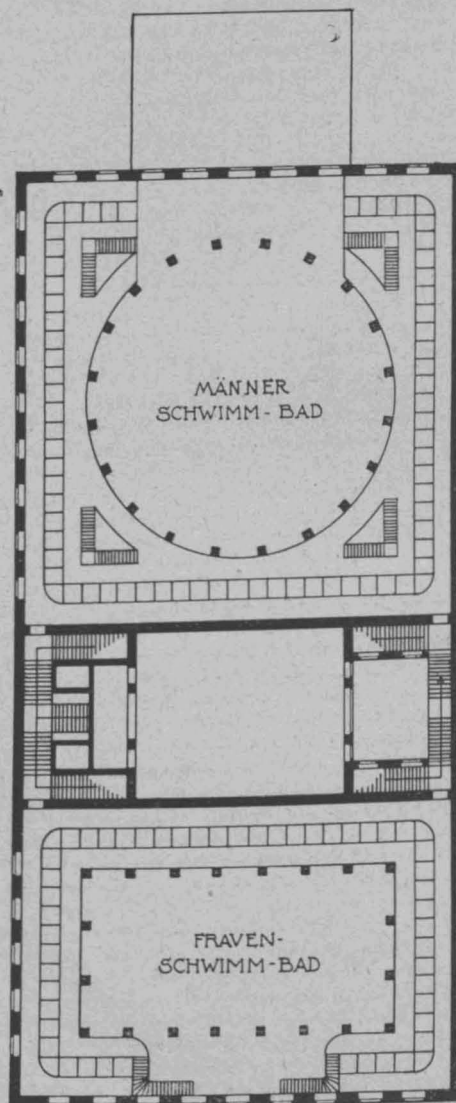
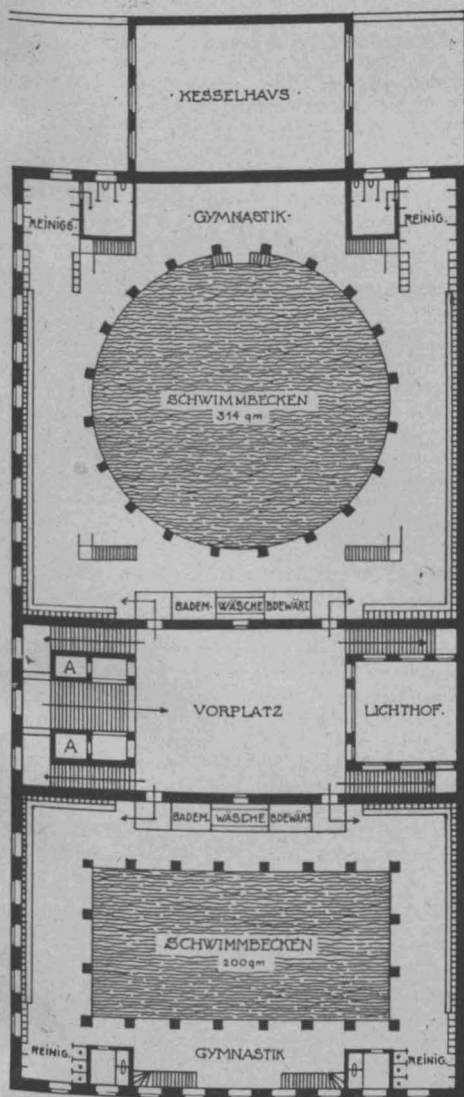
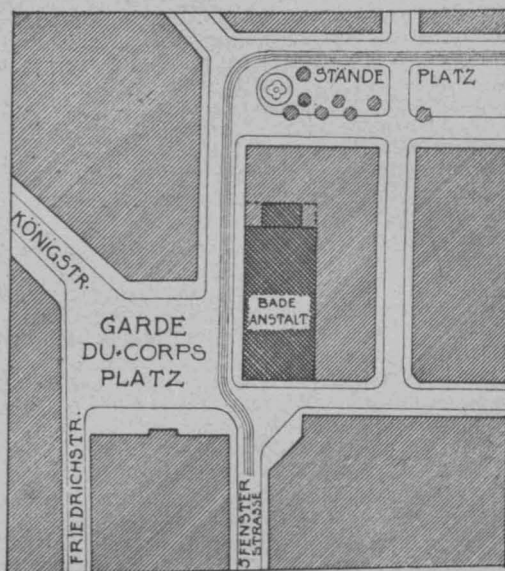
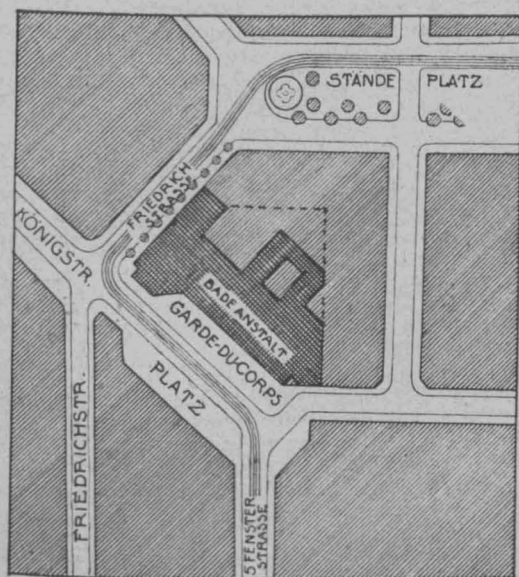
Unter ein Bildnis, das am 8. Februar 1843 von der Hand Franz Kugler's in Berlin von Jakob Burckhardt entstanden war, schrieb der Dargestellte: „Jac. Burckhardt stud. philos. geboren in Basel am 8. Urbanstag 1818.“ Der 25. Mai ist der Tag des heiligen Urban; es sind demnach am heutigen Tag 100 Jahre verflossen, seit der „Bürger der Renaissance“, als den ihn Geymüller später bezeichnete, in Basel als Sohn des Oberstheffers und nachmaligen Antistes, ersten Geistlichen und Kirchenvorstehers, geboren wurde. Im Jahre 1837 bezog er die Universität Basel, um dem Wunsch des Vaters, des angesehenen Theologen, zu entsprechen und gleichfalls Theologie zu studieren. Jedoch schon in dieser Zeit lenkte sich seine Neigung den beiden Gebieten zu, die ihm die Unsterblichkeit bringen sollten, der Geschichte und der Kunst. Denn die Resignation, die in der Grabrede lag, die der Nachfolger Burckhardts auf dem Lehrstuhl der Geschichte an der Universität Basel, Professor Baumgartner, beim Tode Burckhardt's 1897 auf dem Wolfgottesacker namens der Universität hielt, bewahrheitet sich nicht. Er sprach von dem hohen

Ruhm Burckhardt's und seiner Werke, die er als „Wunder der Welt“ pries, aber vergänglich seien. In hundert Jahren seien sie nur noch den Fachgelehrten bewußt und auch diesen nur noch ein Titel. Auch Geymüller wohnte der Feierlichkeit bei und wollte dem älteren Freunde und „Mithürger der Renaissance“ etwas in das Grab rufen, was Basel und die Welt hätten hören müssen. Jedoch die der resignierten Rede Baumgartner's gefolgte Spannung und Stille lähmte ihm die Zunge. Er hat nie aufgehört zu beklagen, daß er damals „an den Toren der Ewigkeit“ etwas versäumt habe. Nur zwei Jahre blieb der junge Burckhardt zunächst in Basel, um 1839 nach Berlin zu gehen, wo er bis 1843 studierte, mit Ausnahme des Sommersemesters 1841, das er in Bonn, wohin ihn die Kultursphäre des Rheines zog, verlebte. In Berlin arbeitete er im historischen Seminar von Leopold Ranke und schloß sich Jakob Grimm, Böckh, Ritter, vor allem aber Franz Kugler an, der ihm nicht nur Lehrer blieb, sondern dem jungen Studierenden bald ein herzlicher ergebener Freund wurde, mit dem ihn langjährige spätere Beziehungen unauflöslich verbanden. Franz Kugler, 1808 geboren, also 10 Jahre älter als Jakob Burckhardt, stand zu jener Zeit auf der Höhe seines Ruhmes als Professor der Kunstgeschichte an der Akademie der Künste und als Referent für die Angelegenheiten der Kunst im Kultus-Ministerium. Die Mansarden-Wohnung, die Franz

wirtschaftlicher Fragen, besonders auf dem Gebiet des Eisenbahnwesens“.

Neben seiner Hochschultätigkeit hat Launhardt in ausgedehntem Maße als Fachschriftsteller gewirkt. Seine Ar-

hat; „Theorie der Tarifbildung der Eisenbahnen“ 1891, die auch ins Italienische übersetzt worden ist; „Die Bauwürdigkeit der Nebenbahnen“ 1897, das sind einige seiner Hauptarbeiten aus dem technischen oder technisch-wirtschaft-



Gestaltung des Garde-du-Corps-Platzes in Cassel. Architekt: Peter Birkenholz in Zürich.

beiten liegen vorwiegend auf dem Gebiet des Trassierens, des Tarifwesens und der Volkswirtschaftslehre im Allgemeinen. „Das Massen-Nivellement“ 1877; „Die Steigungsverhältnisse der Straße“ 1880; „Theorie des Trassierens“ 1888, eine Arbeit die besondere Anerkennung gefunden

lichen Gebiet. Rein wirtschaftliche Fragen behandelt seine „Mathematische Begründung der Volkswirtschaftslehre“ 1885, die in weiteren Kreisen Beachtung fand. „Das Wesen des Geldes“ 1885, „Erläuterungen zur Währungsfrage“ 1891 usw. —

Stadtbaurat Bernhard Lehmann in Elberfeld †. Am 2. Febr. 1918 verschied der Beigeordnete Stadtbaurat Bernhard Lehmann in Elberfeld in der Blüte seiner Jahre. Mit ihm wurde aus schaffensfrohem Leben ein Fachgenosse dahin gerafft, der nach seinem Willen und Können berufen war, als Architekt Bleibendes zu leisten.

Am 17. Febr. 1874 in Frankfurt a. Oder als Sohn eines Justizbeamten geboren, verbrachte er seine Kindheit in Berlin, wo er die Abiturientenprüfung auf dem Gymnasium zum grauen Kloster ablegte. Von 1894 bis 1899 studierte er Hochbau an der Technischen Hochschule in Charlottenburg und trat nach seiner ersten Hauptprüfung als Regierungsbauführer beim Hochbauamt der Stadt Berlin ein. Seine praktische Ausbildung erwarb er sich als Bauführer einiger Teilbauten der großen Krankenhaus- und Heilstättenanlage in Beelitz. Nachdem er bei der kgl. Baupräsidenten VI in Berlin und der kgl. Regierung in Potsdam die beiden letzten Ausbildungsabschnitte erledigt hatte, bestand er im Sommer 1903 die zweite Hauptprüfung und wurde zum Regierungsbaumeister ernannt. Um seine Fähigkeiten an eigenen Arbeiten erproben zu können, ging er als Architekt zur Intendantur des XI. Armeekorps in Kassel, wo er umfangreiche Kasernenbauten entwerfen durfte. Nach Ablauf seines Urlaubs trat er Ende 1903 wieder zur allgemeinen preussischen Bauverwaltung zurück und wurde dem Baurat von Salzwedel zur Unterstützung bei der Ausführung des Regierungsgebäudes in Potsdam beigegeben. Nach Salzwedels Versetzung leitete er die Restarbeiten des Baues selbständig. Von Mai 1907 bis Ende 1909 errichtete er als Landbauinspektor den Justizneubau der Stadt Hannover im Bauwert von rd. 2,5 Mill. Mark. Nun hatte er die so lange herbeigesehnte Gelegenheit, selbständig zu wirken und sein künstlerisches Können an einem bedeutenden Bau zu entfalten. Den im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Berlin ausgearbeiteten Vorentwurf durfte er gemeinsam mit einem kleinen Kreis gleichgesinnter Mitarbeiter bis zur endgültigen Baureife ausarbeiten und unter eigener Verantwortung ein bedeutendes Werk an hervorragender Stelle schaffen. Die interessante große Treppenhalle und die vielen schönen Tischler- und Schmiedearbeiten zeigen, mit welcher Liebe Lehmann sich der Durchbildung im Einzelnen widmete.

Anfangs 1910 trat der Verstorbene als Stadtbauinspektor für Hochbau in den Dienst der Stadt Elberfeld, wo ihm

besonders auf dem Gebiete, wo Burckhardt Pfadfinder und Entdecker war, bei der Hochrenaissance.

Fast gleichzeitig mit dem Erscheinen des Cicerone trat das große Ereignis im Leben Burckhardt's ein, das ihm endlich eine feste Stellung brachte: seine Berufung an das Polytechnikum in Zürich. Als dieses begründet wurde, bewarb sich, wie die „Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Eidg. Polytechnikums“ ausführt, eine wahre Elite von Kunst- und Altertumsforschern um den Lehrstuhl für Kunstgeschichte und Archäologie. Hermann Hettner, Heinrich Brunn, von Ritschel als „ein kapitalesses Stück Menschenkind in jeder Beziehung“ empfohlen, Karl Bernhard Stark, Julius Braun und Jakob Burckhardt traten in engeren Wettbewerb. Den Sieg errang der letztere, für den Franz Kugler in einem Gutachten auf das Wärmste eintrat. Kugler schrieb, Archäologe von Profession im engeren Sinne des Wortes sei Burckhardt nicht, an Kenntnis und Verständnis der Werke der alten Kunst fehle es ihm aber nicht, „ebenso wenig an der Grundlage desjenigen allgemeinen archäologischen Wissens, wodurch jenes Verständnis ein tieferes Leben gewinnt. Mit echt künstlerischem und historischem Gefühl begabt, hat er sich einen Blick auch für die Antike und ihr inneres Wesen bewahrt, um den manch ein Archäologe ihn beneiden dürfte... Er ist überall in der Kunst zu Hause, in der alten und mittleren wie in der neueren Kunst, in der Architektur (deren genauere Kenntnis so selten mit der der übrigen Künste vereinigt erscheint), wie in der Skulptur und Malerei, wie in den dekorativen Künsten (denen noch selten ein Eingehen von diesem allgemeinen Standpunkt aus zu Teil ward), wie in den Kleinkünsten, den nachbildenden usw.“ Seine kunsthistorische Anschauung ruhte durchaus auf einer reifen geschichtlichen Kenntnis, die, indem sie besonders auf das Kulturgeschichtliche eingeht, das Hervorwachsen der Kunst aus den historischen Lebensbedingungen so tief und schön darzulegen wisse. Seine Meisterarbeit über „Konstantin den Großen und seine Zeit“ entfalte hierüber die schlagendsten Belege; „der eine Bogen dieses Buches, welcher das Künstlerische jener Zeit behandelt, wiegt manche Bücher auf“. Treffend rühmt Kugler die Ursprünglichkeit und reine Gesundheit seiner Auffassung. In ihm sei nichts Angelerntes, nichts Gemachtes, nichts Mißdeutendes, „nichts von all den Phrasen, die heutzutage auch diese Disziplin nur zu häufig

bald die Entwurfsbearbeitung und Ausführung der umfangreichen Erweiterungsbauten des städt. Krankenhauses übertragen wurden. In ihnen und in den übrigen später von ihm in Elberfeld errichteten Bauten, der Helenenkrippe, dem Verwaltungsgebäude an der Klötzbahn und einer Volksschule hat er gezeigt, daß er die Aufgabe des Architekten nicht nur in der Aufstellung und Durcharbeitung des ersten Entwurfes, sondern vor allem in der sorgfältigen, liebevollen Ausbildung im Kleinen sah. Jede Tür, die Türdrücker, Fußkratzer, Briefkästen, Beleuchtungskörper, Heizverkleidungen, kurzum alle früher von Gleichgültigen so oft vernachlässigten Einzelheiten wurden zum selbständigen Gegenstand seines künstlerischen Schaffens. 1912 wurde Lehmann zum Beigeordneten und Stadtbaurat für Hochbau in Elberfeld gewählt und war damit an das Ziel seiner Wünsche gelangt. Aber leider vernichtete der Krieg auch seine hochgespannten Hoffnungen. 1915 wurde er zum Heeresdienst eingezogen und zog sich während der Ausbildung ein inneres Leiden zu, von dem er sich nicht wieder erholen sollte. — Stadtbaurat Schultze, Bielefeld.

Wettbewerbe.

Zum Wettbewerb für sparsame Bauweise im Kleinwohnungs- und Siedelungswesen, den der „Reichsverband zur Förderung sparsamer Bauweise“ ausgeschrieben hatte und dessen Frist am 3. Mai abgelaufen war, sind 250 Arbeiten von 248 Bewerbern eingegangen. —

Chronik.

Mittelalterliche Fresken in Sant' Agostino in Rimini. Bei Wiederherstellungsarbeiten in Sant' Agostino in Rimini fand man Fresken aus dem 14. Jahrh. die übermalt waren. Auf einer derselben wurden neue Bildnisse Dantes sowie Petrarcas entdeckt. Rimini war im 14. Jahrh. im Besitz der Adelsfamilie Malatesta, aus der der mißgestaltete Gianciotto mit der durch Dante verherrlichten Francesca da Rimini (13. Jahrhundert) verheiratet war. Die Hauptkirche von Rimini, die Kathedrale San Francesco, ist erst im 15. Jahrhundert erbaut. —

Inhalt: Gestaltung des Garde-du-Corps-Platzes in Cassel. — Zum hundertsten Geburtstag des „Bürgers der Renaissance“ Jakob Burckhardt. — Tote. — Wettbewerbe. — Chronik. —

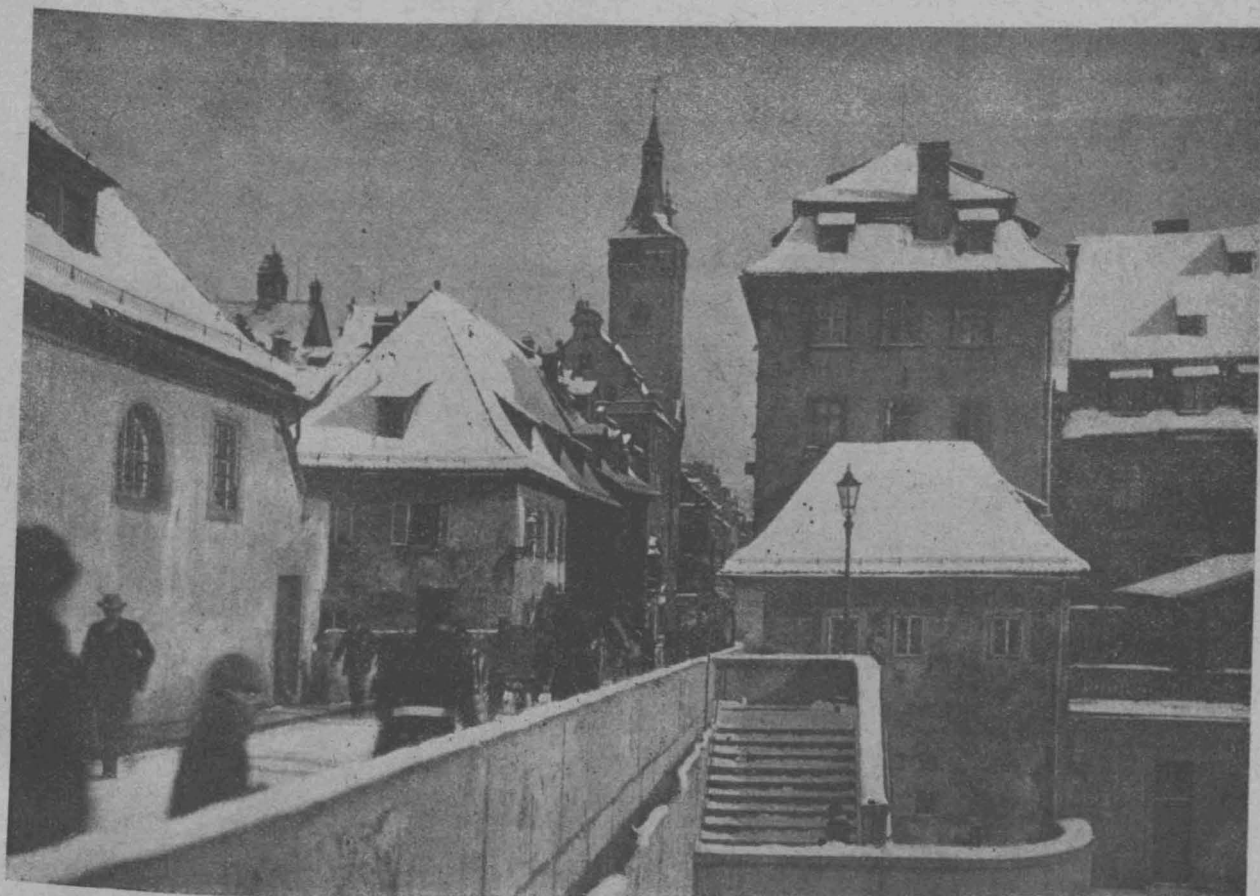
Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

beherrschen“. Man fühle überall seine individuelle Empfindung mit, die ohne Umschweif auf den Kern der Sache losgehe; man werde dadurch, auch bei dem schlichtesten Worte, miterwärmt und habe die Ueberzeugung, daß man sich einem solchen Führer sicher anvertrauen dürfe. Neben der klaren Besonnenheit des Urteiles und der sicheren Schärfe des Blickes rühmt dann Kugler noch „die edle Harmlosigkeit seines Charakters, die auch für wissenschaftliche Tätigkeit nicht in letzter Linie mitzählt (und die sich leider nicht überall von selbst versteht)“. Man wird dieses Urteil, das zur Wahl Burckhardt's führte, erst dann richtig zu würdigen vermögen, wenn man es zusammenhält mit dem Urteil, das Kugler über die anderen Bewerber fällte, die ja gleichfalls später zu berühmten Namen gekommen sind. Hettner erklärte er für einen geistvollen Mann, rügt aber „eine gewisse schauspielerische Manier in seinen Schriften“. Von den Arbeiten Starks hat er den Eindruck des „mit Sorgfalt Angelernten; ursprünglich Empfundenes, ursprünglich Gedachtes“ sei ihm darin noch nicht begegnet. Brunn's „Griechische Künstlergeschichte“ erfülle ihn mit hoher Achtung, aber er sei zu sehr nur Archäologe.

Doch nur einige Jahre verbrachte Burckhardt in Zürich. Die Festschrift des Polytechnikums schreibt darüber: „Das Fach der Kunstgeschichte erlitt einen unersetzlichen Verlust durch den frühzeitigen Weggang Jakob Burckhardt's, der in sein geliebtes Basel zurückeilte, sobald ihn dieses in ehrenvoller Weise heimrief“. Ostern 1858 übernahm Burckhardt ein Ordinariat für Geschichte an der Universität Basel. Seine Nachfolger in Zürich wurden Wilhelm Lübke (1869—1866) und darauf Gottfried Kinkel. In Basel blieb Burckhardt an der Universität tätig, bis er 1893 in den Ruhestand trat. Am 8. August 1897 starb er.

In Basel vollzog er nun die letzte Wandlung vom Mittelalter zur Renaissance. Unter Kuglers Einfluß entstand außer dem 1842 erschienenen Werk „Die Kunstwerke der belgischen Städte“ im Jahre darauf (Bonn 1843) „Jakob von Hochstaden, Erzbischof von Köln“. Diese Periode des Mittelalters trat für ihn nun völlig zurück. Er wurde das, als was er sich in einem Brief vom 20. Februar 1889 an Max Alioth bezeichnete. Er schrieb: „So wie Sie ein Parisien par Sehnsucht, so bin ich ein Romano und werde doch nie mehr nach Rom kommen, und das Rom, welches ich gern hatte, lebt ja ohnehin nicht mehr“. —

(Schluß folgt.)



Eingang von der Alten Main-Brücke zur Stadt. Aufnahme von Dipl.-Ing. Dr. phil. Rudolf Pfister in München.
Aus: „Würzburger Bilder“.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 43. BERLIN, DEN 29. MAI 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Zum hundertsten Geburtstag des „Bürgers der Renaissance“ Jakob Burckhardt.

Von Dr.-Ing. Albert Hofmann. (Schluß.)

Die Schrift Burckhardt's: „Der Erzbischof von Krain und der letzte Concilsversuch in Basel 1482–1484“, die im Jahre 1852 in Basel erschien, war einer der letzten Ausklänge der Beschäftigung Burckhardt's mit dem Mittelalter. Noch gegen Schluß des Jahres 1849 glaubte ihm Paul Heyse schreiben zu sollen: „Ich habe an Straßburger Münster wie ein recht dummer Junge in die Höhe gegafft und es ist mir nicht ein einzig Mal eingefallen, daß ich studieren wollte, sondern ich ließ Alles über mich ergehen und genoß sorglos. Es hat mich ganz erschüttert“. Aber als dann Heyse ihm schrieb, Kugler habe ihn an die Bauhütten des Mittelalters verwiesen, zugleich aber gestand: „Was ich bis jetzt von Urkunden und Büchern durchgearbeitet habe, entfernt mir die mysteriöse Gläubigkeit, zu der ich anfangs großen Hang hatte. Nicolai hat mir das Freimaurerische ziemlich zu Wasser gemacht, Heideloff (der beiläufig ein Meister ist in der Kunst, zur Verzweiflung zu bringen durch Phantastereien) und Hoffstadt haben mir den Kitzel vertrieben, in den Formen nach allzu tiefer Bedeutung zu spüren“, da antwortete ihm Burckhardt, „ich möchte gern quoad Bauhütten von Ihnen mit mäßiger Mühe etwas lernen; geben kann ich Ihnen nichts“. Und doch gab er ihm im gleichen Brief wichtige Mitteilungen, wenn er feststellte, „daß im IX. bis XII. Jahrhundert keine künstlerische Geheimüberlieferung, gebunden an die Form einer fixen Verbindung, stattgefunden hat. Geheime Verträge mögen gewesen sein, aber als Cliquen, als Gilden usw. Das Arcanum magisterium, welches 1099 zu Utrecht verraten wird, fasse ich als eine Art Wahrzeichen, nicht als künstlerisches Geheimnis... Im XIII. Jahrhundert wird es dann freilich anders; da kommt ein künstlerischer Sinn hinein. Vorher bauten ja erweislich fast immer die Priester; von Dom zu Dom, von Kloster zu Kloster trat man sich erfahrene Leute ab, um Neubauten zu

leiten; wo dazwischen Weltliche als Baumeister auftraten, mögen sie sich um so lieber, wie jetzt noch gewisse Knoten, durch geheime Zeichen von rein gesellschaftlicher Bedeutung in Verbindung gesetzt haben“. Man kann schon aus diesen wenigen Äußerungen vom Januar 1850 schließen, welche eingehende Kenntnis des Mittelalters Burckhardt gehabt haben muß. Und dennoch gestand er zweieinhalb Jahre später, in einem Brief an Heyse vom 13. Aug. 1852, er habe seit einiger Zeit in seinen Ansichten von der Kunst als Ganzem eine langsame ganze Wendung gemacht. Es sei für ihn die höchste Zeit, von dem allgemeinen, falschobjektiven Geltenlassen von Allem und Jedem endlich frei und wieder recht intolerant zu werden. „Ich hätte nicht geglaubt, daß ein so alter, verrotteter Culturhistoriker wie ich, der sich einbildete, alle Standpunkte und Epochen in ihrem Werthe gelten zu lassen, zuletzt noch so einseitig werden könnte, wie ich bin. Es fällt mir aber wie Schuppen von den Augen und ich sage zu mir wie Sanct Remigius zu Chlodwig: incende quod adorasti, et adora quod incendisti. Im Ganzen sind es die römischen Elegiker, die mir einen Hauptstoß gegeben haben... ich habe auch allerlei Griechisches gelesen und Italienisches del buon secolo.“ Die psychologische Wandlung, die sich im Inneren Burckhardt's vollzogen hatte, liegt in den Worten an Heyse: „O wenn ich könnte, wie wollte ich unserer Zone des ewigen Regens entrinnen! Aber die Sturde meiner Befreiung wird ja auch noch schlagen. Denke, vom Lago maggiore aus kann man in drei Tagen in Rom sein. Freilich wer klüger ist, nimmt einen Monat dazu und noch besser zwei.“ Die Stunde der Befreiung kam. Anfangs Oktober 1855 siedelte er nach Zürich über. Einer der entscheidenden Gründe für ihn, nach Zürich zu gehen, war, daß er dort fast incognito leben könne. „Hier in Basel muß ich so halb und halb etwas vorstellen und mit anderen Leuten allerlei Zeit verlieren.“ In Zürich aber könne er

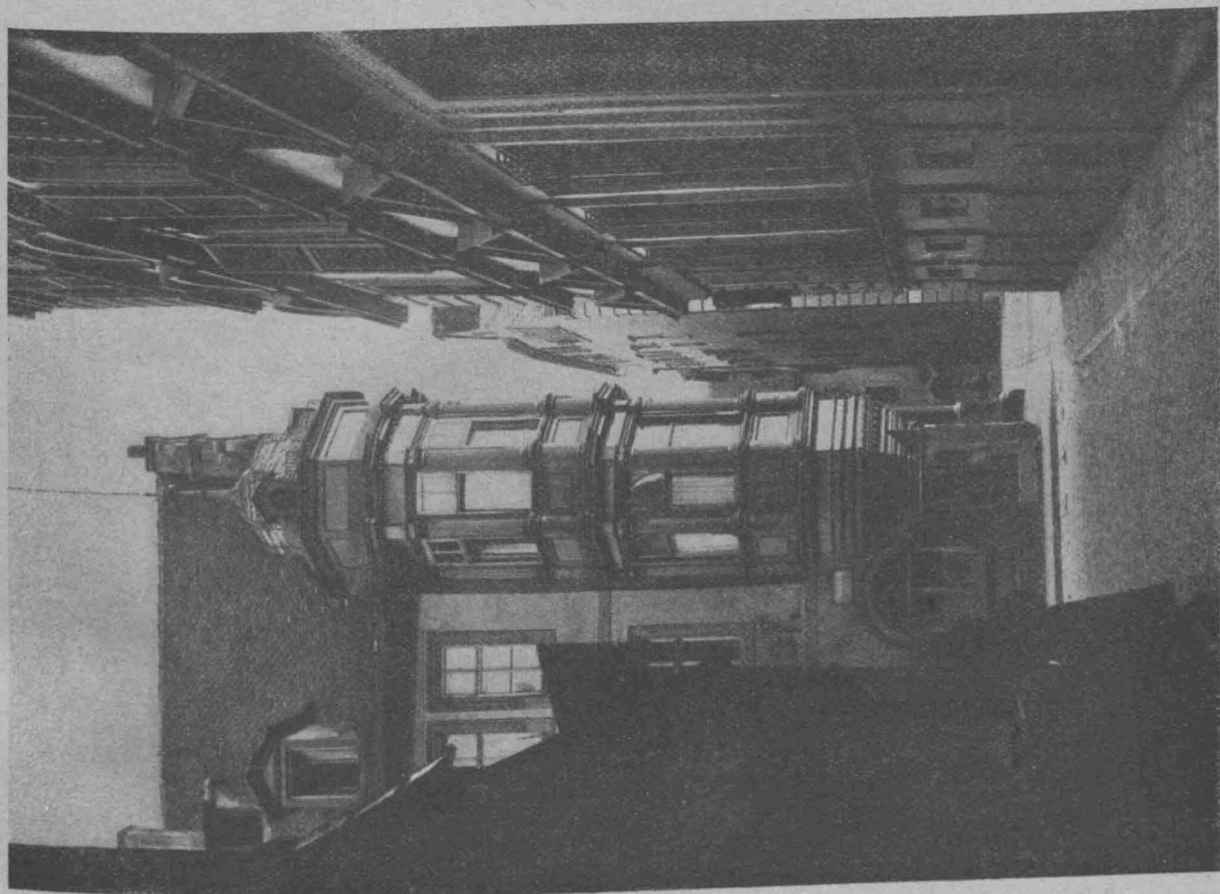
sich hinter dreißig Mitberufenen — das Polytechnikum war ja neu gegründet worden — ganz unbemerkt verstecken. „Dann komm, goldene Freiheit!“ Inzwischen war aber „Der Cicerone. Eine Anleitung zum Genuß der Kunstwerke Italiens“ entstanden als Frucht der Wandlung, die Jakob Burckhardt mit heroischem Entschluß in sich vollzogen hatte. Fast zu gleicher Zeit aber auch Lübke's „Geschichte der Architektur“ (1855), 1860 dessen „Grundriß der Kunstgeschichte“, 1863 seine „Geschichte der Plastik“; ferner Anton Springers „Handbuch der Kunstgeschichte“ (Stuttgart 1855). Hermann Weiß begann sein großes „Handbuch der Kostümkunde“, dessen 3 Bände von 1855—1872 erschienen waren und Karl Schnaase gab seit 1858 mit Grüneisen und Schnorr von Carolsfeld das „Christliche Kunstblatt“ heraus. Das Büchermachen lag damals in der Luft. Aber welcher Unterschied zwischen Lübke und Burckhardt. Von ersterem schreibt Paul Heyse am 4. Dez. 1861 an Burckhardt: „Lübke hat sich der lieben Buchmacherei in so erstaunlichem Maße ergeben, daß er wahrscheinlich auch diese Last (der Neubearbeitung von Kuglers „Geschichte der Malerei“) zu anderen Lasten ohne Bedenken trüge, d. h. auf die leichte Achsel nähme“. Burckhardt dagegen wurde mit der Veröffentlichung seiner Arbeiten immer zaghafter. Sein zu sieben Achtern vollendetes Manuskript „Kunst der Renaissance“ hatte er zu freier Verfügung Lübke übergeben, von dem er doch anscheinend eine bessere Meinung hatte, als Heyse, damit er dieses Material wenigstens teilweise im 4. Band von Kuglers „Geschichte der Baukunst“ „vernütze“. Er war, wie stets mit seinen Arbeiten, recht unzufrieden auch mit dieser: „Die Arbeit genügt mir nicht, reisen und nachstudieren konnte ich nicht, und so gab ich es weg, mit der Bedingung, daß mein Name auf dem Titel nur als zweiter genannt werde. (Am liebsten nannte ich mich garnicht)“. Diese Zurückhaltung erklärt auch das Schicksal des Cicerone und sie erklärt den Umstand, daß die weitgehenden ursprünglichen Absichten Burckhardt's über eine Bearbeitung der italienischen Renaissance zu einem trotzdem bedeutenden Werk „Die Cultur der Renaissance in Italien. Ein Versuch“, das 1860 in Basel erschien, zusammenschmpfungen. Er schrieb am 14. August 1858 an Heyse, er hoffe während des Winters seine Arbeit als „Renaissance-Fragmente“ nach einem „sehr reduzierten Plan“ ausführen zu können. Es sei eine jener Aufgaben, die eigentlich nur von Capitalisten mit gänzlich freier Zeit gelöst werden könnten. Einen bemerkenswerten Einblick in die Art seines Schaffens gewährt die Mitteilung: „Gestern habe ich z. B. 700 kleine Zettel nur mit Zitaten aus Vasari, die ich in ein Buch zusammen geschrieben hatte, auseinander geschnitten und sortiert zum neuen Aufkleben nach Sachen. Aus anderen Autoren habe ich noch etwa 1000 Quartseiten Excerpte über die Kunst und 2000 über die Cultur. Wie viel von all diesem werde ich wohl wirklich verarbeiten!“ Immerhin, das Werk kam heraus. Resigniert meinte er 1860, die Welt werde jetzt sehr unterhaltend, sodaß man sein Buch vielleicht wenig lesen werde. Aber „das Fertigmachen und Herausgeben hat eine solche dumpfe Mattigkeit bei mir hinterlassen, daß ich an das Schicksal des Buches garnicht denke“. In einiger Zeit habe er ein zweites Werk über Kunst der Renaissance versprochen. Damit habe es jedoch gute Weile; er habe das Schreiben völlig satt und bereue jenes Versprechen schmerzlich. Das Werk über die Kunst der Renaissance erschien dann, soweit es überhaupt ausgeführt wurde, erst 1867 als erster Teil des IV. Bandes von Kuglers Geschichte der Baukunst. Malerei und Plastik dieses Gebietes hat Burckhardt nach der freieren Darstellung des „Cicerone“ nicht mehr systematisch behandelt.

Auch der „Cicerone“, immerhin die nach seinem Willen einheitlichste Arbeit Burckhardt's, hatte ihre Schicksale. Am 1. Juli 1870 schrieb er an den Architekten Alioth in Paris, das Publikum wisse überhaupt nicht, „unter was für kümmerlichen Umständen der Cicerone auf die Welt gekommen ist“. Das Buch trat in eine fremde Welt, sodaß es 14 Jahre bis zu einer neuen Auflage brauchte. Auch an ihm hatte Burckhardt die Lust verloren, sodaß er die Neuauflagen anderen Bearbeitern — A. von Zahn, Wilhelm Bode, Geymüller — überließ. Die fünfte Auflage besorgte der letztere unter Mitwirkung Burckhardt's, der 1883 an Alioth schrieb: „Es sind eine Menge Bagatellen zu verbessern, hier und da auch schwerer Unsinn zu entfernen, der durch elende Korrektur der späteren Auflagen in das Buch gekommen ist, denn bei der ersten Auflage korrigierte ich sorgsam. „Das Buch sieht mich jetzt freilich recht fremd an.“ Carl Neumann in Heidelberg äußerte sich darüber: „Der alte echte Cicerone von 1855 war die Schöpfung einer höchst lebendigen Persönlichkeit mit all ihren Ausstrahlungen von Sympathie und Antipathie, von Befangenheiten, Einseitigkeiten, Enthusiasmen und Glücksgefühlen, mit sehr spürbaren Unterschieden von Wärme und Kühle; es

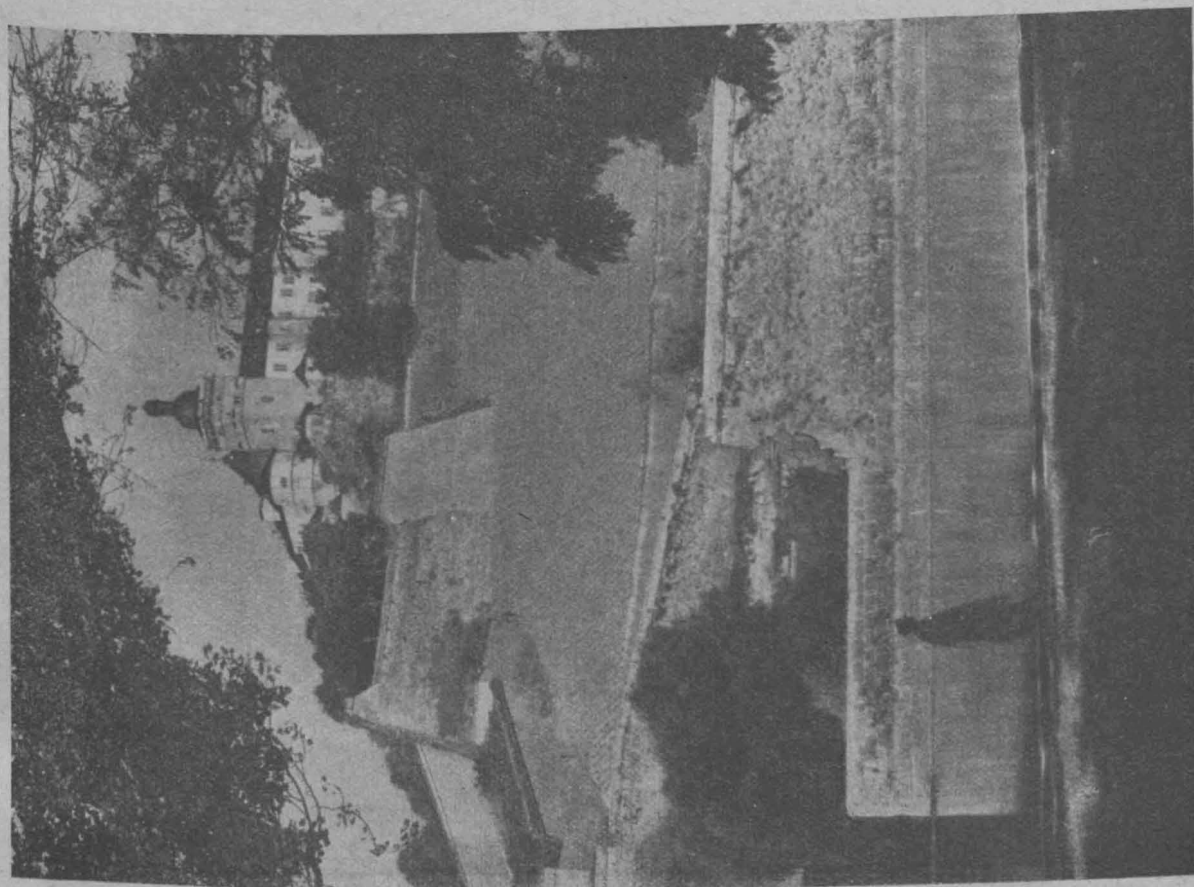
war alles eher als was das Buch in seiner heutigen Gestalt ist, ein blaß und neutral gewordenes Gefäß unseres Wissens um die Kunst in Italien und seitdem immermehr dem Sachlichen und rein Wissenschaftlichen zustrebend“. Neumann führt aus, man könne das ohne Gereiztheit feststellen, ja es fast als ein Notwendiges einsehen, daß, wenn man den Cicerone am Leben erhalten wollte, es so haben kommen müssen. Dem ist jedoch nicht ohne Weiteres zuzustimmen, denn der alte Cicerone war ein Persönlichkeits-Bekenntnis; Neumann selbst sagt von ihm, er sei kein wissenschaftliches Repertorium gewesen, „sondern aus der Doppelaussage von Empfindung und Urteil eines Künstlers und Gelehrten geboren, nicht voraussetzungslos, sondern persönlich und dogmatisch gebunden“. Von den im Buch enthaltenen Werturteilen hat Geymüller bekannt, sie hätten ihm eine neue Welt eröffnet. Ein solches Buch nun brauchte nicht farblos zu werden und hätte auch ohne diese seinen Charakter entkleidende Bearbeitung seinen Weg gemacht. Man braucht nur an wenige Beispiele zu denken. So wenn über die Reste der antiken Architektur in Italien gesagt wird: „Hier wie überall muß der Beschauer jene restaurierende Tätigkeit in sich entwickeln, ohne welche ihm die antiken Reste wie lauter Formlosigkeit und die Freude daran wie lauter Torheit erscheinen. Er muß aus dem Teil das vermutliche Ganze ahnen und herstellen lernen und nicht gleich einen „Eindruck“ verlangen bei Ueberresten, deren Schönheit sich erst durch das Hinzugedachte ergänzen kann. Das ganze Gebäude aus Trümmern zu erraten, wird wohl nur dem Forscher möglich sein, allein aus ein paar Säulen mit Gebälkstücken wenigstens auf die Wirkung einer ganzen Colonnade zu schließen, ist Sache jedes nicht rohen oder abgestumpften Auges“. Oder wenn Burckhardt der Gotik in Italien ihr Recht thut, deren Bauten zwar das Lebensprinzip der nordischen Gotik preisgegeben haben, dafür aber das Gefühl des Südens für Räume und Massen eintauschten. Ja, er will den Italienern in mancher Beziehung ein größeres Recht zugestehen. „Ist es ohne Lästerung erlaubt“, fragt er, „etwas zu Ungunsten des herrlichen gotischen Stiles zu sagen und den Italienern in irgend einem Punkt dieser Frage ein größeres Recht zuzugestehen, so möchte ich zu bedenken geben, ob an den nordischen Bauten nicht des organischen Gerüstwesens zu viel sei, und ob nicht wegen der ungeheuren Kosten, die dasselbe nach sich zieht, manche Cathedralen unvollendet geblieben.“ Höchst anziehend und für den Leser anregend sind die Ueberlegungen, die sich für Burckhardt aus dem Vergleich der nordischen mit der italienischen Gotik ergeben. Ein Beispiel dafür sei angeführt: „Man wird z. B. an vielen italienischen Bauten dieses Stiles vielleicht mit Befremden die Strebebögen, die im Norden so weit vortreten, kaum als Wandbänder angedeutet finden, die denn natürlich keines Abschlusses durch Spitztürmchen bedürfen; der Grund ist einleuchtend: ihre nordische Ausbildung hatte das constructive Bedürfnis eines Widerlagers für die Gewölbe unendlich überschritten und wurde daher im Süden als Luxus beseitigt. Die nordische Gotik hatte ferner den Turm zum Führer, zum Hauptausdruck des Baues gemacht und die ganze Kirche mehr oder weniger nach seinem Vorbild stylisiert: — die Italiener fanden dieses Verhältnis weder notwendig noch natürlich und stellten ihre Türme fortwährend getrennt oder in anspruchloser Verbindung mit der Kirche auf; den ursprünglichen Zweck der Kirche, als Glockenbehälter (Campanili) ließen sie weder der Sache noch dem Wort nach in Vergessenheit kommen. Nun stand ihnen für die Fassade jede Form frei; die Folge war eine bereicherte Umbildung der Fassaden ihrer romanischen Kirchen, meist als isoliertes Prachtstück behandelt, das mit dem übrigen Bau nur äußerlich zusammenhängt und ihm schon an Größe zu überragen pflegt“. Auch das berühmte gewordene Wort, daß in der italienischen Gotik der großen Dome „die Renaissance schon lange vor der Thüre gewartet“ habe, wird in diesem Zusammenhang gesprochen. „Während man, sozusagen, unter dem Vorwand des Spitzbogens die schwierigsten Probleme bewältigen lernte, entwickelte sich das eigentümlich italienische Gefühl für Räume, Linien und Verhältnisse, und dieses war die Erbschaft, welche die Renaissance übernahm. Sie wußte dieselbe gar wohl zu würdigen und Michelangelo hat nicht vergebens S. Maria novella „seine Braut“ genannt.“ An die geistreiche Bemerkung über die ersten Meister der Frührenaissance wird man sich gleichfalls heute mit Freuden wieder erinnern. „Es wird bisweilen bedauert“, schreibt Burckhardt, „daß Brunellesco und Alberti nicht auf die griechischen Tempel statt auf die Bauten von Rom stießen; allein man vergißt dabei, daß sie nicht eine neue Compositionsweise im Großen, sondern nur eine neue Ausdrucksweise im Einzelnen von dem Altertum verlangten. Die Hauptsache brachten sie selbst mit“. Eine erhöhte Bedeutung

erhält in unseren Tagen die Bemerkung, es lasse sich vor-
 aussehen, „daß die Renaissance noch lange in der heutigen
 Architektur eine große Rolle spielen wird Wenn ein
 Vorbild für Bauten, wie sie unser Jahrhundert bedarf, rück-

spielende Zierlichkeit abzugewinnen. Man
 ergründe vorzüglich auch sein Verhältnis zum Material“.
 Noch ein Wort über „Die Kultur der Renaissance in
 Italien“, die nach der Bearbeitung von Ludwig Geiger im



Erker des Wittelsbacher Hofes aus der Lang-Gasse.
 Aus: „Würzburger Bilder“.



Festung von der Marien-Kaserne aus.
 Aufnahmen von Dipl.-Ing. Dr. phil. Rudolf Pfister in München.

wärts und auswärts gesucht werden soll, so hat dieser Stil,
 der allein ähnliche Aufgaben ganz schön löste, gewiß den
 Vorzug vor allen anderen. Nürsuche man ihm zu-
 nächst seinen Ernst und dann erst seine

Jahre 1913 in elfter Auflage erschien. 1860 erschien das
 Werk zum ersten Mal und machte seinen Verfasser mit
 einem Schlage berühmt. Geiger ließ sich von Hettner, der
 wahrscheinlich 1854 vielfach mit Burekhardt in Italien zu-

sammengetroffen war, erzählen, „daß keiner von den Genossen dem schlichten, schüchternen, wenig aus sich heraustretenden Manne eine derartige Großtat zugetraut hätte“. Diese Großtat bestand darin, daß, wie Ludwig Geiger ausführte, Burckhardt bahnbrechend gewirkt hat, „indem er die Renaissance als eine wichtige Übergangsepoche zwischen Mittelalter und Neuzeit darstellte; er hat überzeugend dargetan, daß die Renaissance nicht bloß eine Wiederbelebung der alten Literatur, sondern eine Neugestaltung der gesamten Kultur bedeutet“. Das Programm für die große Arbeit glaubt Geiger in einer Ausführung Burckhardt's erblicken zu müssen, die 1852 erschien und lautete: „Das damalige Rom ist eine der Geburtsstätten der sogenannten Renaissance, der neuen durch das Altertum befruchteten Anschauungs- und Darstellungsweise in Kunst, Literatur und Leben; und diese Renaissance ist eine der bedeutendsten Erinnerungen der heutigen Nationen“. Für die Wahl des Ausdruckes „Renaissance“, den Burckhardt wie es scheint zuerst und mehrere Male in Arbeiten gebrauchte, die 1838 und 1842 über die Architektur in der Schweiz und in Italien erschienen waren, sollen nach einer Vermutung Neumann's Stendhal, Sismondi und Libri bestimmend gewesen sein. Die Schriften Kugler's enthalten das Wort nicht. Nach Geiger ist Jakob Burckhardt weder durch Kunsthistoriker noch durch Historiker auf sein Thema hingeführt worden. Vielleicht fand er Anregungen bei L. v. Ranke, vielleicht wurde er 1837 zuerst auf den Humanismus aufmerksam, als er kurze, und 1838, in welchem Jahre er längere Zeit in Italien war. W. Goetz führt in einer Studie: „Mittelalter und Renaissance“ in der Historischen Zeitschrift aus, Libri setze „zum erstenmal das Wort Renaissance in dem das ganze Zeitalter umfassenden Sinne als allgemein bekannt voraus“. Auch scheint Einfluß auf Burckhardt Jules Michelet gehabt zu haben, der jedoch erst „das 16. Jahrhundert als die wahre Zeit der Renaissance“ bezeichnete. Doch sei dem, wie ihm wolle. Nicht ohne Schwierigkeiten entstand das große Werk, von dem Burckhardt 1858 an Heyse als von einem „jetzt ad calendae graecas verschobenen und jedenfalls sehr reduzierten Unternehmen“ spricht. 1860 erschien der „Versuch“, als den ihn Burckhardt bezeichnete. Er schrieb dazu: „... ärgert Euch nicht, ihr Deutschen, wenn ich den Welschen einige Prioritäten vindicire, die ihnen gehören. Ich bin noch ziemlich vorsichtig gewesen, und habe Einiges weggelassen, was geschrieben stand und Anderes in Baumwolle gehüllt, doch immer nur, was den Ausdruck belangt, denn die Sachwahrheit habe ich weder verhüllt noch weggestrichen“. Er hatte keine große Meinung von dem Buch, denn die Welt werde jetzt (1860) sehr unterhaltend, „sodaß man mein Buch vielleicht wenig lesen wird“. Er hatte Recht und Unrecht; das Buch erregte Aufsehen, wurde aber zunächst nicht gelesen. Gottfried Keller schrieb darüber: „Ich habe neulich wieder Burckhardt's Kultur durchgelesen und aus seinem homogenen Geist ein Heimweh nach jener Welt davon getragen, die freilich nicht die unsrige“. Von Fr. Nietzsche berichtete seine Schwester Elisabeth, die „Kultur der Renaissance“ sei ein Buch gewesen, das ihr Bruder zu allen Zeiten bewundert und verehrt habe“. Doch erst lange Jahre nach seinem Erscheinen nahm das Interesse der Öffentlichkeit an dem Buch zu, die Auflagen mehrten sich, 1913 erschien die elfte, und auch die Höhe der Auflage wurde größer. Doch das Interesse Burckhardt's am Werk blieb gering.

Damit sind die Werke des gefeierten Kunstgelehrten erschöpft, die in unser Arbeitsgebiet fallen. Dem Menschen Burckhardt hat Heinrich Wölfflin Worte aus

eigenem Erleben gewidmet, Prof. Karl Joel in Basel hat ihn als Geschichtsphilosophen, Karl Emil Hoffmann als Dichter geschildert, denn Jakob Burckhardt betrachtete selbst die Dichtung als „einen Pfeiler seines Lebensglückes“. Zum 100. Geburtstag erschien in Basel im Auftrag der Historischen und Antiquarischen Gesellschaft daselbst durch den Privatdozenten Dr. Emil Dürr eine Sammlung seiner Vorträge aus den Jahren 1844—1887. Ihre Titel schon zeigen, welches ungeheure Gebiet der zu den größten wissenschaftlichen Geistern des 19. Jahrhunderts zählende Gelehrte beherrschte: „Ueber die Lage Frankreichs zur Zeit des Armagnakenzuges. — Der Zustand Roms unter Gregor dem Großen. — Gedächtnisrede auf Schiller. — Ueber den Wert des „Dio Chrysostomus“ für die Kenntnis seiner Zeit. — Ueber niederländische Genremalerei. — Ueber die Kochkunst der späteren Griechen. — Die Phäakenwelt Homers. — Rembrandt. — Napoleon I. — Das wissenschaftliche Verdienst der Griechen. — Aus großen Kunstsammlungen. — Die Griechen und ihre Künstler. — Die Weihgeschenke der Alten. — Pythagoras. — Zur erzählenden Malerei. — Die Anfänge der neueren Porträtmalerei. — Die Malerei und das neue Testament. — Prozessionen im Altertum. — Format und Bild. — Anton van Dyck. — Byzanz im X. Jahrhundert. — Die Allegorie in den bildenden Künsten. — Demetrios der Städtebezwinger. — Die Briefe der Madame de Sévigné. — Hinzu traten dann noch als selbständige Werke „Die Zeit Konstantins des Großen“, „Erinnerungen aus Rubens“, „Griechische Kulturgeschichte“ und „Beiträge zur Kulturgeschichte von Italien. — Das Altarbild. — Das Porträt in der Malerei. — Die Sammler.“ So ungeheuer und selten ist die Vielseitigkeit im Denken und Schaffen des großen Mannes. Und in allem hatte er eine Meinung, oder versuchte doch, eine solche zu haben. Konnte es da ausbleiben, daß er auch vielfach auf Widerspruch stieß? Aus diesem Gefühl heraus mag er 1897 an Geymüller geschrieben haben: „Nehmen Sie mich auch nach meinem Tode ein wenig (nicht zu viel) in Schutz, es soll ein gutes Werk sein“.

Von der Schriftstellerei zog er sich schon sehr früh zurück. Nicht, als ob sie ihm nicht gelegen hätte; er hatte eine unbezwingbare Scheu vor der großen Öffentlichkeit. Nach dem 50. Jahr veröffentlichte er nichts mehr; gegen die Veröffentlichungen seiner Arbeiten durch Andere wurde er mehr und mehr gleichgültig. Doch seine Vorträge führte er bis zum 70. Jahr durch; dann aber schrieb er an Alioth im März 1888: „Meine Aulavorlesungen sollen nun auf immer ein Ende haben. In meinem Maul sind jetzt nur noch fünf Zähne vorhanden, und ich prononciere schon sehr mangelhaft, und daraufhin muß man mich in Ruhe lassen. Abgesehen davon, daß ein Mann von siebzig Jahren überhaupt nicht mehr vor's Publikum und kaum mehr in ein Amt gehört“. Bald darauf verließ er die Aula und das Katheder, 1897 auch die Weltbühne. Mit ihm verlor die Deutsche Kultur einen ihrer größten Erzieher, der in bescheidenster Weise von sich sagen konnte, über das Wesen des Altertumes z. B. habe auch er „Anfänge einer Ahnung“ gehabt. „In den Tempel des eigentlichen Denkens bin ich bekanntlich nie eingedrungen, sondern habe mich zeitweilig in Hof und Hallen des Peribolos ergötzt, wo das Bildliche im weitesten Sinne des Wortes regiert.“ Dennoch ist der „Professor“ Burckhardt mit Recht stets als ein wahrheitsliebender „Bekannter“ neben die größten Menschen gestellt worden, die die Neuzeit, ja, die ganze Zeitgeschichte hervorgebracht hat. In dem Bewußtsein eines solchen Besitzes gedenken wir seines hundertsten Geburtstages in Dankbarkeit und Verehrung. —

Literatur.

Würzburger Bilder. Den Kommilitonen im Felde ein Ostergruß der Universität Würzburg 1918. Stuber's Buchhandlung, Würzburg. Preis 1,80 M. (Hierzu die Abbildungen S. 181 und 183.)

„Eure Alma Mater möchte heute im besinnlichen Schauen dieser Bilder der grüßenden Heimat mit Euch sich zusammenfinden, Ihr lieben Kommilitonen im Feld.“ In diesen herzlichen Worten liegt der Sinn der schönen und nachahmungswerten kleinen Gabe, welche die Universität Würzburg als Privatdruck herstellen ließ und ihren Studierenden zu Ostern ins Feld sandte. Es sind Blätter, die von den „lauten und stillen Reizen“ der schönen Mainstadt lebendig und beredt zu erzählen wissen. Die alte Stadt zu Füßen des Marienberges war das Entzücken aller Jahrhunderte; dieses Stadtbild „ist wie ein stilles Denkmal der freudigen Schöpferkraft des Menschentums, der ungebrochenen über Alltag und Festtag hin“. Das erhärten die schönen Beispiele, die wir aus der Zahl der Aufnahmen des Architekten Dr. phil. Rudolf Pfister in München hier wiedergeben, welche die empfindungs- und begeisterungs-

volle Feder von Dr. Richard Sedlmaier in Würzburg mit lebendigen Worten begleitete. Es sind „festgeformte Zeugen mannigfacher Zeiten“, die mit ihrem Eigenwert „den beziehungsreichen Zauber ausströmen, der jenseits ihres Rahmens über dem ungetrennten Ganzen weht“. Mit ihnen ist Würzburg ein Abbild der „bunten Fülle des Daseins“. —

Literatur-Verzeichnis.

- Andrée, W. Ludwig. Die Statik des Kranbaues. Mit Berücksichtigung der verwandten Gebiete, Eisenhoch-, Förder- und Brückenbau. 2. Aufl. Mit 554 Abbildungen und 1 Taf. München 1913. R. Oldenbourg. Pr. geb. 14 M.
Bierbaumer, A., Ing., Insp. der österr. Staatsbahnen. Die Dimensionierung des Tunnelmauerwerkes. Studien. Mit 42 Fig. im Text. Leipzig 1913. Wilhelm Engelmann. Pr. 5,60 M.

Inhalt: Zum hundertsten Geburtstag des „Bürgers der Renaissance“ Jakob Burckhardt. (Schluß.) — Literatur. — Vereinsmitteilungen. — Abbildungen: Würzburger Bilder. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.

Bund und Deutscher Architekten. Seit dem letzten Bundestag im Oktober 1917 sind auf dem Felde der Ehre gefallen die Mitglieder Ernst Müller-Berlin, Karl Metzmacher-Cöln und Friedrich August v. Mörs-Berlin. Ferner

Eine neue Ortsgruppe des B.D.A. wurde in Lyck (Ostpr.) gebildet. Sie hat die Bezeichnung „Bund Deutscher Architekten, Ortsgruppe im Wiederaufbaugbiet Ostpreußens, Sitz Lyck (Ostpr.)“. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender und Kassenwart: Reg.-Bmstr. a. D. Dr. Ing. Felix Gentzen-Rastenburg, 2. Vorsitzender: Architekt Erich Götting-Pillkallen, 3. Schriftführer: Bezirksarchitekt a. D. Heinrich Lotz in Lyck, Beisitzer zum Ehrenrat: 4. Architekt Ernst Rossius-Rhyn-Lyck, 5. Architekt Paul Knobbe-Lyck.

* BEILAGE FÜR VEREINE *

Baudirektionen und Baukommandos hinzugezogen, ferner fanden sie Verwendung als künstlerische Beiräte von höheren Truppenkommandos, bei der künstlerischen Gestaltung der Krieger-Ehrungen in den besetzten Gebieten usw. — Eine Umfrage bei den Ortsgruppen des BDA. über die in ihren Bezirken bestehenden oder in Bildung begriffenen Siedelungsgesellschaften hat ergeben, daß bei den meisten der bisher mitgeteilten Genossenschaften bereits Mitglieder des BDA. entsprechenden Einfluß besitzen. In mehreren Fällen wurden seitens der Bundesleitung Schritte zur Wahrnehmung der Interessen der Mitglieder getan. — An beide Häuser des Preussischen Landtages hat der BDA. im Januar ds. Js. eine Eingabe gerichtet betr. Berufung unabhängiger freischaffender Baukünstler ins Herrenhaus gelegentlich der Neugestaltung desselben. — Die Bestrebungen zur Errichtung von Architekten-Kammern sind nach Maßgabe des Beschlusses der letzten Hauptversammlung durch den Architektenkammern-Ausschuß des BDA. weiter verfolgt worden. — Die allgemeine erkannte Notwendigkeit, daß die Privatarchitekten mehr als bisher im öffentlichen Leben hervortreten müßten, um den notwendigen Einfluß für die Durchführung ihrer Bestrebungen zu gewinnen, hat Anlaß zu einer Umfrage bei den Ortsgruppen gegeben, ob und in welchem Umfang Mitglieder des BDA. ehrenamtlich in Stadtverwaltungen, Provinzialvertretungen usw. tätig sind. Aus den bisherigen Antworten geht hervor, daß aus den Ortsgruppen Groß-Berlin, Bremen, Cassel, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Frankfurt a. M., Minden-Ravensberg, Saarbrücken und Sachsen-Anhalt eine Reihe Bundesmitglieder ehrenamtliche Stellen, meistens als Stadtverordnete, bekleiden. Aus neun Ortsgruppen fehlen noch die Antworten. — Ueber eine zeitgemäße Gestaltung des Studienganges der Architekten an den technischen Hochschulen werden die vor dem Krieg schon gemeinsam mit dem „Deutschen Ausschuß für technisches Schulwesen“ gepflegten Verhandlungen demnächst wieder aufgenommen. Als Grundlage werden die vom BDA. im Jahre 1913 festgestellten Leitsätze für die Ausbildung der Architekten dienen. — Das zu Aufklärungszwecken sehr empfehlenswerte Heftlein „Sieben Fragen für jeden, der zu bauen beabsichtigt“, ist wieder vorrätig und wird von der Geschäftsstelle des BDA. für 20 Pfg. abgegeben. Zur einfacheren Verrechnung empfiehlt es sich, mindestens 5 Stück zu bestellen und den Betrag porto- und bestellgeldfrei an die Dresdener Bank in Aachen für Rechnung des „Bundes Deutscher Architekten“ einzusenden. — a.

Bund Deutscher Architekten, Ortsgruppe im Wiederaufbaubereich Ostpreußens, Sitz Lyck. Mitglieder-Versammlung vom 26. März 1918. Ueber die Sitzung des Architekten-Ausschusses im Oberpräsidium am 16. März 1918 wird Bericht erstattet. Im Erlaß vom 14. Okt. 1917 hat der Oberpräsident dem Haupt-Bauberatungsamt weitgehenden Einfluß auf die Planverfassung der Wiederaufbau-Entwürfe und auch auf die Gestaltung der Einzelheiten vorbehalten. Als Begründung wird das Interesse des Staates, als des Hauptgeldgebers, an der einheitlichen architektonischen Gestaltung des Straßen- und Landschaftsbildes angeführt. Dieses Interesse wird im Allgemeinen anerkannt, und die Architektenschaft ist gern bereit, Anregungen von dieser Seite zu verwerten. Die Durchführung dieser Grundsätze geht jedoch weit über die allgemeine Anregung und die Beratung bei schwierigen Lösungen hinaus und hat teilweise durch unmittelbare Verhandlungen der Bauberatungsbehörde mit dem Bauherrn über den Kopf des Planverfassers hinweg zu einer völligen Ausschaltung des Architekten, gerade des geistigen Urheber der Entwürfe, geführt. Auch werden von einzelnen Stellen die ohne Verständigung mit dem Architekten vorgenommenen Änderungen mit dem Zwangsmittel der Vorenthaltung der dem Bauherrn zustehenden Vorentscheidung durchgesetzt. Nach strenger Weisung des Staatsministeriums dürfen sich die Anordnungen der staatlichen Bauberatung nur auf die Durchführung baupolizeilicher und ortsstatutarischer Vorschriften und auf Anforderungen aus Gründen der Gesundheitspflege oder Sittlichkeit beziehen, während in ästhetischer Hinsicht nur einer groblichen Verunstaltung des Straßen- oder Ortsbildes entgegengewirkt werden soll. Bei der bestehenden Tendenz, die Entwurfsbearbeitung für den gesamten Wiederaufbau in das Haupt-Bauberatungsamt nach Königsberg zu verlegen und damit die Tätigkeit des selbständigen Architekten weiter zu beschränken, konnte trotz der eingehenden Aussprache eine Einigung auch in dieser Sitzung nicht erzielt werden. Auch die Frage blieb offen, wie weit noch eine zivilrechtliche Verantwortung des Architekten gegenüber dem Bauherrn, als seinem Auftraggeber besteht, wenn Grundrißgestaltung, die Durchführung des Äußeren und konstruktive Einzelheiten

durch die Behörde mit Zwangsmitteln geändert werden in einer Weise, daß der Verfasser sein Werk nicht wieder-erkennt und in künstlerischer oder technischer Beziehung die Verantwortung nicht übernehmen will. —

Zu den übrigen, aus dem Gebiet des Vorentscheidungs-wesens zur Verhandlung stehenden Punkten konnte eine Klärung teils erzielt, teils vorbereitet werden.

Die Versammlung beschloß, in einer Eingabe zunächst an den Oberpräsidenten gegen die Beschränkung des Architekten in seiner Berufstätigkeit vorstellig zu werden. Es liegt das auch im unbedingten Interesse der kriegsgeschädigten Bauherren, da der mit den örtlichen Verhältnissen und mit der Aufgabe im einzelnen Fall vertraute Architekt den Bedürfnissen des Bauherrn in ganz anderer Weise Rechnung tragen kann, als die für große Kreise tätigen Bezirksarchitekten oder gar die Zentralstelle des Haupt-Bauberatungsamtes. Durch die Zentralisierung ist auch eine monatelange Verschleppung der Bauanträge bedingt, über die vielfach Klage geführt wurde, ebenso fehlt es völlig an einer Instanz zur Entscheidung von Einsprüchen, nachdem das Oberpräsidium im Haupt-Bauberatungsamt die unmittelbare Planbearbeitung übernommen hat.

Infolge der Auflage einer auswärtigen Ortsgruppe wird festgestellt, daß sich kein Mitglied der Ortsgruppe in ehrenamtlicher Verwaltungs-, Abgeordneten- oder ähnlicher Stellung befindet. — Ueber die Stellung des Architekten spricht die Versammlung ihre Ansicht dahin aus, daß der Architekt als Bau-Oberleiter nicht für die Erfüllung der Unfallverhütungs- und polizeilichen Bestimmungen beim Bau haften kann. Verantwortliche Bauleiter im Sinne der Bauordnung sind die für die Ausführung haftenden Unternehmer. — Die Ortsgruppe beschließt die Einführung eines einheitlichen Vordruckes für den Architektenvertrag, welchem die vom B. D. A. herausgegebenen „Grundlagen für das Vertragsverhältnis“ zugrunde gelegt werden. — Die im Uebereinkommen mit den anderen Architektenverbänden eingeführten einheitlichen Gebührenrechnungen sind bei den Verhandlungen im Oberpräsidium als Grundlage der künftigen Berechnung vertreten worden. — Den anderen Architektenverbänden soll vorgeschlagen werden, daß die zur gemeinsamen Bearbeitung dieser Sache eingesetzten Ausschüsse weiter bestehen, um in gemeinsamen Fragen die Verständigung und Vorbereitung zu übernehmen. —

L.

Kunstgeschichtliche Gesellschaft zu Berlin. In der ordentlichen Monats-Sitzung vom 11. Januar 1917 sprach Hr. Prof. Dr. Georg Voss-Grünwald unter Vorführung einer großen Reihe anschaulicher Lichtbilder über: „Die Wartburg und der Meister der romanischen Doppelkapelle zu Schwarz-Rheindorf“. Der nahezu zweistündige Vortrag, der die Zuhörer unausgesetzt im Bann hielt, unternahm den bemerkenswerten Versuch, die Baugeschichte der alten Teile der Wartburg, des früheren Landgrafenhauses, also der Teile, die vor der umfassenden Wiederherstellung und Erweiterung durch Hugo von Ritgen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts bestanden haben, zeitlich festzulegen und den Meister des für seine Zeit schon sehr bedeutenden Bauwerkes durch stilkritische Vergleiche zu ermitteln. Einleitend ging Redner der Ursache nach, weshalb uns so viele Reste kirchlicher Baukunst aus dem frühen und späteren Mittelalter erhalten sind, dagegen so geringe Reste der Profanbauten jener Zeiten. Von den Burgen des Theoderich ist fast nichts erhalten, wenig nur von den Pfälzen der Zeit der Karolinger. Sehr bescheiden sind auch die Reste der großen Pfälzen der Hohenstaufen in Gelnhausen, Wimpfen usw. Die Ursache ist nach dem Redner darin zu suchen, daß vor den Gotteshäusern eine heilige Scheu bestand, sie anzutasten, während die profanen Pfälzen und Burgen, meist in oder in der unmittelbaren Umgebung von Städten gelegen, die in die Kriegswirren verwickelt wurden, und mit Verteidigungs-Einrichtungen ausgestattet, Eroberungsziele für den Feind wurden und daher meist der Zerstörung anheim fielen. Eine Ausnahme machte das alte Landgrafenschloß auf der Höhe südlich von Eisenach. Es war zur Zeit seiner Entstehung im romanischen Mittelalter ein zwar schlechter, aber recht bedeutender Bau, der der Kaiserpfalz in Goslar an die Seite zu stellen war, aber in der Zeit der deutschen Renaissance Umgestaltungen erfuhr und Hinzufügungen erhielt. Das äußere Bild war wenig bestechend und glich in keiner Weise dem Gruppenbild, das nach dem Um- und Ausbau der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entstanden ist, dessen charakteristisches Kennzeichen der lang gestreckte Palas mit dem mächtigen Bereich ist. Redner erläuterte nach Grundriß, Schnitt und Ansichten sowohl das alte, mittelalterliche Landgrafenschloß, wie auch die heutige Wartburg, bei der alte und neue Raunteile, alte und neue Archi-

tekturteile zusammen gehen. Im höchsten Grade bemerkenswert und schön sind die Kapitell-Bildungen der Säulen des Inneren, die Gewölbe und Holzdecken tragen, wie die Säulen der äußeren romanischen Bogenstellungen. Die ornamentalen Motive, sich niederbeugende Adler, Masken und stilisiertes romanisches Blattwerk, sind selten schön und reich. Ihre stilkritische Würdigung und Vergleiche mit anderen Bauten ermöglichen nicht nur eine zeitliche Feststellung der Entstehung des Landgrafenhauses, sondern auch einen Schluß auf seinen Meister. Am Rhein sind die Ursprünge zu suchen. An der Doppelkapelle von Schwarz-Rheindorf bei Bonn finden sich Kapitellbildungen, die mit denen der Wartburg fast übereinstimmen, zum mindesten aber die größte Verwandtschaft mit ihnen zeigen. Charakteristisch ist der leicht geschwungene Abakus über den Ornamenten der Kapelle; er findet sich in gleicher Weise bei beiden Bauwerken, sonst nicht oder nur ganz vereinzelt. Das läßt den Schluß zu, daß beide Bauwerke, das Gotteshaus und die Burg, durch denselben Meister entstanden sind, wobei die Wartburg das spätere, entwickeltere Werk ist. Auffallend sind auch die ungleich dicken Abakus-Bildungen bei einzelnen Säulen, sowohl hier wie dort. Sie wurden vom Redner dahin erklärt, daß es sich ursprünglich um Platten für gekuppelte Säulen mit gemeinschaftlichem Kapitell und unter leicht geschwungener Abakus-Platte handelt, die nach veränderter Bauabsicht, als man sich vielleicht entschloß, nur die einzelne Säule zu verwenden, zerschnitten wurden. Da das Zwischenglied zwischen Deckplatte und Kapitell mit letzterem zusammen gearbeitet war, das Kapitell schon seine ornamentale Form hatte, so mußte man das Zwischenglied so verwenden, wie es war. Auch aus diesen Wahrnehmungen und Uebereinstimmungen ergeben sich Anhaltspunkte dafür, daß der Meister der ursprünglichen Teile der Wartburg am Rhein zu suchen ist. —

Pfälzischer Architekten- und Ingenieurverein. Vorstands- und Ausschußsitzung vom 1. Febr. 1918. Maßregeln zur Förderung des Kleinwohnungsbaues nach dem Krieg.

Der „Bayerische Architekten- und Ingenieurverein“ übermittelt ein Schreiben der schwäbischen Kreisgesellschaft betr. Arbeitsbeschaffung für Architekten und Ingenieure nach dem Krieg und ersucht um Stellungnahme. Es wird festgestellt, daß es ein großes Unrecht wäre, wenn den städtischen Baubeamten die Aufgaben, um derentwillen sie in den städtischen Dienst traten, genommen und Anderen übertragen würden. Man solle die Privatarchitekten und -Ingenieure anderweitig unterstützen, dazu sei genug Gelegenheit gegeben. Es sei für den Verein gefährlich, für Vorteile eines Teiles seiner Mitglieder zum Nachteile eines anderen Teiles einzutreten. Zunächst soll unser Ausschuß der Privatarchitekten sich mit den Angelegenheiten befassen.

Gesetzentwurf des bayerischen Landtages über die Neueinteilung von baureifen Grundstücken (Zwangweise Baulandverlegung). Hr. Hussong bespricht die Notwendigkeit der zwingenden Bauland-Umlegung und gibt Aufschluß über den Werdegang des Gesetzes. 1908 sei der erste Entwurf erschienen, welchem die sogenannte Wertregel zugrunde gelegen habe; es sei von ihm 1913 darauf hingewiesen worden, daß für die Praxis die Flächenregel der Wertregel bei weitem vorzuziehen sei. Der neue Gesetzentwurf, der vor kurzem den äußeren Behörden zur Gutachten-Abgabe zugestellt worden sei, habe als Grundlage die Flächenregel enthalten. Diese grundsätzliche Abänderung, sowie die Absicht der Regierung, noch dem jetzigen Landtag das neue Gesetz vorzulegen, seien freudigst zu begrüßen. Es sei damit in der Lösung der Wohnungsfrage ein wichtiger Schritt vorwärts getan.

Stellung der wissenschaftlich gebildeten Techniker in den städtischen Verwaltungen. Anlässlich der z. Zt. im bayerischen Landtag schwebenden Verhandlungen über die Verleihung der Unmittelbarkeit an die pfälzischen Städte und der damit zusammenhängenden Aenderung der pfälzischen Gemeindeordnung ist es dringend notwendig, daß auch unser Verein Stellung nimmt, um den technischen Gemeindebeamten unter allen Umständen Sitz und Stimme in den Magistraten zu sichern. Die Münchener Vorstandschaft soll dringend ersucht werden, sofort im Sinne unserer im November 1917 in dieser Angelegenheit übermittelten Vorschläge Schritte zu tun. Es soll auch an die pfälzischen Landtagsabgeordneten in besonderem Schreiben herangetreten werden.

Nach Schluß der Sitzung hält Hr. Stadtbaumeister Dipl.-Ing. Heberer-Ludwigshafen unter Vorzeigung von Plänen einen sehr interessanten Vortrag über „Wissenschaftliche Kriegsaufgaben des Tief-

baues in Ludwigshafen a. Rh.“ und zwar: über 1. die Fettgewinnung aus Abwässern, 2. die Sammlung und Wertung der Küchenabfälle, Knochen und Obstkerne, 3. die Trockenlegung des Altrheiu-Wiesengebietes, 4. die Anlage von Kriegspflanzgärten.

Unter Zustimmung der Anwesenden dankt der Vorsitzende für die wertvollen Ausführungen. —

Vorstands- u. Ausschußsitzung vom 1. März 1918. Stellung der wissenschaftlich gebildeten Techniker in städtischen Verwaltungen. Der Vorsitzende gibt die auf unsere Veranlassung erfolgte Eingabe unserer Münchener Vorstandschaft an das kgl. bayerische Staatsministerium des Inneren bekannt, welches um Mitteilung des Gesetzentwurfes über die Aenderung der pfälzischen Gemeindeordnung vor der Vorlage an den Landtag zu einer etwaigen Stellungnahme gebeten wurde. Auch unser inzwischen an einen größeren Teil der Mitglieder des Reichsrates und der Kammer der Abgeordneten, darunter an alle pfälzischen Abgeordneten ergangenes Schreiben um Unterstützung unserer Bestrebungen, nämlich daß den technischen Gemeindebeamten nach der neuen Gemeindeordnung unter allen Umständen Sitz und Stimme in den Magistraten gesichert werden, bringt der Vorsitzende zur Vorlesung.

Bekämpfung fremder künstlerischer Einflüsse in der Pfalz. Der Vorsitzende beantragt, die Vorstandschaft solle nunmehr ermächtigt werden, zur Fernhaltung fremder künstlerischer Kräfte entsprechende Aufforderungen an die kgl. Regierung und die Bezirksämter zu richten. Das wird mit dem Zusatz beschlossen, daß diese Schreiben gleichzeitig an alle pfälzischen Gemeindeverwaltungen (über 3000 Einwohner) ergehen mit der Aufforderung, unseren Antrag in den Gemeinderatsitzungen bekannt zu geben. Nötigenfalls sollen darnach in der Presse noch Abhandlungen veröffentlicht werden.

Ein Schreiben der Schwäbischen Kreisgesellschaft betr. Arbeitsbeschaffung für Architekten und Ingenieure nach dem Krieg veranlaßt eine lange und lebhaft ausgeführte Aussprache, besonders zwischen dem Obmann unseres Ausschusses für Privatarchitekten, welcher weitgehendes Entgegenkommen der Stadtverwaltungen gegen die durch den Krieg geschädigten Privatarchitekten und Ingenieure fordert, und Hrn. Bauamtmann Hussong, welcher wohl die Berücksichtigung der Geschädigten befürwortet, jedoch nur in der Form, daß diese nicht selbstständig, sondern unter der Leitung der städtischen Baubeamten zu arbeiten hätten.

Die Anfrage der Münchener Vorstandschaft soll dahin beantwortet werden: Wir vertreten die Anschauung, daß die dienstliche Tätigkeit der städtischen Baubeamten durch die Beschäftigung privater Architekten und Ingenieure nicht beschränkt werden solle; wenn über die Kräfte der städtischen Baubeamten hinaus Arbeit vorliege, solle diese unter deren Leitung an befähigte Architekten und Ingenieure zur Abhilfe einer Notlage gegen Anstellung auf Dienstvertrag vergeben werden.

Der Vorsitzende macht auf den vorzüglichen Artikel des unserem Verein befreundeten Hrn. Dr.-Ing. Albert Hofmann-Berlin in No. 11/13 der „Deutschen Bauzeitung“ aufmerksam „Etwas von deutscher Kollegialität“, verliest ihn auszugsweise und bespricht ihn. Die beherzigenswerten Worte der Verfassers finden allgemeine Zustimmung; es wird beschlossen, ihm für die ideale Lebensauffassung Dank und Anerkennung auszudrücken.

Die von der Münchener Vorstandschaft übermittelte Druckschrift des „Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieurvereine über „Die Erhöhung der Gebäuhrensätze“ soll allen unseren Mitgliedern zugestellt werden.

Auf die Druckschrift des „Ausschusses für Blitzableiterbau“ des „Elektrotechnischen Vereins“ in Berlin werden unsere Mitglieder aufmerksam gemacht.

Dem „Deutschen Volkshausbund“, der dafür eintritt, daß in deutschen Landen allerorten Volkshäuser entstehen als Sammelstätten des Gemeinschaftslebens, als Wahrzeichen deutscher Einigkeit in der Zeit des Krieges und zum Gedächtnis unserer Gefallenen, wollen wir mit einem jährlichen Beitrag von 20 M. beitreten. —

Badischer Architekten- und Ingenieur-Verein. Der Badische Architekten- und Ingenieur-Verein veranstaltete am 14. Nov. 1917 in der Technischen Hochschule in Karlsruhe einen Lichtbildervortrag, bei dem der Vorsitzende, Geh. Oberbaurat Prof. Rehbock, über das Thema: Die Verwertung von Modellversuchen für Aufgaben des praktischen Wasserbaues sprach. An Hand vorzüglicher Lichtbilder schilderte der Vortragende seinen Zuhörern, unter denen sich Vertreter der Ministerien, der Hochschule, der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues und der Stadt Karlsruhe befanden, die neueren Ver-

suche auf dem Gebiet des Wasserbaues. Ausgehend von der großen Bedeutung der Flußbau-Laboratorien für die Erforschung der schwierigen Fragen der Wasserbewegungslehre wurde über die Ergebnisse der besonderen Untersuchung einzelner wasserbaulicher Entwürfe eingehend berichtet. Bei Anlagen größeren Umfanges könnten die oft sehr verwickelten Abflußverhältnisse meist nicht in ihrer allgemeinen Gesetzmäßigkeit durch Formeln festgelegt werden. Es seien vielmehr in solchen Fällen besondere nur für den Einzelfall verwendbare Untersuchungen an Modellen der geplanten Bauanlagen auszuführen, aus denen mit Hilfe des Ähnlichkeitsgesetzes Schlüsse aus den Modellversuchen auf die wirklichen Verhältnisse in der Natur erfolgen könnten. Die Wasserbau-Verwaltungen Preußens und Oesterreichs hätten entsprechend ihrer Bedeutung eigene Versuchsanstalten für Wasserbau errichtet. In manchen Fällen könnten die Kosten ganzer Verbesserungen erspart werden. Die Pläne einer solchen neuzeitlichen Versuchsanstalt an der Karlsruher Hochschule, die infolge des Krieges noch nicht verwirklicht werden konnten, wurden im Lichtbild gezeigt. Die zur Zeit im Karlsruher Flußbau-Laboratorium gemachten Versuche über den Brückenstau hätten bereits sehr wertvolles Material für die Praxis geliefert. Der Vortragende führte die von ihm im Auftrag auswärtiger Behörden bearbeiteten Pläne und Gutachten in allen Einzelheiten vor. Unter den untersuchten Entwürfen befindet sich derjenige für die gewaltigen Anlagen, welche die bayerische Regierung zum Schutz der Stadt Nürnberg gegen Hochwasser durchzuführen gedenkt und der Plan der Generaldirektion der schweizerischen Bundesbahnen für die Ueberleitung der Sihl über die untertunnelte Zürichsee-Bahn. Der 2 $\frac{1}{4}$ stündige ausgezeichnete Vortrag war für die dankbaren Zuhörer ein bleibender Gewinn. —

Der Verband Deutscher Dachpappenfabrikanten hielt am 13. Mai d. J. in Berlin seine diesjährige sehr stark besuchte ordentliche Hauptversammlung unter dem Vorsitz des Gener.-Dir. Mattar ab. Aus dem von Dr. Wendlandt erstatteten Geschäftsbericht ging hervor, daß der Verband im verflossenen Jahr die Mitgliederzahl von 157 auf 220 erhöhen konnte. Das Gewerbe ist in diesem Fachverband nunmehr nahezu ausnahmslos vertreten. Die Einnahmen des Verbandes verdoppelten sich. Die Verhandlungen mit den Behörden im Kriegsausschuß der Rohpappen- und Dachpappen-Industrie und mit dem Ingenieur-Komitee führten zu wesentlicher Verbesserung der Lage der Dachpappen-Industrie hinsichtlich der Belieferung des Heeres und des privaten Verbrauches. Der Berichterstatter konnte Mitteilungen über den neuen Plan für die Uebergangswirtschaft, wie ihn das Reichs-Wirtschafts-Amt in Aussicht genommen hat, machen und nachweisen, welche Bedeutung die Fachverbände für die künftig zu errichtenden Wirtschaftsstellen haben werden. Die Feststellung erregte großen Beifall, daß die Dachpappen-Industrie gerüstet sei.

Einen bedeutsamen Vortrag hielt Ingenieur Arnold Irinyi, Hamburg, über „Das Wesen und die Bedeutung des Halbteeres“. Redner führte aus, daß bei zweckmäßiger Umstellung unserer Teerdestillation große Mengen Hilfsstoffe gewonnen werden können, die uns vom Ausland unabhängig machen. Allgemeinen Beifall fand auch der Bericht des Justizrates Dr. Jahn, Prenzlau, über Dachunterhaltungs-Verträge im Anschluß an die neueren Verordnungen der Kriegs-Rohstoff-Abteilung an die Kriegsamstellen. Der Bericht des Fabrikbesitzers Consbruch, Hamburg, über die Neuordnung der Zolltarifverhältnisse wurde von der Versammlung zur Veröffentlichung in der Fachpresse bestimmt. Hinsichtlich der stillgelegten Betriebe konnte mitgeteilt werden, daß die Möglichkeit der Aufhebung der Stilllegung von Fall zu Fall durch das Reichs-Wirtschafts-Amt eröffnet worden ist.

Im Verein für Deutsches Kunstgewerbe zu Berlin sprach im April d. J. Arch. Dipl.-Ing. E. Leyser über „Maßnahmen zur Beschaffung wohlfeilen Hausrates in Berlin und im übrigen Deutschland“. Er führte aus: Neben den Mangel an mittleren und kleinen Wohnungen ist der Mangel an Mobiliar getreten. Daher haben überall im Reich Bestrebungen eingesetzt, Hausrat zu angemessenen Preisen zu beschaffen und zu günstigen Bedingungen bereit zu stellen. Diese Bestrebungen konnten glücklicherweise anknüpfen an Bemühungen, die schon vor dem Krieg insbesondere zur Hebung der Geschmackskultur eingesetzt hatten. Für Berlin und Brandenburg hat man unter Mitwirkung aller in Betracht kommenden Behörden und Verwaltungen die G. m. b. H. „Hausrat“ gegründet. Sie will keine Monopol-Stellung einnehmen, sondern nur brauchbare Möbel zu annehmbaren Preisen und Bedingungen auf den Markt bringen, um den Möbelhandel zu ähnlichem Vorgehen anzuspornen und die Hausstands-Gründung auf diese Weise zu ermöglichen. So erfolgt zum Beispiel die Lief-

erung von Hausrat nur, wenn der Käufer auch tatsächlich eine Wohnung gemietet hat; ein Drittel ist anzuzahlen, der Rest in Raten abzutragen. Für die Entwürfe hat man tüchtige Künstler herangezogen und dabei erklärlicher Weise gewisse Normalien für die Möbel schaffen müssen. In erster Linie sollen das heimische Handwerk und die heimische Industrie diesen Hausrat herstellen. —

Architekten- und Ingenieur-Verein in Frankfurt am Main. In der am 26. Nov. 1917 abgehaltenen 2. Mitglieder-Versammlung, welche Angesichts der Zeitverhältnisse für unverschieblich erklärt wird, wird der Vorstandsbericht für 1916/17 erstattet, den der Vorsitzende Schaumann verliest, dem der Bericht des Säckelmeisters Marx folgt. Dem Vorschlag, den Vorstand wieder zu wählen, wird Angesichts der Kriegsverhältnisse zugestimmt und es besteht derselbe für 1917/18 aus den Mitgliedern Schaumann, Knitterscheid, Seckbach, Marx, Mehs, Lion, Zöllner, Cuno und Thyriot. —

Am 11. Febr. 1918 war in Gemeinschaft mit den Herren und Damen des „Polytechn. Vereins“ der Abend dem Vortrag des Hrn. Res.-Leutnants Mey gewidmet, der, vom Kriegsschauplatz kommend, umgeben von einer reichen Ausstellung seiner Studien Rumänischer Volkskunst über diese sprach. Nach Erörterung der wallachischen und moldauischen Bauernhäuser, deren malerische Gruppen verschindelter und mit Maisstroh gedeckter Blockhäuser mit weit vorspringenden Dächern er in zahlreichen Aufnahmen vorführte, besprach er die durch teilweise freistehende Glockentürme einen eigenartigen Reiz bietenden griechisch-katholischen Kirchen dieser Landesteile, sowie der Dobrutscha, die mit zahlreichen charaktervollen Gemälden geschmückt sind. Hervorragend schön und charakteristisch wirken die Kapellen-Bauten des Klosters Sinaia und die Kirchen von Bukarest, deren klare stets Vorhalle, Altar- und Gemeinderaum scheidende Grundrisse vorgeführt wurden, dazu Gestühl, heilige Gefäße und anderer Kirchenschmuck, die nicht nur im Bilde, sondern auch in charakteristischen Beispielen, besonders von Gemälden, zur Anschauung kamen. Als besonders eigenartig erschienen auch die die heutige Mode stark beeinflussende Textilkunst der Rumänen. Viele Beispiele von Kostüm- und Wandschmuck mit Stickerei und Geweben wurden vorgeführt. Es folgte die Besprechung der Friedhöfe und des eigenartigen Schmuckes ihrer Gräber vorwiegend durch hölzerne Kreuze mannigfachster Ausbildung ebenfalls unter Mitwirkung der Malerei und Keramik, endlich boten die vielfach aufgenommenen Ausbildungen von Zieh- und anderen Brunnen der genannten Gegenden Interesse. —

Am 9. März 1918 folgte ein Vortrag der Hrn. Dipl.-Ing. Prof. Ruppel, zugleich für die Mitglieder des „Vereins Deutscher Ingenieure“, über die durch den Metallmangel seit Kriegsausbruch gebotene Auswechslung der Blitz-Ableiter und die künftig durch diese Verhältnisse gebotenen wesentlichen Veränderungen auf diesem großen Bau-Gebiet. Nachdem viel zu lang in demselben nach physikalischen Theorien verfahren worden sei, müßten künftighin vor Allem die praktischen Erfahrungen maßgebend sein. Namentlich ist zu beachten, daß nachweislich der Blitz nicht den ihm durch die bisherigen Konstruktionen gewiesenen Wege sucht, sondern daß diese von Dachverzierungen, Schutzvorrichtungen und anderen Teilen als Blitz-Ableitungen beeinflusst sind. Bei Friedenspreisen lasse sich oft mit einem Aufwand von 30—40 M. mehr erreichen, als bisher mit aufgewendeten Hunderten. Unnötig sind besonders die vielen Edel-Metallspitzen und langen Auffangstangen und kostspieligen Kupferdraht-Leitungen. Ausreichenden Schutz bietet ein über das ganze Dach laufender, am First angebrachter Blechstreifen, verbunden mit Regentraufe, Gas- und Wasserleitung und in der Erdeleitung endigend. Auch diese läßt sich oft ganz sparen, wo Wasserleitungsanschluß vorhanden ist. Auf Türmchen und dergleichen genügt Blechspitze oder Knauf, auf Schornsteinen Rauchkappe oder mit der Dachleitung verbundener Blech-aufsatz. Häuser aus Eisenbeton oder mit Metaldach bedürfen überhaupt keiner Blitzableitung. Die heute sehr hohen Blitzschäden werden sich wesentlich einschränken lassen. Wertvolle Ergänzungen gab Hr. Stadtbtr. Scheelhaase bes. bezügl. Gas- und Wasserleitungen.

In der Versammlung vom 11. März 1918 wurde zunächst der jüngst verstorbenen Mitglieder Carl Holtzmann und Schmitt-Diehler gedacht. Bezüglich der Sorge für Kleinwohnungen nach dem Krieg haben Beratungen mit der betr. städtischen Kommission stattgefunden, deren Folge die Aufstellung eines Fragebogens mit Bauprogramm war. Die Versammlung bewilligt 500 M. für die Zwecke der betr. Kommission. — Gerstner.